

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **15./16. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2025/2026
vom 8. Dezember 2025

von 16.15 – 18.42 Uhr und 20.00 – 21.35 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: Ph. Weber (SP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 15./16. Sitzung: M. Lischer (Grüne), M. Wäckerlin (SVP)
16. Sitzung: A. Würzer (EVP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
	25.126 (DPR)	Begründung der Dringlichen Motion M. Gross (SVP), F. Kramer (EVP), S. Kocher (GLP), I. Kuster (Die Mitte / EDU), R. Tobler (FDP), M. Zundel (Grüne/AL) und R. Keller (SP) betr. Auftrag zur Totalrevision der Verordnung über die berufliche Vorsorge des Personals der Stadt Winterthur (PK-VO)	
1		Protokoll der 11./12. Sitzung	
2	25.114 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2026 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe	N. Ernst
3	25.112 (DSU)	Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2026 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur	K. Vogel
4	25.94 (DFI)	Genehmigung des Baurechtsvertrags mit der GWG Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft Winterthur, der Wohnbaugenossenschaft Talgut und der gaiwo Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen für die Erstellung von rund 130 neuen Genossenschaftswohnungen sowie Gewerberäumen auf dem Grundstück Kat.-Nr. MA 1819	M. Gnesa

5*	25.110 (DFI)	Budget 2026 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2026 bis 2029	Ch. Hartmann
6	25.95 (DBM)	Sondernutzungsplanung: - Aufhebung öffentlicher Gestaltungsplan «Parkplatz Bleuelwies» / Nutzungsplanung: - Zustimmung zur Teilrevision Nutzungsplanung 2024	L. Merz
7	25.104 (DBM)	Zonenplan und kommunaler Richtplan: Umzonung und Richtplanänderung Areal Schweikhof (Kat.-Nr. WU6971): Festsetzung	L. Merz
8	25.98 (DBM)	Öffentlicher Gestaltungsplan mitsamt UVB und Zonenplanänderung ARA Hard	PH. Angele
9	24.93 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat R. Diener (Grüne/AL), A. Steiner (GLP), S. Gfeller (SP), R. Perroulaz (FDP), A. Würzer (EVP) betr. HB 2050: Das Maximum aus dem Bestehenden herausholen	
10	24.78 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat J. Praetorius (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), L. Jacot-Descombes (SP) und L. Studer (GLP) betr. Begründung von Verwaltungsliegenschaften	
11	24.79 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat J. Praetorius (Grüne/AL), D. Rohner (EVP), B. Zäch (SP) und L. Studer (GLP) betr. Fassadennutzung für PV-Anlagen	
12	24.72 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat A. Steiner (GLP), A. Büeler (Grüne/AL) und B. Zäch (SP) betr. Strategie zirkuläres Bauen	
13	25.27 (DBM)	Beantwortung der Interpellation N. Ernst (GLP), D. Rohner (EVP) und G. Porlezza (FDP) betr. Synergien nutzen bei der Bereitstellung von Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität	
14	25.109 (DPR)	Begründung der Motion N. Ernst (GLP), M. Gnesa (SP), R. Hugentobler (Grüne/AL), A. Würzer (EVP) und B. Oeschger (GLP) betr. einer Vertretungsregelung im Stadtparlament Winterthur	
15	25.108 (DSS)	Begründung des Postulats O. Staub (SP), D. Roth-Nater (EVP), B. Kelerhals (Grüne), M. Bachmann (AL), J. Fehr (FDP), J. Guddal (GLP), Th. Gschwind (SP) und A. Zuraikat (Die Mitte) betr. gerechte Verteilung der städtischen Ressourcen in der Sportförderung	
16	24.44 (DSS)	Beantwortung der Interpellation K. Vogel (Die Mitte), N. Holderegger (GLP), D. Roth-Nater (EVP) und P. A. Werner (SVP) betr. Nutzung der Handys und elektronischen Geräte an den Schulen Winterthurs	
17	24.52 (DTB)	Beantwortung der Interpellation N. Ernst (GLP), A. Geering (Die Mitte/EDU), Ph. Weber (SP), R. Diener (Grüne/AL) und R. Perroulaz (FDP) betr. zukunftsfähiges Konzept Öffentlicher Verkehr (ÖV)	
18	25.45 (DTB)	Beantwortung der Interpellation I. Kuster (Die Mitte/EDU) und M. Gross (SVP) betr. attraktive Strompreise in Winterthur?	
19	25.122 (DSU)	Begründung des Postulats O. Staub (SP), M. Gnesa (SP), D. Roth-Nater (EVP), R. Hugentobler (AL) und N. Holderegger (GLP) betr. Umsetzung Istanbul-Konvention in Winterthur	

20	24.90 (DSU)	Beantwortung der Interpellation Ch. Hartmann (SVP) betr. Auflösung unbewilligter Demonstrationen
21	24.92 (DSU)	Beantwortung der Interpellation B. Oeschger (GLP), K. Vogel (Die Mitte) und D. Romay (FDP) betr. Einsatz von Körperkameras (Bodycams) durch die Stadtpolizei Winterthur
22	25.11 (DSO)	Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), R. Hugentobler (Grüne/AL), D. Rohner (EVP), St. Gubler (SVP) und B. Helbling-Wehrli (SP) betr. Information von Careleaver und Careleaverinnen über städtische und regionale Unterstützungsangebote
23	25.67 (DSO)	Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), M. Sorgo (SP) und I. Kuster (Die Mitte/EDU) betr. Weiterbildung und Sensibilisierung bei Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich begrüsse Euch herzlich zu den 15. und 16. Sitzungen des Stadtparlaments Winterthur.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Entschuldigt für beide Sitzungen heute sind Maria Lischer (Grüne/AL) und Marc Wäckerlin (SVP). Verspätetet eintreffen wird Andreas Geering (Die Mitte/EDU).

Wie immer sind Fotografie- und Filmaufnahmen erlaubt.

Erklärungen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wir kommen zu einer persönlichen Erklärung, die von Simon Gonçalves angemeldet wurde.

S. Gonçalves (Die Mitte/EDU): Ich kündige nicht nochmals ein Kind an, keine Angst. Nein, ich kündige ein Geschenk an, das ich Euch heimschicken lassen werde. Es ist ein Päckli und ich kündige es an, damit Ihr nicht Angst habt, weil Ihr nicht wisst, was das ist. Deshalb erkläre ich Euch das jetzt.

Es ist ein Geschenk von der Streetchurch, wo ich arbeite. Dieses Geschenk wurde gemacht von jungen Leuten, die ein- und ausgehen bei uns, die arbeitsagogisch begleitet werden usw. Es handelt sich um Granola und selbstgeröstete Kaffeebohnen. Ich weiss nicht, ob das jedem von Euch entspricht. Falls es Euch nicht entspricht, dann schenkt doch einfach das weiter, das Ihr nicht selbst esst oder trinkt. Ich zum Beispiel trinke keinen Kaffee und esse kein Granola... Aber ich glaube, es finden sich sicher viele Leute, welche daran Freude haben und die zuhause eine Kaffeemaschine haben, in der sie die Kaffeebohnen mahlen können – und sonst hat es in der Migros eine Kaffeemahlmaschine, wo man das machen könnte.

Also, enjoy und werft es nicht gleich in den Abfall, sondern öffnet es und schaut es Euch zuerst mal an. Ich habe mir auch erlaubt, einen kleinen Prospekt beizulegen, denn wahrscheinlich kommen Fragen auf, was Streetchurch ist. Um kurz zu sagen, was es NICHT ist: Es ist

keine Sekte, keine Kirche und wir sind auch nicht auf der Strasse, auch wenn es Streetchurch heisst. Somit frohe Weihnachten und bis bald. (*Applaus*)

Parlamentspräsident Ph. Weber: Weitere Erklärungen sind mir nicht bekannt.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wir fahren dort weiter, wo wir an der letzten Sitzung stehen geblieben sind, ausser dass zuerst noch eine Dringliche Motion behandelt wird. Nachher gehen wir weiter zum Budget. Wenn wir mit dem Budget fertig werden, machen wir anschliessend noch weiter bis ca. 21.00 Uhr – wenn wir mittendrin sind, vielleicht bis ca. 21.10 Uhr – und dann gehen wir zum Fest über.

Letztes Mal wurde die Traktandenliste bereits bereinigt. Einfach um es nochmals zu sagen, falls wir heute so weit kommen würden: Nach wie vor ohne Diskussion vorgesehen sind der Parkplatz Bleuelwies und das Areal Schweikhof. Aber ob wir so weit kommen, liegt in Euren Händen.

4.a) Traktandum

Parl.-Nr. 2025.126: Dringliche Motion M. Gross (SVP), F. Kramer (EVP), S. Kocher (GLP), I. Kuster (Mitte/EDU), R. Tobler (FDP), M. Zundel (Grüne/AL), R. Keller (SP) betr. Auftrag zur Totalrevision der Verordnung über die berufliche Vorsorge des Personals der Stadt Winterthur (PK-VO)

Parlamentspräsident Ph. Weber: Zuerst kommen wir zur Dringliche Motion betreffend Auftrag zur Totalrevision der Verordnung über die berufliche Vorsorge des Personals der Stadt Winterthur (PK-VO).

Kurz zum Ablauf: Zuerst wird die Dringlichkeit (ohne inhaltliche Diskussion) vom Ersteinreichenden, Michi Gross, begründet. Über die Dringlichkeit stimmen wir dann direkt ab, das benötigt eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Falls die Dringlichkeit angenommen wird, begründet ebenfalls Michi Gross die Dringliche Motion inhaltlich. Nachher hat der Stadtrat das Wort. Und dann schauen wir, was herauskommt – wir werden improvisieren, wie wir dann weitermachen. Aber auf jeden Fall gebe ich zuerst das Wort Michi Gross für die Erklärung, weshalb diese Motion dringlich ist.

M. Gross (SVP): Ich darf zuerst die Dringlichkeit begründen. Ich sage gleich zu Anfang: Wir haben uns gerade jetzt noch gefunden. In dem Sinne wird das Prozedere dann ein bisschen anders sein, aber ich glaube, wir schaffen das.

Zur Dringlichkeit: Wir haben 2023 die Totalrevision der PK angeregt und wir haben damals eine Finanzierungslösung besprochen. Damals bekamen wir aber auch versprochen, dass diese Totalrevision dann 2026, spätestens 2027, kommen sollte. Und wir haben jetzt erfahren, dass es gar nicht mehr so dringlich ist für den Stadtrat, dass man da eigentlich eine Sistierung geplant hat und dass man nur etwas machen würde, wenn wir selbst eine Motion machen. Deshalb haben wir jetzt diese Motion gemacht und die Dringlichkeit begründet sich damit – und das sollte für den Stadtrat nicht überraschend kommen, das ist auch den Voten zu entnehmen, welche wir in dieser Debatte damals im Rat hatten. Damals, am 27.11.2023, wurde ganz klar gesagt von einem Mitglied, das hier drinnen ist: «Wir erwarten ganz klar, dass schnellstmöglich diese Lösung ausgearbeitet wird und wir 2024 eine Vorlage sehen.» Ein anderes Votum war, es darf nicht länger als 2024 gehen, bis wir die Totalrevision haben.

Die Dringlichkeit ist deshalb für uns gegeben. Wir sind jetzt Ende 2025. Es wird sogar knapp, auf 2027 eine Lösung zu erarbeiten. Und wir haben noch nichts vorliegend.

Eigentlich war unser Ziel, in dieser Legislatur auch dieses Geschäft abzuschliessen. Das wird nicht gelingen, aber wir können es zumindest so auf den Weg bringen, dass wir auf 01.01.2027 mit der Totalrevision auch die PK abgeschlossen haben.

Dass der Stadtrat diese sistiert und deshalb auch die Dringlichkeit, war für uns nicht ganz nachvollziehbar. Man ist jetzt zwar auf einem guten Weg, man hat einen sehr guten Deckungsgrad. Das heisst aber nicht, dass man die Revision nicht in Angriff nehmen müsste. Denn bei der Revision geht es v.a. um Artikel 13 und 14, die ganz klar auf die Sanierung hingen. Und es könnte ja sein, dass ein Börsencrash dann in einem nächsten oder übernächsten Jahr trotzdem wieder zu einer Sanierung führen würde. Deshalb sagen wir, es ist dringlich.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Michi. Dann kommen wir jetzt gleich zur Abstimmung. Ich bitte alle Anwesenden, ihr Kärtchen einzustecken, wenn sie mitabstimmen möchten.

Wer der Dringlichkeit zustimmen möchte, drückt A. Wer die Dringlichkeit ablehnt, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Mit 57:0 habt Ihr einstimmig dieser Dringlichkeit zugestimmt.

Somit geht das Wort jetzt nochmals an Michi Gross für die inhaltliche Begründung der Motion.

M. Gross (SVP): Ich sage noch kurz etwas zum Prozedere.

Grundsätzlich wäre jetzt vorgesehen, dass der Stadtrat zwei Monate Zeit hätte, um einen Bericht zu schreiben zu dieser Dringlichen Motion. Und nachher hätte er sechs Monate Zeit (wenn wir den Bericht für erheblich erklären), um die Vorlage auszuarbeiten. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir den Weg des Bericht Schreibens umgehen können, denn das bringt niemandem etwas, und dass wir direkt in die Motion hineingehen. Deshalb werde ich dann zum Dritten noch sprechen zu einer Fristverlängerung, was wir auch mit dem Stadtrat abgesprochen haben.

Inhaltlich geht es uns darum – und das kann man der Motion gut entnehmen und ich mache es auch nicht zu lange, weil die Budgetdiskussion ja heute um 21 Uhr fertig sein sollte -, dass man das Instruktionsrecht für die Arbeitgebervertretung im Stiftungsrat anschaut, dass man die Zuständigkeit für die Finanzierung anschaut, dass man die Sanierungsbestimmungen anschaut, die ich vorhin erwähnt habe, Artikel 13 und 14, dass man die Kompetenzregelung anschaut und dass man auch die Verordnung der Pensionsversicherung des Stadtrats anschaut und die Statuten der Pensionskasse. Teilweise ein bisschen grössere Themen, teilweise kleine, inhaltliche Dinge; aber einfach, damit die Rechtslegung wieder passt. Das ist uns wichtig bei dieser Verordnung.

Vorbildhaft (deshalb erwähne ich das da) kann z.B. die entsprechende Verordnung des Kanton Thurgau (der Pensionskasse des Kanton Thurgau) hinzugezogen werden. Das ist vielleicht auch ein Tipp, um Zeit zu sparen, denn es wird ja jetzt immer begründet, es sei ein riesiger Aufwand, diese Revision zu machen.

Wir verlangen – und machen das jetzt ab mit dem Stadtrat – einen verbindlichen Zeitplan und dass man dieses Projekt jetzt sofort aktiviert, dass man die externe rechtliche Qualitätssicherung auch macht und natürlich eine geordnete Vernehmlassung macht. Für uns ist die Deadline, die wir uns gesetzt haben, Ende August. Dann sollten wir die Weisung haben, so dass wir die Chance haben, das noch ins Parlament zu bringen. Wir haben überlegt: 3-4 Lesungen in der Aufsichtskommission und dann die Parlamentsbehandlung, so dass man auf 01.01.2027 diese Revision abschliessen könnte, sofern das dann mit der neuen Parlamentszusammensetzung eine Mehrheit findet. In diesem Rahmen möchte ich eigentlich nicht mehr weiter darauf eingehen.

Ich muss nicht darauf eingehen, dass man uns das in Aussicht gestellt hat und dass für die Dringlichkeit jetzt nicht wir verantwortlich sind.

Stadtpräsident M. Künzle: Wir finden das mit der Dringlichkeit nicht so super, muss ich jetzt sagen. Wir haben in unserem Schreiben darauf hingewiesen, dass wir eigentlich keinen Handlungsbedarf sehen, aber dass Ihr, wenn Ihr einen Handlungsbedarf sehen und etwas in Bewegung bringen wollt, eine Motion machen müsst. So haben wir es im Schreiben mitgeteilt, dass unlängst an Euch erging.

Ihr habt jetzt den Weg der Dringlichen Motion gewählt; wir haben eigentlich auch noch über andere Möglichkeiten gesprochen. Denn die Zeit für eine Totalrevision, das könnt Ihr Euch ja vorstellen, ist sehr knapp bemessen. Man kann schon argumentieren, das verstehen wir auf eine Art auch, dass jetzt 3 Jahre lang keine Totalrevision oder keine Revision erfolgt ist, aber jetzt in 6-7 Monaten etwas hineindrücken zu wollen, das ist einfach zu knapp.

Wir könnten es retten, indem wir keinen Bericht machen, das kommt dann auf dasselbe heraus, wenn man Ende August nimmt.

Ich habe einfach schon darauf hingewiesen: Ich gebe keine Garantie ab heute Abend, dass wir das schaffen auf Ende August, das wird wirklich schwierig. Ich erinnere noch daran: Wir haben dann zwei neue Stadträte oder Stadträtinnen, die im Gremium sind. Und ich erinnere daran, dass wir damit auch noch in die Personalkommission müssen, wo noch eine Ehrenrunde gedreht wird. Die Vernehmlassungsantworten müssen eingeholt werden. Also ich gebe hier drinnen keine Garantie ab, dass wir das schaffen.

Aber wir machen uns einmal auf den Weg und wir können Zeit gewinnen, wenn wir auf diesen Bericht verzichten. So können wir zuarbeiten und wir kommen auf Euch zu, wenn es dort noch mehr Zeit braucht. Und ich gehe heute davon aus, es wird mehr Zeit brauchen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Mike. Wir haben es alle so verstanden, als tretet Ihr auf diese Motion ein. Damit auf den Bericht verzichtet werden kann, müssen wir formal noch darüber abstimmen.

Jetzt können wir direkt über die Erheblichkeit abstimmen. Und dafür, inklusive wahrscheinlich einem Antrag für diese Fristerstreckung, gebe ich nochmals das Wort Michi Gross. Und nachher wäre die Diskussion geöffnet für alle, bevor wir dann abstimmen.

M. Gross (SVP): Es geht jetzt eigentlich nur noch um die Erheblicherklärung. Ihr habt es von Mike gehört. Wir könnten auf diesen Bericht verzichten. Was ich nicht gerne gehört habe, das sage ich gleich offen, dass es nicht reichen soll, das in acht Monaten zu machen. Wir sind ganz klar der Meinung (und auch die Personalverbände, mit denen ich gesprochen habe), dass diese Frist reichen sollte. Und wir erwarten auch, dass diese Frist reicht.

Man hat jetzt 2,5 Jahre lang nichts gemacht. Und dann ist es nicht unser Problem, wenn nichts gemacht wurde. Wir erwarten, dass wir Ende August eine Vorlage haben.

Ich beantrage dem Parlament, dass wir das erheblich erklären und dass wir dem Stadtrat eine Fristerstreckung bis Ende August geben, um diese Weisung auszuarbeiten.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke Dir, Michi Gross. Wünscht sonst noch jemand aus dem Plenum das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Somit schreiten wir jetzt zur Abstimmung über die Erheblichkeit dieser Motion inklusive der Fristerstreckung bis Ende August 2026.

Wer die Dringliche Motion erheblich erklären möchte, inklusive dieser Fristerstreckung, drückt A. Wer das nicht möchte, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Auch das scheint eindeutig: Einstimmig mit 57:0 habt Ihr diese Motion als erheblich erklärt, mit der Fristerstreckung bis Ende August 2026.

Somit ist das für uns für den Moment erledigt.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.110: Budget 2026 und Festsetzung des Steuerfusses / Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2026 bis 2029

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wir kommen jetzt wieder zurück zum Budget. Wir sind im Teil B, in der Detailberatung der Produktgruppen. Letzten Montag haben wir das Departement Präsidiales komplett abgeschlossen und sind beim Departement Finanzen angekommen, bei dem wir bis zu den Immobilien fertig geworden sind. Jetzt sind da noch die Städtischen Allgemeynkosten/Erlöse übrig und, wie letztes Mal schon erklärt, Steuern und Finanzausgleich. Die letztere Produktgruppe wird am Schluss, bei der Abstimmung über den Steuerfuss, abgeschlossen. Somit kommen wir jetzt zur nächsten Produktgruppe.

PG 263 Städtische Allgemeynkosten/Erlöse

Parlamentspräsident Ph. Weber: Hier gibt es einen Antrag aus der AK und auch wieder den Antrag Kürzungen im Zusammenhang mit WinRP, wo wir ja letztes Mal abgemacht haben, dass diese gestellt sind, aber nicht mehr gross darüber gesprochen wird. Aber auch das ist Euch überlassen. Für die Begründung des Kommissionsantrags hat der Referent Michael Zundel das Wort.

M. Zundel (AK): Der Antrag A18 bezieht sich auf den alljährlichen Teuerungsausgleich, der leicht schwankt zwischen Sommer und Herbst. Die AK beantragt eine Reduktion des Globalkredits um 300'000 Franken. Die Begründung dazu ist: Die Teuerung nach Personalstatut beträgt 0.2% anstatt der budgetierten 0.3%, das Budget kann entsprechend angepasst werden. Die AK hat diesen Antrag mit 11:0 angenommen. Der zweite Antrag der AK, Antrag A19, ist eine Reduktion des Globalkredits um 1.4 Millionen. Das betrifft den Projektabbruch WinRP.

Stadtrat K. Bopp: Der Reduktion um 300'000 Franken schliessen wir uns selbstverständlich an, das entspricht der Intention des Stadtrats, den vollen Teuerungsausgleich zu geben. Auch der andere Antrag betreffend WinRP entspricht unserer Kalkulation, wir schliessen uns auch dort dem Antrag an.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kaspar. Somit kommen wir direkt zu den Abstimmungen. Zuerst Antrag A18, das ist die Reduktion um 300'000 Franken für den Teuerungsausgleich. Wer der Kürzung zustimmt, drückt A. Wer sie ablehnt, drückt B. Abstimmungsergebnis: Mit 54:2 Stimmen bei einer Enthaltung habt Ihr dem Antrag A18 zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Antrag A19, Reduktion des Globalkredits um 1.4 Millionen für WinRP.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A19 ist mit 57:0 Stimmen einstimmig angenommen worden.

Somit ist das Departement Finanzen für den Moment abgeschlossen.

Departement Bau und Mobilität

PG 322 Tiefbau

A. Geering (SBK): Ich darf Ihnen heute die Kommissionsanträge aus der SBK zum Tiefbau, Produktgruppe 322, vorstellen.

Antrag A20: Die SBK beantragt eine Reduktion des Globalkredits in der Erfolgsrechnung um 22'000 Franken infolge des Projektabbruchs WinRP. Dazu sage ich nichts mehr. Die SBK hat diesem Antrag mit 9:0 zugestimmt.

Antrag A21: Die Stadtbaukommission beantragt die Reduktion des Globalkredits um 550'000 Franken. Der Budgetantrag 2026 liegt mit 28.58 Millionen um 1'739'295 Franken über dem Budget 2025 und im FAP der drei Folgejahre ist ein weiterer Kostenanstieg von jährlich mehreren Millionen prognostiziert. Die SBK ist der Meinung, dass der Kostenanstieg in der Produktgruppe Tiefbau verlangsamt werden soll. Konkret umgesetzt werden kann die Kürzung gemäss Stadtbaukommission mit 100'000 Franken, indem eine Stelle weniger aufgebaut wird, und 450'000 Franken weniger für Honorare für Externe. Ich habe das etwas ausführlicher ausgeführt als die Begründung im Drehbuch; das entspricht aber der Begründung, wie sie in der SBK von den Antragstellenden ursprünglich gegeben wurde. Die Stadtbaukommission hat dem Antrag mit 6:3 zugestimmt.

Anträge A22 – A26 und Antrag A28: In diesen Anträgen beantragt die Stadtbaukommission, dass das Bewilligungsorgan im Buch A bei den Investitionskrediten von § (gebundene Ausgaben) auf # (noch nicht entschieden) zu wechseln sei. Dieser Entscheid bezüglich Gebundenheit, da ist die Stadtbaukommission einstimmig dieser Meinung, darf noch nicht jetzt gefällt werden, sondern er darf erst mit der Kreditfestsetzung gefällt werden. Deshalb soll man nicht mit dem Gebundenheitszeichen jetzt ein Präjudiz im Budgetbuch haben, deshalb dieser Wechsel. Wie gesagt, die Stadtbaukommission hat diesen Anträgen mit 9:0 zugestimmt.

R. Diener (Grüne/AL): Ich begründe ganz kurz den Antrag A27, den wir zur Tössertobel-/Gütlistrasse haben. Es geht um einen Verpflichtungskredit für den Strassenbau. Im Wesentlichen ist es eine Erweiterung des Trottoirs, wenn man dort hinaufgeht in Richtung Lindberg, bis zur Abzweigung der Gütlistrasse.

Die Begründung: Wir lehnen diesen Kredit ab bzw. wir möchten beantragen, dass das Programm 2026 um 50'000 Franken reduziert wird, indem dieses Projekt gestrichen wird. Wir wollen keinen Trottoirbau auf Vorrat. Die Planung für die Umsetzung der Troittor-Verlängerung auf der Tössertobelstrasse bis hinauf zur Abzweigung der Gütlistrasse soll nicht weiterverfolgt werden. Die Festsetzung des entsprechenden Strassenprojektes, das eigentlich ansteht, soll nicht umgesetzt werden. Die Kosten des gesamten Projekts sieht man im Buch A bei der entsprechenden Position, das ist rund 1 Million Franken. Wir finden, diese Million Franken müssen wir nicht investieren, es ist nicht nötig und nicht zweckmässig. Im wertvollen Landschaftsschutzgebiet Tössertobel (das ist tatsächlich anerkannt und es hat dort viele interessante und spannende Abschnitte, was die Natur betrifft) soll nicht mehr versiegelt werden vom Naturbereich. Und wegen fehlenden Planungen oder noch nicht vorhandenen Bauprojekten, die weiter oben im Gütli vielleicht durchaus irgendwann kommen könnten, muss man das jetzt auch noch nicht machen. Das kann man auch später noch umsetzen, wenn es tatsächlich notwendig wird.

Und als letzte Begründung dazu hat der Kanton aufgezeigt, dass auch durch die Bezeichnung einer Begegnungszone (es ist heute Tempo 30-Zone) dem Anliegen einer künftig genügenden Erschliessung (mit dem allenfalls potenziellen zusätzlichen Verkehrsaufkommen) Rechnung getragen werden könnte.

Demzufolge nicht nötig. Danke für die Aufmerksamkeit.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Reto. Somit kommen wir jetzt zur allgemeinen Diskussion über alle gehörten Anträge zu dieser Produktgruppe. Als Erstes hat sich gemeldet für die Grüne/AL Katharina Frei Glowatz.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL lehnt die Reduktion des Globalkredits (das ist der Antrag A21) von 550'000 Franken in der Produktgruppe 322 ab. Warum? Die Stadt braucht dieses Geld, das hat sie in der Stadtbaukommission klar und schlüssig darge-

legt. Das Stellenwachstum im Tiefbauamt hinkt dem Bevölkerungswachstum hinterher, während die Aufgaben und die Anforderungen im öffentlichen Raum stetig steigen. Die Abteilung Planung und Koordination (kurz APK), die erst im Aufbau ist, muss gestärkt werden, weil die komplexen Arbeiten im öffentlichen Raum koordiniert werden müssen. Das ist auch von FiKo so gefordert.

Die Streichungsbefürworter begründen ihren Antrag damit, die Strassensanierungen seien ja sowieso schon geplant und extra Strassen aufreissen, das wolle man ja sicher nicht. Diese Begründung ist jetzt wirklich ein Schuss ins eigene Bein, weil die Kürzung genau die APK, die Koordinationsabteilung, treffen wird – also genau die Strassen- und Verkehrsfachleute, welche die vielen Planungen koordinieren! Wenn überhaupt also irgendwo Strassen extra aufgerissen werden sollten für die Stadtklimainitiative (was sowieso nicht vorkommen wird), dann genau deshalb, weil Sie mit Ihrem Streichkonzert die Leute im TBA nicht arbeiten lassen wollen - und nicht umgekehrt!

Der Streichungsantrag kommt für mich so fast ein bisschen einer Arbeitsverweigerung seitens von uns, dem Parlament, gleich, weil wir die Aufgabe haben, der Stadt die Gelder zu bewilligen, die sie braucht für die Aufgaben, welche die Winterthurer Bevölkerung und wir als ihre Vertretung dem Stadtrat und der Stadt stellen. Die Begründung, die Honorarkosten würden stetig steigen ist angesichts des klaren Volkswillens und der Dringlichkeit der Umsetzung der Stadtklimainitiativen jetzt eigentlich auch ein Affront an die WählerInnen und Wähler. Und dass selbst die Parteien mit dem G und dem E im Namen, die uns bei der Stadtklimainitiativen noch toll unterstützt haben, hier nun das Lager wechseln, scheint mir schon ein bisschen prinzipienlos, sprich: Ein bisschen kommt mir sogar eine Wetterfahne in den Sinn. Gute Politik sieht meines Erachtens anders aus. Vielen Dank.

A. Würzer (EVP): Ich bedanke mich zuerst für die Präsentation der verschiedenen Anträge. Ich kann es vorwegnehmen: Gerade für uns als EVP wünschten wir uns natürlich eine ein bisschen besinnlichere Adventszeit, als jeweils hier streiten zu dürfen über das Budget des kommenden Jahres.

Ich erlaube mir vielleicht auch noch kurz, gerade weil in der Eintretensdebatte diese Produktgruppe schon sehr oft genannt wurde, auch noch kurz auf das Gesagte von letzter Woche einzugehen. Und da muss ich einfach zuallerst festhalten, dass ich es – ehrlich gesagt – etwas speziell fand, dass von Seiten Stadtrat her jetzt plötzlich argumentiert wird, dass das, was wir dieses Jahr machen, nicht redlich sei. Und das von einem Stadtrat, der einen klaren Parlamentsbeschluss vom letzten Jahr, der auch vor Gericht so Bestand hatte, eigentlich ignorierte. Das einfach mal als Randbemerkung.

Ich wähnte mich tatsächlich ein bisschen im falschen Film letzte Woche. Ich kam hier herein und dachte, am Ende dieser Budgetdebatte können wir nachher mit links-grün zusammen anstossen gehen, denn wir haben gerade für die Umsetzung der Stadtklimainitiative bzw. der Gegenvorschläge in dieser Produktgruppe zusätzliche Gelder gesprochen und gegenüber der Rechnung 2024 sind das mit den Kommissionsanträgen immerhin noch 7.3 Millionen Franken zusätzliche Kosten, die wir hiermit bewilligen. Mit Berücksichtigung der Kommissionsanträge! Und wer in die Erfolgsrechnung schaut, der sieht: Diese Kosten werden nicht mehr zurückgehen. Sie werden sicher zumindest so bleiben. Und wenn man in den FAP hineinschaut, dann darf man davon ausgehen, dass sie eher weiter steigen werden. Deshalb habe ich mich gewundert, dass wir jetzt hier als bürgerlich hingestellt werden. Was an diesem Vorgehen genau bürgerlich sein sollte - ich habe es nicht als ein Kompliment in diesem Sinne aufgefasst, ich nehme an, so war es auch nicht gemeint -, das muss man mir zuerst einmal erklären.

Von daher kann ich sagen: Wir werden dem Kommissionsantrag so zustimmen und sind der Meinung, dass die Gegenvorschläge zur Stadtklimainitiative so auch umgesetzt werden können. Und ja, ich staube darüber. Denn eigentlich müsste der Ratskollege Raphael Tobler bereits graue Haare bekommen haben, nachdem das Budget jeweils so gestiegen ist – aber er war letzte Woche eigentlich relativ entspannt unterwegs. So viel dazu.

Dann noch zum Antrag der Grünen: Diesen würden wir so ebenfalls unterstützen. Wir sind der Meinung, dass das Projekt nächstes Jahr nicht nötig ist und wahrscheinlich auch künftig nicht nötig sein wird. Und deshalb können wir das so unterstützen, mit der Begründung, die geliefert wurde.

Die restlichen Anträge, die zu Null waren in der Kommission, unterstützen wir ebenfalls. Besten Dank.

L. Merz (SP): Zum Antrag A21, zur Kürzung des Globalkredits um 550'000 Franken: Die SP-Fraktion lehnt diese massive Kürzung im Tiefbau selbstverständlich ab. Der budgetierte Globalkredit in dieser Produktgruppe steigt unter anderem, das haben wir schon gehört, wegen der Annahme der Gegenvorschläge zur Stadtklimainitiative. Die Umsetzung dieser Initiative kostet, das war schon immer klar, und darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es werden Flächen entsiegelt und begrünt und es werden Autoflächen in Flächen für den Langsamverkehr umgewandelt. Für das Budget 2026 sind deshalb eine Stelle in der Projektierung für die Umsetzung der Stadtklimainitiative und eine Stelle für die Forcierung der Velorouten und dem Modalitätssplit beantragt worden. Das sind Stellen, welche direkt der Begrünung und Entsiegelung unserer Stadt sowie den Velofahrer:innen und Fussgänger:innen zugute kommen. Auch bei den Sachkosten gibt es Mehrkosten, weil man auf externe Beratungen für die Umsetzungen der Stadtklimainitiative angewiesen ist. Das ist Geld, das man jetzt braucht – und das konnte uns der Stadtrat auch aufzeigen in der Kommission. Die von der SBK beantragte Kürzung ist massiv und eine ernste Gefahr für die Umsetzung der Stadtklimainitiative. Diese Umsetzung ist aber ein Volksauftrag, an den wir uns hier drinnen einfach zu halten haben.

Und dann noch eine Bemerkung an meine Kolleg:innen von der GLP und EVP: Klimaschutz und Verkehrswende sind einfach nicht gratis zu haben. Ich bitte Euch deshalb, hier drinnen auch Farbe zu bekennen und konsequent zu sein. Es geht nicht ganz auf, wenn Ihr das ganze Jahr hindurch Klimaschutz fordert, aber dann im Budget genau bei den Ausgaben, die man dafür braucht, empfindlich zusammenstreicht. Das war es zu A21.

Ich sage auch noch etwas zum Antrag A27 der Grünen. Diesen Antrag werden wir ablehnen. Die Erschliessung ist eine Bedingung für die Bewilligung dieses Quartierplans. Und dieser Quartierplan richtet sich nach dem aktuellen Verkehr, sondern nach dem Potenzial. Die Eigentümer dort oben wollen entwickeln. Aber wir haben es auch gehört: Mit einer Begegnungszone wäre das Trottoir eventuell nicht zwingend notwendig für die Bewilligung des Quartierplans. Wir halten da aber eine Begegnungszone auf der Tössertobel nicht unbedingt für geeignet, da das eine Strasse ist mit klarem Erschliessungscharakter und nicht eine, welche zwei gegenüberliegende Seiten miteinander verbindet. Vielen Dank.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Bürgerlich, lieber Alex, ist eben ein vernünftiger Umgang mit dem Geld. Deshalb: Willkommen im Boot!

Die Mitte/EDU-Fraktion wird der Kürzung um 550'000 Franken zustimmen und damit das Budget 2026 gegenüber dem Budget 2025 um 1.1 Millionen Franken aufwachsen lassen. Zu den anderen Anträgen, welche in der Kommission zu Null waren, spreche ich nicht, da stimmt die Mitte/EDU-Fraktion zu.

Zum Antrag A27, den die Grünen gestellt haben, der auf die Investitionsrechnung geht, die Kürzung betreffend dem Trottoir: Diesem Antrag stimmt die Mitte/EDU-Fraktion zu. Wir sind zwar der Meinung, da schliesse ich mich Livia an, dass der Quartierplan wichtig ist und dass es dort Eigentümer gibt, die entwickeln wollen. Es wurde aber doch aufgezeigt, dass die Erschliessung mit einer Begegnungszone möglich ist. Und gerade wenn man von Stadtklima spricht und denkt, man brauche Geld, dann kann man da jetzt sagen, man kann eigentlich ohne Geld Stadtklima machen, weil man weniger versiegelt. In diesem Sinne unterstützen wir diese Kürzung. Vielen Dank.

M. Nater (GLP): Zur Kürzung im Tiefbau um 550'000 Franken werde ich die Argumente vorbringen, und anschliessend wird Annetta Steiner noch etwas zum Antrag der Grünen sagen. Die anderen Anträge werden wir gemäss dem 9:0 entsprechend annehmen.

Generell ein Wort, zu den Anträgen, welche den Anstieg der Kosten reduzieren. Bei all den Anträgen bremsen wir die höheren Ausgaben, aber die Stadt hat immer noch viel mehr als in den letzten Jahren. So können wir durch die Anträge höchstens ein paar Prozent der zusätzlich geplanten Ausgaben reduzieren – was dann natürlich von links und rechts kritisiert wird. Das Parlament hat in der momentanen Ausgangslage eigentlich nur die Möglichkeit, auf neue Stellen oder zusätzliche Honorare Einfluss zu nehmen. Dort sind dann gemäss Stadtrat «wichtige Projekte gefährdet» oder sogar «eine ernste Gefahr für die zukünftige Entwicklung von Winterthur», wenn das Parlament dies nicht bewilligt.

Ich bin nun schon seit neun Jahren im Parlament. Und jedes Jahr haben wir im Parlament zusätzliche Projektstellen und zusätzliche externe Honorare für Projekte freigegeben, welche teilweise nur ein paar Jahre gingen. Nur: Die Stellen und die Höhe der externen Honorare verschwinden nicht, wenn das Projekt fertig ist. Von daher: Für das Parlament ist es einfach nicht ersichtlich, wo es weniger Aufwand braucht; es ist nicht ersichtlich, wo Projekte abgeschlossen sind; es ist nicht ersichtlich, wo externe Berater nicht mehr gebraucht werden und es ist nicht ersichtlich, wo die Effizienz gesteigert worden ist.

Zur Effizienzsteigerung gehört dazu, dass interne Stellen und Aufgaben zu anderen Bereichen verschoben werden, womit aber dann die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren für das Parlament fast unmöglich wird.

Beim Tiefbau haben wir ein solches Beispiel. Es sind intern neue Verrechnungen am Laufen, externe Aufwendungen steigen und auch intern wird aufgebaut. So zum Beispiel für die Stadtklimainitiative, wo für 2026 - aber auch in den nächsten Jahren - ein starker Anstieg geplant ist.

Nur auch hier: Man weiss zwar, wie viele Stellen für die Umsetzung Stadtklimainitiative gefordert sind, aber bisher habe ich noch keinen Plan gesehen, wie der Gegenvorschlag zur Stadtklimainitiative in den nächsten 15 Jahren umgesetzt werden soll. So ist nicht klar, was ohnehin in den laufenden Tiefbauprojekten ohne grosse Mehrkosten umgesetzt werden kann.

Auch ist kein Plan vorhanden, auf dem für uns ersichtlich ist, welche Fläche wann und wo bearbeitet werden sollen und es ist auch noch kein klares Messsystem vorhanden. Daher muss man für uns zuerst mal klären, welche Arbeiten gemacht werden müssen, welche Ziele erreicht werden müssen, bevor gross die externen Berater zum Arbeiten geschickt werden.

Wenn nicht bekannt ist, was gemacht wird, und die GLP leicht den Anstieg kürzt, dann ist es schon speziell, wenn unsere kritischen Fragen und unsere Transparenzfindung als Arbeitsverweigerung angeschaut werden. Da frage ich mich schon, was die Grünen unter Arbeit verstehen.

Auch braucht es im Tiefbau eine Stelle, weil unter anderem der Koordinationsaufwand steigt. Da fragt man sich auch, wo die Effizienzsteigerung in der Stadt bleibt, wenn es schon Stellen braucht für die zusätzliche Koordination.

Wir von der GLP sind jedoch bereit, für das Budget 2027 Stellen zu sprechen, für die Umsetzung des Gegenvorschlages der Stadtklimainitiative. Nur muss dies dann gut begründet werden, mit einem nachvollziehbaren Plan, mit einem Monitoring, den klaren Zielen, den voraussichtlichen Gesamtkosten und der geplanten Umsetzung. Idealerweise würde uns das in der Stadtbaukommission vorgestellt werden.

Wir von der GLP nehmen den Kommissionsantrag an.

R. Heuberger (FDP): Ich habe ungefähr das Gleiche gemacht wie Markus Nater. Ich habe zurückgeschaut und geschaut, wie sich der Tiefbau und überhaupt die Stadt entwickelt hat. Und obwohl ich mittlerweile zum amtsältesten (ich betone: amtsältesten!) Viertel dieses Parlaments gehöre, konnte ich nur einen Rückblick auf acht Jahre machen. Aber das Wachstum dieser Stadt in diesen acht Jahren ist immens. Wir sind von 1.3 Milliarden auf 1.74 Milliarden

gewachsen – und das in nur acht Jahren. Das heisst, unsere Ausgaben sind um mehr als 30% angestiegen, obwohl wir nur ein Bevölkerungswachstum von 7% haben.

Betrachten wir jetzt die Kosten in der Produktegruppe Tiefbau, so sind diese in den letzten acht Jahren von 33 Millionen auf 50 Millionen Franken gestiegen, also um ganze 50%. Und schauen wir dann noch das Stellenwachstum an, in der kürzeren Zeit, nämlich in dieser Amtsperiode von 2022 bis 2025, so haben die budgetierten Stellen von 121 auf 142.3 zugenommen, was einem Stellenwachstum von 21 Stellen oder ganzen 17% entspricht. Davon waren bereits sieben Stellen Projektleiterstellen – und jetzt werden nochmals drei neue Projektleiterstellen beantragt. Damit wären wir dann bei plus 10 Projektleiterstellen innerhalb von vier Jahren.

Und in der gleichen Zeit (also von 2022 bis 2025) sind auch die Ausgaben für Honorare und Gutachten Dritter im ganzen Baudepartement von 3.4 Millionen Franken auf 6.1 Millionen Franken gestiegen, also um über 80%. Bezogen auf den Tiefbau (und da habe ich nur die Zahlen der letzten zwei Jahre – ich wiederhole: Zwei Jahre!) sind sie um fast 60% angestiegen auf die geplanten 2.8 Millionen Franken. Oder ich kann es auch anders sagen: Um eine Million zusätzliche Ausgaben zwischen der Rechnung 2024 und dem Budget 2026. Alleine die geplante Erhöhung dieser Honorare und Dienstleistungen Dritter entspricht de facto nochmals einer Externalisierung von rund 5 Vollzeitstellen.

Und dieses extreme Wachstum müssen wir bremsen. Meine Vorredner haben bereits diverse Ausführungen gemacht zum Thema Stadtklima. Ich erlaube mir noch eine Bemerkung zum Thema Fernwärmenetz, denn auch dieses braucht Ressourcen. Doch gerade hier gilt: Weniger grundlegende Umgestaltung des Strassenraums bedeutet mehr Tempo beim Fernwärmenetzausbau.

Und ja, auch das dritte Argument mit dem Velonetz: Ich kann mich daran erinnern, dass ich 2018 (das war einer meiner ersten Anträge hier im Rat) verlangte, dass man die Velowege schliesst und zwischen den Quartieren und der Stadt sichere, geschlossene Velowege macht. Damals wurde der Antrag abgelehnt mit der Begründung, das sei alles schon auf dem Weg und gar nicht mehr nötig. Und da muss ich sagen: Wenn das damals so war – was ist denn in den letzten acht Jahren diesbezüglich noch nicht unternommen worden?

Und wenn jetzt die Linke im Rat sagt, wir würden die Klimainitiative torpedieren, dann möchte ich doch dem Votum von Alex nochmals Nachdruck verleihen, dass wir trotz dieser Kürzungen massiv mehr Geld ausgeben werden im Tiefbau. Und dass wir jetzt mit der Kürzung dieses Betrags, dieser 550'000 Franken, de facto die Steigerung der Honorare an Dritte zwischen 2024 und 2026 um die Hälfte reduzieren.

Der FDP ist es ehrlicherweise ziemlich egal, ob man weniger Stellenaufbau intern macht oder ob man weniger extern vergibt. Natürlich haben wir es auch lieber, wenn diese Stellen nicht aufgebaut werden. Aber das, und genau das, ist bei Produktgruppenkürzungen, welche wir vornehmen müssen, der Auftrag des Stadtrats, das definitiv zu beschliessen.

Fakt ist, die 550'000 Franken Reduktion verträgt dieses Budget sehr gut.

Noch zum Antrag A27, zum Tösstobel von den Grünen: Diesem Antrag wird die FDP zustimmen. Wir würden es wohl ganz anders begründen als die Grünen, aber Fakt ist, dass man dieses Projekt im Moment noch ohne finanziellen Schaden abbrechen kann. Und sowohl für die Fussgängerinnen und Fussgänger wie auch für den motorisierten Individualverkehr bestehen bereits heute tragfähige, erprobte und auch künftig ausreichende Erschliessungsalternativen zu diesem Bau. Es ist schlicht nicht nötig und deshalb werden wir diesem Antrag zustimmen.

Ch. Hartmann (SVP): Es ist wahrscheinlich ein Zufall, dass ich jetzt für die Fraktion ein Votum halten kann, obwohl ich nicht Mitglied der Stadtbaukommission bin und gleich danach an die Reihe komme – die Unwägbarkeiten der Geschäftsordnung.

Die SVP wird alle Anträge der Stadtbaukommission unterstützen, auch die umstrittenen. Der Grund ist dieser: Wir sind sehr wohl der Meinung, dass Volksentscheide umzusetzen sind, so

wie es übrigens auch Parlamentsentscheide wären. Aber wir sind der Meinung, dass der Ressourcenanstieg, den wir da geplant haben, ausreichend ist für das, was gemacht wird. Es ist ja interessant: Beim Amt für Städtebau steigt der Personalbedarf jährlich massiv, und zwar unabhängig von der Frage, was für Projekte man hat und wie sich das Projektportfolio entwickelt. Das ist für uns nicht ganz einleuchtend.

Hauptsächlich habe ich mich aber gemeldet, um zu begründen, was wir machen beim Antrag zum Tössertobel. Das ist ja aus unserer Sicht ein sehr spezieller Antrag. Zum einen wird es vermutlich einer der seltenen Fälle sein, bei dem wir einem Antrag der Grünen zustimmen. Und das, weil er aus unserer Sicht gut begründet ist. Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, jetzt da Geld auszugeben. Das kann man immer noch machen, wenn es unbedingt nötig ist. Und zum anderen möchten wir es auch einmal erleben, dass wir einem grünen Antrag effektiv zustimmen können. Danke.

A. Steiner (GLP): Markus hat es angetönt, ich sage auch noch etwas zum Tössertobel. Dem Votum von Reto Diener gibt es gar nicht allzu viel anzuhängen. Die einfachste Form, der Stadtklimainitiative nachzukommen, ist, indem man gar nicht erst neuen Boden versiegelt. Da haben wir ein gutes Beispiel, wo wir das nicht machen müssen. Die beste Möglichkeit, Geld zu sparen, ist, eine Strasse nicht zu bauen, welche nicht nötig ist. Und genau das machen wir mit der Streichung dieses Projekts. Alles weitere hat Markus bereits gesagt. Besten Dank.

Stadträtin Ch. Meier: Vielen Dank für die angeregte Diskussion. Ich fange gerne zuerst an mit dem Antrag über 550'000 Franken Reduktion des Globalkredits. Wir haben in der Stadtbaukommission sehr klar aufgezeigt, für was wir sowohl die beantragten Stellen als auch die beantragten Honorare brauchen. Ich kann sehr gut damit leben, dass man anderer Meinung ist und findet, wir brauchen etwas weniger. Und insofern ist es auch an Ihnen, diese Reduktion zu beantragen. Was ich schwierig finde, das an die Adresse der GLP, ist die Unterstellung, man wisse nicht, was wir mit diesem Geld vorhätten. Wir waren sehr transparent in der SBK, wir haben sehr klar aufgezeigt, um was es geht. Wir haben auch sehr klar aufgezeigt, was die Konsequenzen sind, wenn man Gelder nicht spricht. Es ist völlig okay, das ist die Entscheidung und die Verantwortung des Parlaments. Und Ihr wisst auch ganz genau, dass wenn Ihr zusätzliche Informationen wünscht, Ihr diese jederzeit bei uns erbitten könnt – und dass wir Euch diese auch ohne Umstände zukommen lassen. Das einfach noch für mein Seelenheil.

Wir haben schon im Abstimmungskampf zu den Stadtklimainitiativen und den Gegenvorschlägen zur Stadtklimainitiative sehr deutlich aufgezeigt, was das an Zusatzaufwänden für uns als Stadt bedeutet. Wir haben aus diesem Grund als Stadtrat auch eine Ablehnung – sowohl der Initiative als auch der Gegenvorschläge – empfohlen. Überhaupt nicht, weil ich nicht die Notwendigkeit inhaltlich sehen würde, sondern weil ich das Gefühl hatte, es passt im Moment finanziell nicht in unsere Grosswetterlage. Aber der Auftrag der Bevölkerung ist da und diesen nehmen wir ernst.

Der Stellenaufbau und die zusätzlichen Mittel entsprechen nicht dem, was wir ursprünglich berechnet haben. Wir haben das bereits ziemlich reduziert, auch das haben wir aufgezeigt. Das heisst, dass wir mit dem Etappenziel wahrscheinlich Mühe haben werden, aber wir schauen wie gesagt den Auftrag als verbindlich an und möchten uns auch entsprechend aufstellen.

Zur Rechnung von Romana Heuberger, was den Stellenaufbau angeht, da wäre ich wahnsinnig froh, wenn man die dann ganz sauber machen würde und nicht einfach alles als Plus anschauen würde. Es gab gerade letztes Jahr Stellen, die man von der Entsorgung in den Tiefbau verschoben hat. Wenn man diese jetzt nur beim Tiefbau als Plus anschaut, dann stimmt die Gesamtbetrachtung natürlich nicht mehr, vor allem wenn man vorhin auch gehört hat,

man solle optimieren. Das war ein Optimierungsschritt, den haben wir entsprechend abgebildet, also auf der einen Seite ein Plus, aber auf der anderen Seite auch entsprechend ein Minus.

Dann noch zum Antrag der Grünen, zum Trottoir Tössertobelstrasse: Ich habe extrem viel Sympathie für diesen Antrag. Und wir haben ja in diesem Zusammenhang diverse Schreiben von verschiedenen Parteien erhalten, mit der Bitte, man solle doch prüfen, ob man auf dieses Trottoir verzichten kann. Das haben wir gemacht, das haben wir geprüft. Wir haben beim Kanton angefragt, ob der Quartierplan auch ohne dieses Trottoir bewilligungsfähig ist. In einem ersten Schritt haben wir vom ARE eine klare Antwort erhalten, es sei nicht bewilligungsfähig. Wir haben dann nochmals nachgehakt und im zweiten Schritt hiess es, es sei allenfalls bewilligungsfähig, wenn man Tempo 20 (sprich: Begegnungszone) auf dieser Strasse macht. Wir haben einen Quartierplan – bzw. wir sind seit Jahren an der Erarbeitung eines Quartierplans –, weil diese Grundstücke im Gütli zum Teil extrem unternutzt sind und weil die Eigentümerinnen und Eigentümer (nicht alle, aber ein Teil davon) diese Grundstücke entwickeln möchten. Sie haben das Anrecht darauf, denn laut BZO kann man dort sehr viel mehr realisieren, aber die Erschliessung ist unzureichend. Das heisst, wir sind verpflichtet, diesen Quartierplan zu machen. Wir sind da auch sehr gut unterwegs. Man darf aber bei einem Quartierplan nicht von der jetzigen Belegung dieser Grundstücke ausgehen, sondern eben von dem, was laut BZO dort an Potenzial vorhanden ist. D.h. es wird in Zukunft voraussichtlich sehr viel Leute mehr geben, welche dort oben leben – und entsprechend auch sehr viel mehr Leute, welche diese Strasse nutzen.

Man könnte es probieren, ob das bewilligungsfähig ist mit Tempo 20. Ich habe einfach ein bisschen ein Problem damit, wenn man Tempo 20, das eben eine Begegnungszone ist, (entschuldigt, dass ich es so sage) «missbraucht». Tempo 20 Begegnungszone hat einen ganz klaren Sinn: Die Verbindung einer Strasse, auf der auf beiden Seiten Liegenschaften sind und wo man sich auf dieser Strasse auch begegnen können soll. Es ist nicht gedacht für eine Erschliessungsstrasse, die in allererster Linie eben auch eine Erschliessungsfunktion hat. Wenn wir aber diesen Auftrag erhalten, werden wir das selbstverständlich prüfen. Ich kann einfach nicht versprechen, ob das dann so auch bewilligungsfähig ist.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christa. Somit können wir zu den Abstimmungen über diese Produktgruppe kommen. Wir haben das so vorbereitet, dass wir über die Anträge, bei denen es nur um das Bewilligungsorgan geht, gesamthaft abstimmen, so dass wir nicht sieben Abstimmungen machen müssen. – Dagegen hat niemand etwas einzuwenden. Das heisst, wir kommen zuerst zu Antrag A20, das ist die Reduktion des Globalkredits um 22'000 Franken wegen WinRP.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A20 ist mit 56:0 einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zum Antrag A21, das ist der Antrag der SBK für Reduktion des Globalkredits um 550'000 Franken.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Dem Antrag A21 wurde mit 34:23 Stimmen zugestimmt.

Nun kommen wir zur Sammelabstimmung über Antrag A22 bis A26 und Antrag A28, das sind alle die Anträge, bei denen es nur um das Bewilligungsorgan geht.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Die Anträge A22-A26 und A28 wurden mit 57:0 einstimmig angenommen.

Jetzt kommt noch die Abstimmung über Antrag A27, das ist der Fraktionsantrag der Grünen/AL, die Streichung des Tössertobel-Projekts.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Ein Bild, das wahrscheinlich in die Geschichte eingeht. Mit 43:14 Stimmen ist der Antrag A27 der Grünen angenommen worden. Somit ist die Produktgruppe Tiefbau abgehandelt.

PG 328 Entsorgung

M. Nater (SBK): Der SBK-Antrag A29 ist die Reduktion des Globalkredits um 200'000 Franken, da die Kosten und die externen Honorare fortlaufend ansteigen.

S. Gfeller (SP): Wir stellen dazu einen Ablehnungsantrag. Ich möchte das begründen: Die vorgeschlagene Streichung der 200'000 Franken im Bereich Entsorgung hätte weitreichende Folgen und es ist aus unserer Sicht unabsehbar, was dann passiert. Denn es geht ja nicht einfach um eine Honorarposition – es geht um zentrale Aufgaben, die ohne diese Mittel nicht umgesetzt werden können. Wir haben zum Beispiel die Projektleitungsstelle, die benötigt wird, um den GEP überarbeiten zu können und damit die Entwässerung besser regional zu abstimmen. Dieser Plan ist veraltet, hat Lücken und entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Solche Sachen würden dann einfach hinten hinausfallen.

Ebenso gefährdet diese Streichung den geplanten Ausbau der Abfalldéponie, denn ohne Projektleitung kann auch dieses Vorhaben nicht wie vorgesehen umgesetzt werden. Dabei generiert die Déponie auch wieder Einnahmen, denn das ist eine Infrastruktur, die auch von den umliegenden Gemeinden genutzt wird – und so gesehen, haben wir da auch eine regionale Verantwortung, eine gewisse Infrastruktur bereitzustellen.

Es würden also wichtige, überfällige Arbeiten blockiert werden und es ist dann nur eine vermeintliche Einsparung. Strategisch ist das nicht sehr sinnvoll.

Deshalb sind wir gegen eine Kürzung, weil wir wollen, dass diese essenziellen Projekte weitergeführt werden können. Danke.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Die Grünen/AL lehnen die Reduktion des Globalkredits ab. Was mir Sorgen macht, ist eigentlich nicht, dass die Stadtverwaltung wegen dieser 200'000 Franken nachher schlechter arbeiten würde. Sondern was mir nach all diesen SBK-Sitzungen, bei denen diese Anträge durchkamen – und auch jetzt wieder -, viel mehr Sorgen macht, ist das schleichende Misstrauen der Rotstift-Allianz, die sich alljährlich da zusammenfindet und damit auch ihre Versprechen von Klimaschutz und Nachhaltigkeit pulverisiert.

Denn gerade auch Entsorgung ist ganz wichtig und eine Grundlage für Klimaschutz, und sie ist auch eine Grundlage für die Kreislaufwirtschaft. Und ich glaube, je länger je mehr sind wir da alle dafür, weil es einfach dringend notwendig ist.

Und als ich das geschrieben habe, kam mir in den Sinn: Da muss ich schon fast der SVP ein Kränzchen winden für ihre Ehrlichkeit, weil sie wenigstens auch über das Jahr offen zugeben, dass sie Klimaschutz manchmal «echli en Seich» finden. Genau. Danke.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion wird diesem Kürzungsantrag zustimmen. Es geht um 200'000 Franken weniger Anstieg, d.h. das Budget 2026 wird – wenn Sie diesem Antrag zustimmen – auf 40.46 Millionen festgesetzt. Der Anstieg gegenüber dem Budget 2025 beläuft sich damit «nur» auf 1.8 Millionen. Vielen Dank.

M. Nater (GLP): Wir von der GLP sehen, dass es bei der Entsorgung zusätzliche Aufwände gibt, um die Gebührenordnung anzupassen. Auch die Regionalisierung der Entwässerungsverordnung (GEP) ist anzupassen, da auch mit dem Bau der ARA die neuen Leistungen und Kosten verteilt werden müssen. Ob jedoch für dieses Projekt sofort so viele Ressourcen notwendig sind, wie eine zusätzliche Stelle und zusätzlich 560'000 Franken Sachkosten im Jahr 2026, ist für uns fraglich. Es braucht jetzt auch keinen Schnellschuss, da zuerst sichergestellt werden muss, dass die umliegenden Gemeinden gut abgeholt werden, wobei externe Berater nur bedingt helfen können.

Wir stimmen dem Kommissionsantrag zu.

A. Würzer (EVP): Ich möchte als allererstes meine Kommissionskollegin Kathrin Frei Glowatz beruhigen: Ich kann versichern von der EVP-Fraktion her, wir finden weder Klimaschutz noch Nachhaltigkeit «en Seich». Und wir sind deshalb auch sehr gerne bereit, zusätzlich 1.8 Millionen Franken für diese Produktegruppe zu sprechen. Und des Weiteren kann ich mich eigentlich dem anschliessen, was auch Markus Nater gesagt hat. Besten Dank.

R. Heuberger (FDP): Auch ich, Kathrin, kann Dir wirklich versichern: Ich war 17 Jahre lang Geschäftsführerin der Recycling-Ausbildung und 4 Jahre Produktegruppenverantwortliche. Du kannst Dir sicher sein, dass wir in der Entsorgung nicht leichtfertig Beträge kürzen. Man muss einfach zur Kenntnis nehmen, dass wir auch hier gar nicht über Stellenstreichungen diskutieren, von daher: Das Votum von Dir, Selim, das können wir sogar unterstreichen, diese Stellen sind berechtigt. Was wir aber für ungerechtfertigt halten, ist, dass gleichzeitig wieder Honorare Dritter und Gutachten innerhalb eines Jahres um 590'000 Franken gegenüber dem Budget 2025 steigen sollen. Und gegenüber der Rechnung 2024 sogar um 840'000 Franken. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb die externe Beratung in dermassen grossem Umfang ansteigen soll. Und wenn wir da um 200'000 Franken kürzen, dann ist das eine geringe Kürzung – bzw. es ist einfach wirklich eine Reduktion des Anstiegs, der aus unserer Sicht zu massiv ist. Danke.

Stadträtin Ch. Meier: Ich kann mich auch hier bedanken für diese Diskussion. Wir haben in der SBK aufgezeigt, was die anstehenden Aufgaben und Projekte sind und weshalb wir die Stellen und auch die externen Honorare brauchen. Es ist so, dass bei uns die Projektleitenden nicht alles selbst machen können, denn dann würden unsere Ressourcen nirgends hinreichen. Sondern wir arbeiten in allen diesen Projekten sehr stark mit externen Büros zusammen. Das ist nicht nur bei uns im Departement so, sondern das ist an vielen Orten in der Verwaltung so üblich. Und deshalb ist es immer so, dass wenn der Personalaufwand ansteigt, auch die Honorare ansteigen, denn die Leute, die bei uns arbeiten, dann auch wieder zusätzlich mit anderen Leuten zusammenarbeiten. Das ist aber immer an die Aufträge, die wir haben, gebunden. Und auch da sind wir ja sehr transparent der Kommission gegenüber. Und auch da lade ich herzlich ein: Falls mehr Information gewünscht ist, dann fragen Sie nach; dann werden Sie diese erhalten.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christa. Somit kommen wir jetzt zur Abstimmung über Antrag A29, das ist der SBK-Antrag für Reduktion des Globalkredits um 200'000 Franken.

Wer der Kürzung zustimmen möchte, drückt A. Wer sie ablehnt, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Mit 34:23 Stimmen ist der Antrag A29 angenommen worden.

Die Produktegruppe Entsorgung ist somit abgeschlossen.

PG 340 Geomatik- und Vermessungsamt: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 350 Amt für Baubewilligungen: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 360 Städtebau

Ph. Angele (SBK): Wir haben da zwei SBK-Anträge, A30 und A31. Der Antrag A30 ist einstimmig, da geht es darum (es ist eher eine technische Umbuchung oder Reduktion), dass man für die Bau- und Zonenordnung, die ansteht, Geld haben muss. Und das soll nicht über

die Erfolgsrechnung gebucht werden, sondern das muss in die Investitionsrechnung. Das ist unbestritten und wurde 9:0 angenommen.

Der Antrag A31 geht es um eine Reduktion des Globalkredits um 200'000 Franken. Es geht dabei darum, dass die steigenden Kosten bei den Honoraren und den Personalkosten vom Amt für Städtebau so nicht vollständig überzeugen. Es ist ein Kommissionsantrag, der mit 6:3 angenommen wurde.

L. Merz (SP): Dem Antrag A30, dieser Umgliederung, werden wir zustimmen.

Zum Antrag A31: Die SP-Fraktion lehnt diese Kürzung ab. Im Amt für Städtebau werden sehr viele Aufträge extern vergeben, weil man auf der einen Seite die Ressourcen intern gar nicht hat, aber vor allem auch, weil man oft auch auf externe Fachexpertise angewiesen ist. Unter den Honoraren, die jetzt in der Kritik stehen, werden städtebaulich sehr wichtige Projekte verbucht: Zum Beispiel Winterthur Süd, der Hauptbahnhof, ISOS-Abwägungen oder der Bahnhof Oberwinterthur. Das sind nicht einzelne Aufträge, sondern jahrelange Planungsprozesse. Deshalb gibt es hier auch oft Schwankungen und wir können das Budget nicht so einfach mit der letzten Rechnung vergleichen. Wenn sich ein Projekt nur ein bisschen verzögert, fallen die Ausgaben unter Umständen bereits im nächsten Jahr an. Wir finden die Projekte, welche das Amt für Städtebau im Moment vorantreibt, für Winterthur sehr wichtig, deshalb lehnen wir diese Kürzung ab.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL lehnt den Streichungsantrag von 200'000 Franken im Amt für Städtebau ab. Das Amt für Städtebau und Stadträtin Christa Meier legten in der SBK sehr konkret und anschaulich dar, für was sie diese Ressourcen brauchen. Beispielsweise konnte Jens Andersen, der Leiter des AfS, klar sagen, dass heute 80 – 100 Millionen pro Jahr verbaut werden – früher waren es 20 Millionen. Oder dann ging es um den unseligen Weidmann-Bericht, der die nationalen Wellen bis nach Winterthur schwappen liess. Das Stadtparlament dem DBM einhellig und ausdrücklich mit Unterstützung der rechten Ratsseite vor wenigen Wochen den Auftrag gegeben, in Bern zu lobbyieren und unsere Projekte wie den Bahnhof Grüze, Oberwinterthur und Winterthur Süd voranzutreiben. Es hiess dort, es sei jetzt alles blockiert bzw. es sollte schon weiter sein – aber nein, diese Projekte müssen genau jetzt umso mehr vorangetrieben werden. Und dafür braucht es Leute, die daran arbeiten.

Und jetzt, wenn es darum geht, das Geld dafür zu sprechen, will man nichts mehr davon wissen - frei nach Adenauer: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern...?

Eigentlich geht es mir manchmal einfach ein bisschen so, dass es mich dünkt, es geht um das Sparen um des Sparens willen. Ja, es heisst dann, es sei ja nur weniger Anstieg.

Aber das andere ist das, was ich nochmals betonen möchte: Das mit dem Misstrauen. Ich finde es einfach sinnlos, wenn man überall diese 200'000 noch kürzt. Es ist sinnlos, denn auf das Ganze gesehen bringt es eigentlich nichts. Es ist ein ungutes Klima.

M. Nater (GLP): Ich muss mich der EVP anschliessen, dass wir den Klimaschutz weiterhin hochhalten. Und damit heissen wir natürlich auch den Anstieg der Kosten für den Klimaschutz weiterhin gut.

Der Aufwand beim Städtebau steigt und sowohl die internen Stellen als auch die externen Ressourcen sind über die letzten Jahre laufend gestiegen. Dies wird mit den grossen Projekten wie Bahnhofausbau und A1 in den Berg erklärt. Gerne werde ich auch in Zukunft in der SBK noch vertiefter Fragen stellen, um zu erkennen, was genau mit den Ressourcen geleistet wird und wo. Auch wird die GLP daran arbeiten, dass Themen wie die operative Erreichung von Netto-Null verstärkt zum Thema werden, da Zielwerte für graue Energie scheinbar noch nicht bei den Planungsvorgaben der Stadt angekommen sind. Obwohl das Ziel der Stadtverwaltung ist, bis 2035 als Vorbild Netto-Null zu erreichen.

Dazu gehört auch die Stelle, welche den Heizungsersatz beschleunigt soll, um auf den Weg zu Netto-Null zu kommen, was wir natürlich begrüssen. Wenn wir aber nun sehen, wie viele

Heizungen in der Stadt pro Jahr geplant werden und an Externe in Auftrag gegeben werden, dann sehen wir von der GLP hier schon Potenzial für Effizienzsteigerungen.

Von daher haben wir in der SBK im nächsten Jahr sicher die folgenden Fragen:

- Wieso braucht es ab 2027 bei der Stadt Winterthur vier interne Projektplaner, um in den nächsten 12 Jahren 200 grosse und kleine fossile Heizungen zu planen und den Auftrag zur Umsetzung auszulösen?
- Wie will die Stadt bis 2035 Netto-Null erreichen, wenn der Plan ist, bis 2040 die letzte fossile Heizung zu ersetzen?

Wir stimmen dem Kommissionsantrag zu.

A. Würzer (EVP): Zum Kommissionsantrag A30 sage ich nichts, da werden wir zustimmen. Und wir werden auch dem Kommissionsantrag A31 so zustimmen. Es ist eigentlich wie vorher auch, jeweils mit der gleichen Argumentation. Wir haben einfach einen massiven Kostenzuwachs. Wir sehen, was alles Gutes geleistet wird, das wollen wir auch unbedingt so festhalten. Wenn wir aber sehen, dass es zwischen der Rechnung 2024 und dem Plan 2027 plus 4.5 Millionen Franken bei den Kosten sind und das dann in Relation zu den Gesamtkosten dieser Produktgruppe, dann ist das einfach ein sehr, sehr grosser Anstieg. Und deshalb sind wir der Meinung, dass ein um 200'000 Franken reduzierter Anstieg in dieser Produktgruppe so vertretbar ist. Und wir sind auch der Meinung, dass man diese Ziele, die man sich im Amt für Städtebau gesetzt hat, auch so erreichen kann. Vielen Dank.

Stadträtin Ch. Meier: Auch hier vielen Dank.

Zum Antrag A30, zur Verschiebung des BZO-Kredits von der ER in die IR, muss ich nichts sagen, diesem schliessen wir uns selbstverständlich an.

A31, die Reduktion des Globalkredits um 200'000 Franken: Auch hier haben wir aufgezeigt in der SBK, wie extrem komplex und wie extrem vielseitig wir im Moment Projekte begleiten. Wir haben unzählige Planungen - zum Teil von Privaten, zum Teil vom Kanton, zum Teil vom Bund -, welche wir einerseits im Interesse dieser Planenden begleiten, aber auch im Interesse von uns als Stadt, denn wir sind darauf angewiesen, dass unsere Anliegen in diese Projekte hineinfliesen.

Ich erinnere ebenfalls gerne, wie das schon jemand in einem Votum gemacht hat, an den sehr klaren Auftrag aus dem Parlament von gerade erst kürzlich, wir sollen uns hinsichtlich dem Weidmann-Bericht jetzt wirklich engagieren. Das machen wir sehr gerne und mit sehr viel Überzeugung - aber das braucht Ressourcen. Und da brauchen wir auch externe Ressourcen, die uns da unterstützen, das ist nicht ganz gratis.

Wir haben daneben einen sehr grossen, sehr komplexen, sehr partizipativen Prozess für die Planung des Hauptbahnhofs. Wir haben (wie wir es auch schon gehört haben) die Umsetzungsplanung für den Heizungsersatz. Wir zeigen sehr gerne in der SBK auf, wie das dann aussieht; wir haben schon erste Hinweise gemacht in der SBK. Ich hoffe, Markus, dass Du unseren Ausführungen dann auch wirklich Glauben schenkst, denn wie gesagt, wir machen auch das sehr transparent.

Und was ich einfach auch noch erwähnen möchte an diesem Punkt, das sind die doch extrem zahlreichen Vorstösse, welche dann einfach on top während dem Jahr noch dazukommen. Ich kann das nicht empirisch belegen, aber ich würde die Behauptung wagen, dass keine Abteilung oder kein Amt der Stadtverwaltung dieses Jahr so viele Vorstösse beantwortet hat wie das Amt für Städtebau. Das machten wir sehr gerne, das zeigt uns, dass ein grosses Interesse an all diesen Aufgaben da ist. Und wir schätzen das, wenn da auch Fragen gestellt werden. Aber auch das bindet Ressourcen. Diese Vorstösse sind zum Teil wahnsinnig komplex, ich denke da zum Beispiel an das zirkuläre Bauen. Das hat uns auch als Verwaltung weitergebracht, wir haben das gerne gemacht - aber es ist nicht gratis zu haben.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christa. Somit kommen wir jetzt zu den Abstimmungen über diese zwei Anträge.

Zuerst geht es um den Antrag A30, das ist die Reduktion des Globalkredits um 300'000 Franken.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 50:7 Stimmen wurde der Antrag A30 angenommen.

Wir kommen zu Antrag A31, das ist die Reduktion des Globalkredits um 200'000 Franken steigende Kosten bei den Honoraren.

A = Zustimmung B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Somit haben wir die Zahlen, welche morgen in den Medien sind, wohl gefunden. Mit 34:23 Stimmen wurde diesem Antrag A31 zugestimmt.

Somit ist die Produktegruppe Städtebau und damit das ganze Departement Bau und Mobilität abgeschlossen.

Departement Sicherheit und Umwelt

PG 411 Stadtrichteramt

Parlamentspräsident Ph. Weber: Beim Departement Sicherheit und Umwelt gibt es insgesamt nur einen einzigen Antrag, den Antrag A32. Das ist wieder der Antrag betreffend WinRP. Wünscht jemand das Wort dazu? Wünscht die Stadträtin das Wort dazu? Daniel Rohner wünscht das Wort zur Begründung.

D. Rohner (EVP): Was die Ausgangslage ist für diese Kürzung, das ist klar. Aber wir können einfach mal noch ein anderes Wording hineinbringen: Wir haben ja heute vom Sparen gesprochen und von Ausgaben reduzieren. Und zum Stadtrichteramt möchte ich erwähnen: Das ist doch ein Amt, das refinanziert ist, da verdient man Geld – es hat eine stabile Ertragslage von ca. 900'000 Franken.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Daniel. Da sonst niemand das Wort wünscht, können wir direkt zur Abstimmung schreiten.

Wer dieser Kürzung um 26'000 Franken zustimmt, drückt A; Ablehnung wäre B.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A32 wurde mit 57:0 einstimmig angenommen.

Die Produktegruppe Stadtrichteramt 411 ist somit abgeschlossen.

PG 420 Stadtpolizei: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 425 Parkieren Winterthur: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 460 Melde- und Zivilstandswesen: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 470 Schutz und Intervention Winterthur: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 480 Umwelt- und Gesundheitsschutz: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

Somit sind die Produktegruppen des Departements Sicherheit und Umwelt insgesamt bereits abgeschlossen.

Departement Schule und Sport

PG 510 Volksschule

Parlamentspräsident Ph. Weber: Bei der Volksschule gibt es mehrere Anträge aus der BSKK und einen Antrag aus der SP-Fraktion. Begründet werden die Anträge vom zuständigen Referenten Thomi Gschwind.

Noch eine kurze Anmerkung: Bei Antrag A33, dort geht es um die Musikschule Winterthur, wird Gabi Stritt als Vorstandsmitglied in den Ausstand treten bei der Abstimmung. Sie wird aber an ihrem Platz sitzenbleiben, weil es ja dann noch mehr Abstimmungen gibt. Ich hoffe, das ist für alle so in Ordnung, früher sass man dann ja jeweils ins Publikum. Aber jetzt können wir das hier sogar so einstellen, dass sie im Ausstand ist, und damit passt das wohl. Hochmodern.

Somit geht das Wort für die Volksschule zuerst an den Referenten Thomi Gschwind.

Th. Gschwind (BSKK): Es wurde schon gesagt: Antrag A33 ist ein Antrag aus der BSKK bzw. eine Budgetkorrektur. Es geht um die Erhöhung des Globalkredits um 190'000 Franken. Der Betrag zugunsten der Musikschule Winterthur und Umgebung wurde nicht, wie von der Musikschule ausgewiesen, im Budget eingestellt worden. Dieser Betrag ist anzupassen.

Antrag A34: Reduktion des Globalkredits um 167'000 Franken. Das ist ein Regierungsratsbeschluss für eine Teuerung von 0.2% auf die Lehrerlöhne. Im vorliegenden Budget wurde jedoch eine Teuerung von 0.3% berücksichtigt. Zur Angleichung an den Regierungsratsentscheid ist daher eine Korrektur um 0.1 % erforderlich.

Der Antrag A35 ist eine Reduktion des Globalkredits um 40'000 Franken. Begründung: Kürzungsantrag betreffend Dienstleistungen an Dritte auf dem Konto 3130. Dieser Antrag wurde mit 6:3 angenommen.

Der vierte Antrag aus der Kommission, A36: Reduktion des Globalkredits um 155'000 Franken im Departementssekretariat DSS. Begründung: Reduktion Mehrkosten aus WinRP Teilprojekt Personal in Folge Projektabbruch.

Th. Gschwind (SP): Beim Fraktionsantrag aus der SP, dem Antrag A37, geht es um eine Erhöhung des Globalkredits um 120'000 Franken. Die Begründung ist: Die Erhöhung des Globalkredits ist zugunsten einer Projektstelle für die Tagesschulen. Ich führe Euch das dann nachher sehr gerne noch aus.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Thomi. Es gibt noch den Antrag A38 bezüglich der Verpflichtungskredite. Dort geht es auch nur um das Bewilligungsorgan. Möchte diesen Antrag jemand aus der SBK noch begründen? – Das scheint nicht der Fall zu sein, dass man diesen begründet, aber darüber sprechen kann man jetzt in der Diskussion, die somit eröffnet ist. Als Erster hat sich gemeldet für Die Mitte/EDU: André Zuraikat.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Vorweg, wir von der Mitte/EDU-Fraktion unterstützen alle Kommissionsanträge. Ganz ehrlicherweise müssen wir aber sagen: Den ersten Antrag, bei dem es um die Erhöhung des Globalkredits geht zu Gunsten der Musikschule Winterthur und Umgebung, unterstützen wir zähneknirschend. Dem DSS ist im Rahmen der Budgetierung ein Fehler unterlaufen, weil es sich an Vergangenheitsdaten orientiert hat und die Beiträge zu tief angesetzt worden sind. Es handelt sich dabei um gebundene Kosten aufgrund der kantonalen Gesetzgebung für den Instrumentalunterricht. Die Stadt muss sich zu 50% an den Kosten beteiligen, 40% zahlen die Eltern und der Kanton übernimmt 10% der Kosten.

Aufgrund der dargelegten Begründungen, wie gesagt, unterstützt unsere Fraktion die übrigen Kommissionsanträge. Danke vielmals.

D. Roth-Nater (EVP): Wir als EVP unterstützen die Korrektur beim Antrag A33, da es sich um einen erkannten und anerkannten Betrag handelt, der fälschlicherweise als zu klein eingesetzt wurde.

Den Antrag A34 unterstützen wir auch, das ist ebenfalls eine Korrektur. Es ist der logische Schritt: Die Lohnsumme, die anfangs September mit 0.3% Teuerungsausgleich gerechnet

wurde; anfangs Oktober dann die Korrektur auf 0.2% (festgelegt vom Regierungsrat), wie es auch schon in der AK gerechnet wurde. Da geht es einfach um diese Korrektur, dass der Globalkredit möglichst der Realität entsprechen soll.

Antrag A35: Wie in allen Departementen liegt hier der Antrag im proportionalen Rahmen vor, wir unterstützen diesen auch.

Zum Antrag A36, das Teilprojekt WinRP ist abgebrochen und auch das soll hier aufgeführt werden. Wir unterstützen diese Korrektur.

Zum Antrag A37: Wir haben diesen Antrag sehr genau diskutiert in der Kommission und mit der Schulpflege. Diese hat ihre Prioritäten gesetzt für das kommende Jahr und hinter diesen stehen wir auch. Der Ausbau der Tagesschulen ist dort nicht auf dieser Liste, deshalb unterstützen wir diesen Antrag nicht. Danke.

Th. Gschwind (SP): A33, A34 und A36 geht für uns in Ordnung, wir unterstützen das so. Was nicht in Ordnung geht, geschätzte Anwesende, ist A35, 40'000 Franken reduzieren bei den Schulen. Kleiner Betrag, grosser Impact. Als Beispiel, wir haben es gehört bei uns in der Kommission: 50'000 Franken kostet eine kleine Machbarkeitsstudie für z.B. ein kleines Provisorium bei einem Schulhaus oder eine andere kleine Machbarkeitsstudie. 200'000 Franken kostet eine grosse Machbarkeitsstudie. Mit anderen Worten: Wir streichen eine Machbarkeitsstudie. Dieses Geld braucht es. Wenn wir es nicht haben, erhöht das einfach die Wahrscheinlichkeit, dass wir beispielsweise hinten hinaus höhere Kosten haben. Wenn wir Machbarkeitsstudien nicht durchführen können, wird der Bau von neuen Schulbauten sicher nicht günstiger oder besser. Und wenn man dann ein Schulhaus baut oder umbaut und es kostet dann X Millionen – seid Ihr/wir hier im Parlament die ersten, die es wieder nicht nachvollziehen können, weshalb eine Privatperson ihr Backsteingartenhäuschen für einen fünfstelligen Betrag bauen kann, aber die Sichtbetonturnhalle der Stadt einen Millionenbetrag kostet.

Ihr/wir hier im Parlament sind die ersten, die motzen, wenn vermeintlich wieder irgendwelche Schulhäuser «unbrauchbar» sind. Ihr/wir sind die ersten, welche hier drinnen wieder darüber philosophieren, warum wir das Schulhaus-Provisorium nicht irgendwo auf einer Spielwiese platzieren.

Geschätzte Anwesende, Ihr habt letzte Woche Kontext gewünscht. Ich glaube, das war Kontext: Kleiner Betrag, grosse Wirkung. Wir lehnen den Kürzungsantrag logischerweise ab.

Zum Antrag A37, Erhöhung des Globalkredits um 120'000 Franken. Geschätzte Anwesende, auch Ihr habt es schon gesagt, heute und letzte Woche: Es sieht nicht gut aus in der Wirtschaft, das ist hier drinnen bereits öfters gesagt worden. Ein Grund, welchen die Herren und Damen KMU jeweils angeben, wenn man sie fragt, wo der Schuh drückt, ist neben der sehr, sehr hohen Mieten – welche übrigens nicht wegen linker Politik so hoch sind – der Personalmangel. Und der Personalmangel löst sich nicht von alleine.

Zusätzlich oder gleichzeitig herrscht in der Schweiz ein Geburtenrückgang. Wer letzte Woche Medien konsumiert hat, weiss spätestens seit dann: Die Schweiz ist haarsträubend elternfeindlich. Ich weiss nicht, auf wie vielen Ranglisten wir uns im Zusammenhang mit Familienfreundlichkeit auf dem letzten Platz finden. Ich glaube, auf fast allen.

Aber keine Sorge, die SP-Fraktion hat eine Lösung: Wie wäre es mit einem sehr, sehr sinnvollen und Euch bestens bekannten Antrag: Eine Projektstelle für Tagesschulen, meine Damen und Herren.

Tagesschulen! In welcher Form auch immer. Das wollen wir ja genau herausfinden. Was ist die beste Form für Tagesschulen? Was brauchen die Familien? Was brauchen die Kinder? Was brauchen Arbeitgeber:innen? Was brauchen Arbeitnehmer:innen? Was brauchen Mami? Was brauchen Papi?

Geschätzte Anwesende, wenn Ihr dem Kredit zustimmt, sagt Ihr nicht Ja zu Tagesschulen. Wir sagen lediglich: «Hey, ja, lasst uns herausfinden, wie Tagesschulen in unserer Stadt aussehen könnten!» Ich wiederhole: Es ist eine Projektstelle.

Ich muss fairerweise hinzufügen, die SP ist nicht alleine auf diese Idee gekommen. Tagesschulen hat unsere Schulpflege als Legislaturziel drin. Und auch wenn Daniela sagt, sie hätten keine Priorität: Eine gemeinsame Schulpflege, unsere gemeinsame Schulpflege, hat als Legislaturziel Tagesschulen drin. Gemeinsam, denn es hat Vertreter:innen von fast allen Parteien drin. Das ist unsere gemeinsame Schulpflege.

Und um Euch noch ein bisschen entgegenzukommen, denn ich merke, dass das einen sehr schweren Stand hat, relativ spontan einen Vorschlag: Wir befristen diese Stelle auf ein Jahr. Das heisst, wir sprechen heute diese 120'000 Franken, wir nehmen es an. Wir lassen eine Person arbeiten. In einem Jahr schauen wir uns an, wie die Tagesschulen für diese Stadt aussehen könnten. Und dann, wenn es nicht weitergeht, nehmen wir die 120'000 Franken wieder heraus. Einfach, damit es nicht ganz so langweilig wird heute. Danke vielmals.

C. Mancuso (FDP): Mein Votum für die FDP gilt für die Anträge A33 – A37 und eigentlich auch für das Sportamt, A39 und A40. Und wieso, das begründe ich gleich jetzt.

Die heutigen Anträge sind das Resultat des desaströsen Finanzhaushalts der Stadt Winterthur. Ende dieses Jahres wird die Nettoverschuldung rund 1.2 Milliarden Franken betragen – das entspricht gut 9'500 Franken Schulden pro Einwohnerin und Einwohner. Eine erschreckende Zahl.

Die vorliegenden Anträge sind kein Ausdruck von Sparpolitik. Wir wollen den Gürtel nicht enger schnallen – wir wollen lediglich verhindern, dass er noch weiterwächst. Während der Gürtel bisher jedes Jahr ein Loch weitergemacht wurde, versuchen wir heute, ihn wenigstens nur um ein halbes Loch zu erweitern, statt um ein ganzes. Von echtem Sparen kann bei dieser Ausgangslage keine Rede sein.

Ich verstehe, dass Kulturschaffende und der Sportbereich enttäuscht und verärgert sind. Wer sich mit Leidenschaft engagiert und wenig Anerkennung bekommt, darf frustriert sein. Doch diese Massnahmen stammen nicht aus dem Parlament, sondern vom linken Stadtrat – und sie betreffen nur ausgewählte Bereiche.

Dabei gäbe es eigentlich Alternativen: Man könnte beispielsweise den Bezug des teuren Stromprodukts Klima Gold für ein bis zwei Jahre sistieren. Damit würden sicher einige hunderttausend Franken frei, welche direkt in Kultur oder Sport reinvestiert werden könnten. Stattdessen baut man lieber Parkplätze ab.

KMU, welche Steuern zahlen, Arbeitsplätze schaffen und teilweise selbst in die Kultur investieren, werden durch die aktuelle Wirtschaftspolitik nicht nach Winterthur geholt. Auch mehr Wohnraum für unterschiedliche Einkommensklassen wird nicht gefördert. Zurück bleibt ein wachsendes Loch im Portemonnaie der Stadt.

Wir von der FDP bedauern jeden einzelnen dieser Anträge. Und wir hoffen, dass der Stadtrat aus seinen Fehlern lernt und die finanzielle Wende bald schafft. Denn mehr Belastung können wir den Einwohnerinnen und Einwohnern von Winterthur nicht mehr zumuten. Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Cristina. Wir sind immer noch bei der Produktgruppe Volksschule, ich hoffe, das ist allen bekannt, die jetzt noch sprechen. Als Nächstes an der Reihe ist für die GLP Nicole Holderegger.

N. Holderegger (GLP): Zu A33 – A36, da kann ich ganz kurz und bündig dazu sagen: Diese wurden in der Kommission einlässlich, stringent und vor allem vollumfänglich diskutiert, ich kann mich da meiner Vorrednerin Daniela Roth-Nater ohne weiteres anschliessen.

Zu A37: Ja, es geht da – Thomi Gschwind hat es ausgeführt – um die Tagesschulen. Es geht da um einen Antrag, den die SP schon letztes Jahr gestellt hat. Steter Tropfen höhlt den Stein – das mag nicht immer verfangen. Ich habe es schon letztes Jahr gesagt, am 9. Dezember hier drinnen, ich sage es heute gerne wieder: Die GLP sagt nicht Nein zu den Tagesschulen, sie hat noch nie Nein gesagt dazu, sondern die GLP-Fraktion hält im Gegenteil Tagesschulen für notwendig.

Der GLP-Fraktion ist aber auch bewusst, dass die Verwaltung aktuell am Limit läuft. Und sie muss v.a. die Folgeprojekte und auch laufende Projekte bewältigen können. Da braucht es nicht ein Topping, sondern man muss das, was man angepackt, ordentlich und gut bewältigen und Folgearbeiten abschliessen können (ich denke da an SOWi).

Die Winterthurer Schulpflege, das hat Thomi Gschwind erwähnt, hat als Legislaturziel – gerade weil es wichtig ist – für die Jahre 2022 – 2026 definiert, dass es eine breit abgestützte Strategie für ein Tagesschulmodell braucht. Vorausgesetzt ist also ein breit abgestützter politischer Konsens. Aktuell, meine Damen und Herren, werden die Grundlagen für eine Tagesschule in Winterthur erarbeitet und zwar mit den Ressourcen, die in der Verwaltung aktuell vorhanden sind. Nach der Erarbeitung dieser Grundlagen wird die Schulpflege die Diskussion mit dem Stadtrat und dann selbstverständlich auch mit dem Parlament führen. Und erst dann, wenn feststeht, in welche Richtung eine Tagesschule für Winterthur überhaupt gehen soll, sind zusätzliche personelle Ressourcen notwendig. Dieser Zeitpunkt, meine Damen und Herren, wir haben es gehört, ist heute einfach noch nicht gegeben. Das hat nichts damit zu tun, dass wir materiell nicht einverstanden wären.

Die beantragten Ressourcen, 120'000 Franken im Jahr, kommen zu früh. Und wir gehen davon aus, dass die Präsidentin der Schulpflege Winterthur, die zuständige Stadträtin Martina Blum, die notwendigen Ressourcen zum gegebenen Zeitpunkt beantragen wird. Dann, wenn sie und damit auch die Schulpflege es für notwendig halten. Besten Dank.

B. Kellerhals Vogel (Grüne/AL): Ich lese das Votum von Maria Lischer vor, die heute leider krank ist.

Zuerst zu den vier Kommissionsanträgen: Bei drei Anträgen geht es um Korrekturen im Budget und die Grüne/AL-Fraktion stimmt diesen zu. Den Antrag A35 mit der Kürzung bei den Dienstleistungen an Dritte im Konto 3130 um 40'000 Franken lehnen wir aber ab. Dem Sparen um des Sparens willen - nur weil das Niveau von 2024 wieder erreicht werden soll -, können wir nicht zustimmen; das ist eine verfehlte Politik. Man kann das Budget 2026 nicht einfach an dasjenige von 2024 angleichen, weil sich die Stadt ja in steter Entwicklung befindet. Es braucht Machbarkeitsstudien und diese haben Auswirkung auf die Investitionsrechnungen und weitere Bereiche. Wenn bei den Machbarkeitsstudien gekürzt wird, können z.B. Bauprojekte nicht realisiert werden (wie es Thomi gesagt hat). Nicht nur, dass ein Investitionsstau entsteht, sondern es fehlt dann auch an Infrastruktur, die für die schon gewachsene Stadt dringend benötigt wird.

Ausserdem sehen wir es als falsch an, Begründungen anzugeben, die auf dem Buch A basieren, statt auf dem Beschlussteil im Buch B, so wie es Michael Zundel bei der Eintrittsdebatte schon ausgeführt hat. Aus all diesen Gründen lehnt die Fraktion Grüne/AL diesen Kürzungsantrag ab.

Zum Antrag A37: Vor einem Jahr haben wir (respektive Ihr, ich war noch nicht dabei) in diesem Saal den gleichen Antrag bereits beraten. In der Zwischenzeit hat sich nichts geändert. Nur die Frage über den richtigen Zeitpunkt wird unterschiedlich angeschaut. Auf jeden Fall benötigt die Erarbeitung der Grundlagen schon heute Ressourcen und wir von der Fraktion der Grünen/AL stimmen - gleich wie vor einem Jahr - diesem Antrag der SP zu. Danke.

A. Würzer (SBK): Ich habe leider ein bisschen zu spät den Knopf gedrückt als SBK-Verantwortlicher. Das führte dazu, dass zum Antrag A38 jetzt gar nichts gesagt wurde.

Der Antrag A38 ist wieder ein 9:0-Antrag aus der SBK, dass bei dem entsprechenden Verpflichtungskredit das Bewilligungsorgan von gebundenen Ausgaben auf noch nicht bewilligt angepasst wird, weil noch nicht klar ist, welcher Anteil gebunden und welcher neue Ausgaben sein wird.

Das einfach noch der Vollständigkeit halber.

Ch. Hartmann (SVP): Ich möchte einfach noch ein paar Worte sagen zur Weltuntergangsprognose von Thomi Gschwind. Wir sprechen bei der Volksschule von einem Budget von 260

Millionen Franken, das 12 Millionen höher ist als letztes Jahr. Und ich möchte sinngemäss zitieren den Präsidenten der Aufsichtskommission, der sagte, man kann innerhalb einer Produktgruppe einen Betrag so verschieben, wie man will. Das ist wahrscheinlich eine Botschaft, welche auch bei den Grünen nicht ganz angekommen ist.

Trotzdem, 40'000 Franken von 260 Millionen sind 0.15 Promille. Es wäre ein schlechtes Zeugnis für die Vorsteherin des Schuldepartements und auch für die Schulpflege, wenn man diese 40'000 Franken nicht irgendwo ohne Schaden kompensieren könnte.

Zum Vorschlag der befristeten Stelle beim Projekt für eine Tagesschule muss ich sagen: Die SVP ist ein bisschen ein gebranntes Kind beim Bewilligen von befristeten Stellen. Diese haben die Tendenz, dass sie unbefristet werden - das haben wir ja schon bei der Stadtentwicklung festgestellt. Und möglicherweise würdest Du die 120'000 Franken dann wieder zurückziehen – ich glaube, der Rest Deiner Fraktion würde sie einfach konsumieren. Danke.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Ich möchte gerne noch unsere Haltung zum SP-Antrag darlegen. Ja, lieber Thomi, ich habe eine Antwort auf das, wie Du es dargelegt hast als innovative Idee: «Und täglich grüsst das Murmeltier». Seit 2019 bin ich hier im Stadtparlament und seit 2019 diskutieren wir über die Projektleiterstelle für Tagesschulen. Und jedes Jahr sagt das DSS, wir brauchen das nicht oder wir haben keine Kapazität. Und jedes Jahr wird auch der Antrag im Parlament abgelehnt.

Fakt ist, liebe SP-Fraktion, wir haben in Winterthur ein Tagesschulangebot. Wir haben schulergänzende Betreuung am Morgen, am Mittag und am Abend. Und darum gibt es in dem Sinne eine Tagesschulstruktur. Wir anerkennen aber, dass es Verbesserungspotenzial im Konzept Tagesschulen in Winterthur gibt. Und wie es auch bereits mehrmals erwähnt wurde: Es ist auch in den Legislaturzielen vorhanden. Ich vermeide es jetzt, daraus zu zitieren, es wurde schon mehrmals erwähnt.

Ich möchte einfach betonen: Unsere Fraktion stellt sich nicht gegen das Tagesschulmodell. Aber es soll keine Pflicht sein für alle. Lassen wir die Schulpflege an dieser Strategie arbeiten. Und beim richtigen Zeitpunkt werden sie uns das Modell vorstellen und wir werden dann darüber befinden können. Danke vielmals.

Stadträtin M. Blum: Danke vielmals für die Voten. Ich glaube, zu den Posten, bei denen sich Projektverschiebungen ergeben haben, ist es nachvollziehbar, da werde ich jetzt nichts mehr sagen dazu.

Ich werde etwas sagen zu A35. Einerseits wurde es gesagt bei der Präsentation des AK-Budgets, dass es ein Globalkredit ist. Gleichzeitig wurde von Dir, Christian, gesagt, der Wunsch wäre auf diesem Konto. Und wir können es nachweisen: Auf diesem Konto sind v.a. Machbarkeitsstudien für Schulbauten. Und ich möchte auch da einfach nochmals auf die Kette hinweisen: Das ist eine Kette, diese fängt an mit einer Machbarkeitsstudie. Dann kommt eine Projektierung und dann kommt ein Projekt. Und wenn man am Anfang etwas wegnimmt, kommt hinten auch nichts mehr raus. Und ausserdem ist es ein sehr austariertes System zwischen Ressourcen im Departement Schule und Sport, Ressourcen beim Bau, Investitionsrechnung und jetzt eben Erfolgsrechnung, über die die Machbarkeitsstudien laufen. Das ist ein ausjustiertes System.

Was auch noch ist, wir haben es gehört: Es gibt grössere und kleinere Machbarkeitsstudien. Das brauchen wir, um eine gewisse Flexibilität zu haben. Einfach zur Erinnerung: Zwei Drittel unserer Schulbauten sind über 50 Jahre alt, da kann mal etwas passieren, da muss man auch mal zwischendurch eine Machbarkeitsstudie machen für das.

Es wurde gesagt: Wenn man da streicht, dann gibt es weniger Bauprojekte, die umgesetzt werden. Das ist die Folge davon.

Dann sage ich noch etwas zu den Tagesschulen. Tagesschulen finde ich sehr wichtig. Wir haben es auch gehört: Wir haben ein sehr gutes Betreuungsmodell im Moment. Wir haben eine sehr belastete Verwaltung, das haben wir auch gehört. Wir versuchen, mit den Ressourcen, die wir haben, zu priorisieren. Bei den Tagesschulen, aber es gibt auch noch andere

Vorstösse aus dem Parlament, bei denen wir die Priorität abziehen mussten. Wir haben das wirklich auf die Analyse und die Daten für die Grundlage von Tagesschulen gezogen, die Ressourcen, die wir haben, welche wir freistellen können aus dem Tagesgeschäft. Und das Ziel der Schulpflege ist, das haben wir auch gehört, dass man bis Ende Legislatur einen politischen Konsens hat über diese Tagesschulen. Da sind wir mit Hochdruck daran, das wird sehr wohl priorisiert. Man ist mit Hochdruck daran, da die Grundlagen aufzuarbeiten, so dass Ihr und auch der Stadtrat Euch dann eine Meinung bilden könnt, in welche Richtung eine Weiterentwicklung gehen könnte.

Ja, das braucht Ressourcen. Das braucht Ressourcen, bei denen wir im Moment sehr knapp sind. Wir haben es nicht beantragt, weil auch wir Budgetvorgaben haben. Und wir sehen ja die Notwendigkeit. Und der Grossteil des Budgets der Volksschule ist extern bestimmt, das sind Vorgaben des Kantons, ein Grossteil sind Lehrpersonenlöhne. Davon tragen 80% die Gemeinden, während die Regeln dazu der Kanton macht. Und das ist einfach gesetzlich vorgegeben und da haben wir nicht mehr viel Spielraum, um noch extra Stellen zu beantragen für Zusatzaufgaben. Deshalb machen wir, was wir können – mit dem, was wir haben.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Martina. Somit kommen wir nun zu den Abstimmungen über die Produktgruppe Volksschule.

Der Antrag A33 ist der Kommissionsantrag. Erhöhungen unterliegen dem erhöhten Quorum, d.h. es sind mindestens 31 Stimmen nötig, damit es angenommen ist.

Wer der Erhöhung zustimmen möchte, drückt A. Wer das ablehnt, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A33 wird mit 56:0 genehmigt. Ihr seht: 72 ist rot umrandet, das ist der Ausstand von Gabi Stritt. Somit ist es einstimmig.

Jetzt brauchen wir einen kurzen Moment, um den Ausstand wieder rückgängig zu machen. Abstimmung Antrag A34, das ist der Antrag aus der BSKK zur Reduktion des Globalkredits um 167'000 Franken.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A34 ist mit 57:0 einstimmig angenommen worden.

Abstimmung A35, das ist der Antrag der BSKK für Reduktion des Globalkredits um 40'000 Franken bei Dienstleistungen Dritter.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 34:23 Stimmen wurde der Antrag A35 angenommen.

Abstimmung A36, das ist der Antrag der BSKK für Reduktion des Globalkredits um 155'000 Franken, wieder für das WinRP-Projekt.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 57:0 Stimmen ist der Antrag A37 einstimmig angenommen.

Abstimmung A37, das ist der Antrag der SP-Fraktion für Erhöhung des Globalkredits um 120'000 Franken für die Tagesschulen. Dieser Antrag unterliegt ebenfalls dem erhöhten Quorum.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A37 wurde mit 34:23 Stimmen abgelehnt.

Abstimmung A38, das ist die Anpassung des Bewilligungsorgans betreffend Schulhaus Ausserdorf, von gebunden auf #.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A38 wurde mit 57:0 Stimmen einstimmig angenommen. Somit ist die Produktgruppe Volksschule abgeschlossen.

PG 520 Einkauf und Logistik Winterthur: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 530 Sonderschulung: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 540 Berufsbildung: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 570 Familie und Betreuung: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 590 Sportamt

A. Zuraikat (BSKK): Die BSKK stellt den Antrag A39, den Globalkredit um 200'000 Franken zu reduzieren. Dabei geht es darum, das Ausgabenwachstum zu bremsen.

Th. Gschwind (SP): Die SP beantragt mit A40 eine Erhöhung des Globalkredits um 50'000 Franken zugunsten des Produkt 7, Sportförderung. Die Frauenfussball-EM in der Schweiz war ein grosser Erfolg. Fussballclubs werden von Mädchen überrannt. Der Schweizerische Fussballverband hat mit «Here to stay» ein sogenanntes «Vermächtnisprogramm» erarbeitet. Für die Umsetzung braucht es Ressourcen. Fussballvereine und ihre Mitglieder leisten bereits heute einen immensen freiwilligen Beitrag für diese Stadt. Und die Stadt soll diesen Betrag gezielt für die Förderung des Mädchen- und Frauenfussballs einsetzen. Ich führe es nachher noch ein bisschen aus.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion unterstützt den Kommissionsantrag, den Globalkredit der Produktegruppe Sportamt um 200'000 Franken zu reduzieren. Die Gegenseite des Parlaments mag wohl uns den Vorwurf machen, dass wir gegen das Schützi sind, denn im betroffenen Konto handelt es sich tatsächlich um den Architekturwettbewerb, welcher von 2025 auf 2026 verschoben wurde. Wir können dem DSS wie bekannt nicht vorschreiben, wo es die Kürzung vornehmen soll. Allerdings sind wir der Meinung, dass bei einem Budget von 16.5 Millionen eine Kürzung von 1.25% vertretbar ist, damit das Kostenwachstum gebremst werden kann. Das Sportamt hat alle Erhöhungen glaubwürdig und plausibel erläutert. Allerdings sind wir nicht mit allen Erhöhungen einverstanden. Für uns sind das Schützi und die Erhöhung der Jugendsportförderung unbestritten. Der FCW und der Breitensport mit der Jugendsportförderung geben grosse Ausstrahlungskraft und fördern den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir sehen allerdings grosses Potenzial bei den Sachkosten. Dort sehen wir eine markante Zunahme von 5.1 Millionen auf knapp 5.94 Millionen Franken. Mit der Reduktion von 200'000 Franken würde das Budget für diesen Posten immer noch rund 600'000 Franken über dem Vorjahr liegen. Es handelt sich auch da technisch gesehen nicht um eine Kürzung, sondern das DSS soll einfach weniger mehr ausgeben. Zum Antrag der SP: Diesen lehnen wir ab. Es ist eine Postulatsantwort hängig, bei der es um die Fussballförderung geht. Deshalb erachten wir es jetzt nicht als zielführend, dass da Gelder gesprochen wird. Wir kennen das Problem im Frauenfussball. Es ist einfach der Platz in Winterthur, der sehr knapp ist. Und mit 50'000 Franken können wir kein neues Fussballfeld bauen, da wären andere Mittel und Strategien nötig gewesen. Deshalb unterstützen wir, wie gesagt, den Antrag nicht. Danke vielmals.

C. Hertli-Wanner (Grüne/AL): Ich halte heute das Votum für Maria Lischer, da sie krank ist. Wir können nur wiederholen, was wir zum Kommissionsantrag A35 schon gesagt haben: Wir erachten es als falsch, Begründungen anzugeben, die auf dem Buch A basieren, statt auf dem Beschlussteil im Buch B. Bei diesem Antrag wird aber der Gipfel der Uneinsichtigkeit erreicht. Da die Antragsteller keine konkreten Angaben machten, wo denn weniger Geld ausgegeben werden soll, wird

diese Aufgabe dem Departement zugeschoben. Hinzu kommt der Fakt, dass im Budget 2026 der Bedarf für den Architekturwettbewerb für die Schützi drin ist, der zeitlich ins 2026 verschoben worden ist. Diese zeitliche Verschiebung ist keine Kostensteigerung; das Geld wurde bisher ja nicht ausgegeben und soll nun bereit gestellt werden für das kommende Jahr. Der Architekturwettbewerb ist notwendig als nächster Schritte beim geplanten Ausbau der Schützi. Für die Arbeit im Sportamt bedeutet daher eine Reduktion von 200'000 Franken, dass die Schützi nicht weiter ausgebaut werden soll. Oder was sonst soll es bedeuten, wenn auf der Kostenstelle 3132 weniger Geld ausgegeben werden soll?

Es ist scheinheilig, einerseits zu sagen, wir stehen zum Architekturwettbewerb Schützenwiese und gleichzeitig zu sagen, die 200'000 Franken dafür bekommt Ihr aber nicht. Wenn nun das Budget um 200'000 Franken gekürzt wird, der Architekturwettbewerb Schützi aber durchgeführt werden soll, dann muss logischerweise an anderen Stellen gespart werden. Diese Scheu vor konkreten Angaben, wo denn genau gespart werden soll, und die Unzugänglichkeit gegenüber Fakten, welche die Mehrheit der BSKK mit diesem Antrag an den Tag gelegt hat, befremdet uns jedenfalls sehr. Es geht nur noch ums Prinzip. Die Fraktion Grüne/AL denkt differenzierter und lehnt diesen Kürzungsantrag ab.

Noch zum Antrag der SP, A40: Natürlich könnte man zuerst noch die Antwort zum Postulat 2025.108 abwarten und danach konkrete Massnahmen formulieren. Die Förderung des Mädchenfussballs wird dann sicher eine der Massnahmen sein, genau wie es der Antrag der SP anstrebt. Also, warum nicht jetzt schon vorspuren? Die Fraktion der Grünen/AL stimmt diesem Antrag der SP zu. Danke.

Th. Gschwind (SP): Vor ziemlich genau zwei Monaten hatte ich wieder mal so einen Moment, in dem mir bewusst wurde, was Sport alles bewirken kann: Meine gut geteerte Lunge wurde durchgespült, die Pumpe konnte wieder mal ein bisschen pumpen und die Beine haben definitiv mehr geleistet, als sie es hier im Parlament machen müssen. Mit anderen Worten: Ich hatte einen richtig gesunden Samstag.

Nur deshalb bleibt mir dieser Samstag aber nicht in Erinnerung: Ich bin nämlich nicht der Einzige hier drinnen, der an diesem Samstag Sport gemacht hat. Mindestens 12 andere in diesem Raum haben das auch gemacht. Wir rannten zusammen an der Winti-SOLA. Als Team. An diesem Tag spielte es keine Rolle, wer links ist, wer rechts ist, wer in der Mitte ist, wer grün ist oder wer blau ist. Wir waren ein Team und jeder ist für den anderen gegangen, jeder hat etwas Gutes für seinen Körper und auch für seine Seele gemacht. Und am Schluss – und das dünkt mich noch relativ wichtig zu erwähnen – sind wir zusammen sogar in das gleiche Ziel gerannt.

Geschätzte Anwesende, das ist Sport. Sport ist gesund für den Körper, Sport ist gesund für den Geist, Sport ist Prävention, Sport ist Integration, Sport ist lehren, Sport ist lernen, Sport ist gewinnen, Sport ist verlieren, Sport ist Glück haben, Sport ist Pech haben.

Sport ist essenziell für unsere Gesellschaft. Sport ist der Leim für unseren Zusammenhalt. Wo sonst verfolgen Menschen aus unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten, mit so unterschiedlichen Hintergründen, das gleiche Ziel? Wo sonst begegnen sich diese überhaupt? Erst gerade letzte Woche hat der Stadtrat eine Interpellation der Mitte (von André) beantwortet, die nochmals bestätigt hat, welche wichtige Arbeit Sportvereine in Bezug auf die Integration leisten.

Sport ist aber auch Lebensqualität. Sport sind Vollzeitstellen und messbare, monetäre Mehrwerte (siehe FCW). Sport ist aber auch (siehe ganz, ganz viele andere Vereine) nicht ein messbarer monetärer Mehrwert.

Mit dem Antrag für eine Reduktion um 200'000 Franken schaden wir unserer Stadt. Wir schaden unserer Gesellschaft. Wir schaden allen Menschen in dieser Stadt, die Sport machen.

Die 200'000 Franken haben einen Impact:

- Es gibt kein Beachvolleyballfeld im Deutweg.
- Es gibt kein Kinderbecken mehr im Geisi.
- Es gibt keinen Kunstrasen in Seen.

- Es gibt keinen Schulsporttag im nächsten Jahr.
- Es gibt kein Skills-Center im Reitplatz.
- Es gibt keine Unihockey / Pumptrack-Tour für Schulen im nächsten Jahr.

Irgendetwas davon können wir uns nicht leisten, wenn wir diese 200'000 Franken streichen. Diese Liste ist selbstredend nicht abschliessend.

Geschätzte Anwesende, Ihr sagt schon, dass Ihr den Sport schätzt – aber mit dieser Reduktion macht Ihr das Gegenteil. Liebe SVP, habt Ihr nicht gerade erst noch gewollt, dass man sich um die Quartierbäder kümmert? Da war doch was, in Oberi, Betriebsbeitrag. Euer Slogan «Für eusi Lüt» - was ist mit dem? Ich kann Euch versprechen, effizienter und direkter als beim Sport können wir uns alle nicht für unsere Leute einsetzen.

Oder auch die GLP: Vor einer Woche habt Ihr auf Instagram noch einen Post abgesetzt, in dem es hiess: «Für ein breites Sportangebot». Für meinen Geschmack ein bisschen ironisch, ein breites Sportangebot zu propagieren und heute das Sportangebot wieder reduzieren wollen. Das hat gar nicht mit Team Aufbruch zu tun, meine Lieben, das ist Team-Abbruch. Das ist Sportwashing, wie es im Bilderbuch steht.

Geschätzte Anwesende: Im Budget ein paar Zahlen gegenüberstellen, Differenzen ausrechnen und dann im Sport streichen, ist eigentlich nicht mal auf dem Papier sinnvoll. In der Realität ist das ein Minusgeschäft.

Und es ist ein Minusgeschäft, das ich schade finde. Ich mag nämlich Sport. Und ich mag Teams. Und ich würde eigentlich sehr gerne im kommenden Jahr wieder als Team Stadtparlament, mit ganz vielen von Euch, egal aus welchen Parteien, als ein Team ins gleiche Ziel rennen. Es kann aber auch sein, dass die Winti-SOLA im kommenden Jahr nicht mehr durchgeführt wird, wenn wir heute das Budget zusammenstreichen.

Ich bitte Euch, lehnt den Kommissionsantrag ab. Das ist wirklich «en Seich». Danke vielmals.

J. Guddal (GLP): Zum Antrag A39, dem Kommissionsantrag: Wie heute schon oft gesagt, das Parlament hat nicht die Kompetenz, um genau zu sagen, wo wir kürzen, bei welchem Konto im Endeffekt. Diese Kompetenz hat nur der Stadtrat, dieser muss dann Prioritäten setzen.

Vielleicht noch zur Geschichte dahinter, weshalb das jetzt so als Begründung steht: Wir haben diesen Antrag schon vorher eingereicht. Wenn man dann aber bei der 2. Lesung bei der Budgetdiskussion in die Sitzung kommt und einem vor die Füsse geworfen wird «Wenn Ihr das streicht, dann ist die Schützi weg», dann ist es sehr, sehr schwierig, um da noch vernünftig zu reagieren und im Detail zu sagen, wo man ganz genau kürzen soll. Fakt ist: Das Budget steigt beim Spotamt um 5.1%, das ist gesamtbudgetmässig überproportional. Wir gewichten also den Sport überproportional stark gegenüber vielen anderen Sachen in dieser Stadt. So viel zu diesem Thema. Wir bleiben bei der Unterstützung des Kommissionsantrags. Und wie es André auch schon gesagt hat, sehen wir bei den Sachkosten viel Potenzial. Das ist nämlich das einzige, was wir machen können als Parlament: Jetzt noch, im Saal, mit unseren Voten eine gewisse Lenkung zu geben. Genau.

Und dann zum nächsten Antrag, dem Fraktionsantrag der SP: Dort muss ich ein bisschen länger ausholen. Wir sprechen da über einen Antrag, der mitten in einem Budget gestellt wird, das operativ über 25 Millionen im Defizit ist. Und trotzdem soll jetzt – obwohl ein Postulat eingereicht wurde und wir die Antwort noch nicht haben, folglich ohne faktenbasierte Analyse – einfach ein zusätzlicher Betrag ins Budget gehoben werden. Das ist verantwortungslos. Man hätte die Antwort des Stadtrats abwarten können. Man hätte selbst recherchieren können. Beides wurde nicht gemacht.

Ich habe aber beides gemacht – und möchte Euch die Fakten nicht vorenthalten.

1.: Die Nachfrage ist nicht symmetrisch. Ich habe die fünf grössten Fussballvereine in Winterthur angefragt, drei haben geantwortet. Total befinden sich 11 Mädchen und mehr als 132 Knaben auf der Warteliste. Weiter wurden bereits 142 Knaben abgelehnt. Wir sprechen da also von einem Verhältnis von ca. 1:25. Heisst: Wir haben ein massives Kapazitätsproblem – aber fast ausschliesslich bei den Knaben.

Wer jetzt sagt: Wir geben 50'000 Franken mehr aus, um gezielt den Mädchenfussball zu fördern, während gleichzeitig Hunderte von Knaben in dieser Stadt keinen Platz finden, weil es zu wenig Infrastruktur gibt, dem kann ich nur sagen: Das hat nichts mit Gleichstellung zu tun. 2.: Wenn man mit den Leuten spricht, bekommt man auch zu hören, was die wahren Probleme sind, nämlich: Platzmangel, zu wenig Garderoben, zu wenige Trainerinnen und Trainer, fehlende Park- und Zufahrtsmöglichkeiten, zu wenige Freiwillige.

Wenn wir den Vereinen helfen wollen, müssen wir auch dort ansetzen. Deswegen reiche ich heute auch einen Vorstoss ein, der sich damit beschäftigt, wie wir möglichst schnell und kosteneffizient zu mehr Garderoben kommen. Denn das Problem ist offensichtlich nicht die Nachfrage, sondern das mangelnde Angebot. Und dort setzen wir an: Sachlich, faktenbasiert und nicht ideologisch.

3.: «Here to Stay» greift die obengenannten Probleme nicht auf und ist kein kommunaler Auftrag. Die Forderungen aus dem «Here to Stay»-Programm sind:

1. Verdoppelung der Anzahl der lizenzierten Spielerinnen
2. Verdoppelung der Anzahl Trainerinnen und Schiedsrichterinnen
3. Verdoppelung der Stadion- und Streamingzahlen der Women's Super League
4. Mehr Frauen in Verbandspositionen

Das sind nationale oder verbandspolitische Ziele, keine kommunalen. Winterthur sollte da nicht der Versuchsträger sein, mit Steuergeld die Freizeitnachfrage der Bevölkerung zu lenken.

Weiter ist es ein Affront gegenüber allen Männern, welche sich freiwillig in den Fussballvereinen engagieren. Zählt ihre Arbeit weniger? Darf es nicht auch noch mehr männliche Freiwillige geben? Gerade wenn es einen generellen Mangel an Freiwilligen gibt, sollte das Geschlecht sicher keine Rolle spielen.

4.: Der Antrag behandelt Mädchen und Frauen wie Objekte statt als selbstbestimmte Menschen. Die Logik des Antrags lautet: «Die Gesellschaft fördert Mädchen gegenüber Knaben nicht genug, deswegen muss die Stadt jetzt extra Geld in die Hand nehmen, um sie zum Fussball spielen zu bringen.» Das ist inhaltlich wie pädagogisch falsch. Winterthurerinnen sind selbstbestimmt und entscheiden selbst, welche Sportart sie wählen. So gibt es auch mehr Cheerleaderinnen als Cheerleader. Konsequenterweise müsste die SP dann auch einen Antrag stellen, damit es ein Förderprogramm gibt, dass mehr Knaben Cheerleader werden. Aber auch da kann ich sagen: Die Winterthurer wissen selbst, welche Sportart sie ausüben wollen. Es braucht keine Steuerung der Verwaltung.

Und 5.: Ihr politisiert den Frauenfussball kaputt. Wer Frauenfussball wirklich fördern will, muss ins Stadion gehen, Fanbewegungen aufbauen, Ligen verfolgen, Freiwilligenarbeit in den Clubs leisten und vor allem selbst spielen. Aber sicher nicht den Sport politisch instrumentalisieren. Im Frauenfussball muss es hauptsächlich um den Sport bzw. die Athletinnen gehen und nicht um die Politik.

Der Antrag ist reine Symbolpolitik für den Wahlkampf. Er löst keine Probleme und deswegen lehnt die GLP den Antrag ab. Vielen Dank.

D. Roth-Nater (EVP): Danke, Thomi, ich bin auch mitgerannt, ich habe es organisiert und ich danke allen, die auch mitgerannt sind Ende September.

Es geht uns beim Antrag A39 nicht darum, einzelne Projekte zu verhindern. Und damit geht es uns bestimmt auch nicht um den Ausbau der Schützi, um das Ausbauen oder nicht Ausbauen. Wir anerkennen die Bedeutung der Schützenwiese und stehen zu nötigen Machbarkeitsstudien.

Sorgen machen uns aber die Ausgabensteigerungen im Departement Schule und Sport. Die budgetierten Kosten sind da fast eine Million mehr als im vergangenen Jahr. Auch mit der beantragten Reduktion bleibt das Budget 2026 deutlich höher als im laufenden Jahr. Von Sparen können wir da also nicht sprechen. Es geht lediglich um eine ein bisschen weniger starke Erhöhung.

Besonders bei den Sachkosten, das haben meine Vorredner schon gesagt, ist ein markanter Anstieg zu sehen. Und dort sehen wir das Potenzial, ohne Gefährdung von zentralen Projekten und auch ohne Leistungsabbau, einzusparen. Wir geben der Verwaltung bewusst den Handlungsspielraum, innerhalb des Globalkredits zu entscheiden, wo das am sinnvollsten ist, jetzt damit weiterzugehen.

Zum Antrag A40 von Thomi muss ich nicht viel sagen. Mädchen- und Frauenfussball soll gefördert werden, ja. Doch ob das jetzt gerade dran ist, in diesem Umfang etwas zu machen – ich glaube, diesen Batzen kann man auch im ganzen Budget des Sportamts finden. Danke vielmals.

J. Ehrbar (SVP): Ich mache es ganz kurz. Dem Kommissionsantrag A39 stimmen wir zu. Zum Antrag der SP, A40: Wir verstehen die Anliegen des Mädchenfussballs, wir können das nachvollziehen und auch unterstützen. Was wir aber nicht sehen, ist, was genau mit diesen 50'000 Franken passieren würde, denn es braucht, wie schon gesagt, Infrastruktur: Fussballplätze, Garderoben etc. – und nicht einfach 50'000 Franken für ein Projekt, das nicht zielführend ist. Deshalb werden wir den Antrag so nicht unterstützen.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich finde den Ansatz von Jan Guddal und der GLP sehr gut, dass man über Garderoben Mädchenförderung macht. Es ist ein Fakt, dass wenn Garderoben fehlen, sie dann halt für das eine Geschlecht fehlen. Beim Fussball ist es bei den Mädchen, beim Eislaufen ist es auch bei den Mädchen.

Ich habe in den 10er-Jahren einen Vorstoss gemacht, dass die Mädchen Garderoben brauchen würden für das Eislaufen, damit sie auch mehr und regelmässig trainieren können und sich irgendwo auch umziehen können vor dem Trainieren und nicht in den Kleidern kommen müssen und in den Kleidern wieder gehen müssen, ohne sich umzuziehen. Es ist nichts passiert. Ich habe einen zweiten Antrag gestellt, dass man die Garderoben erweitern müsste in der Eishalle, für die Mädchen zum Eislaufen. Es ist nichts passiert. Die Mitte/EDU-Fraktion hat dann später einmal einen Budgetantrag gemacht. Es ist nichts passiert.

Ich habe mich inzwischen verschoben, ich stelle jedes Jahr bei der Budgetberatung in der Kommission die Frage, wo denn die Garderoben seien für die Mädchen in der Eishalle. Die Antwort ist regelmässig, das komme mit der nächsten grosszyklischen Sanierung – wenn dann diese ist.

Lieber Jan, bleib dran bei den Garderoben für den Mädchenfussball. Ich wünsche Dir schnelleren Erfolg als mir. Und möchte gleichzeitig auch wieder mal das Anliegen für den Eislauf wieder einmal platziert haben. Vielen Dank.

Th. Gschwind (SP): Ganz kurz muss ich noch, Jan: Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob Ihr die 200'000 Franken in diesem Fall trotzdem unterstützt oder nicht? Denn Du möchtest ja unterstützen.

Aber einfach noch schnell das mit der Warteliste und den Mädchen: Das verhebt Null. Der FCW hat nicht mal Frauen oder Mädchen. Logisch poppt dort kein Mädchen auf der Warteliste auf.

J. Guddal (GLP): Entschuldigung. Alle die Clubs, die ich angefragt habe, haben Frauenteams und auch Mädchen auf der Warteliste. Es gab ja eine Zahl. Ich weiss nicht, was nicht verheben sollte.

Th. Gschwind (SP): Wir machen das nachher im Raphael Tobler-Style: Wir trinken etwas zusammen und besprechen das.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Vielleicht wäre es eher im Sinne des Sports, dass Ihr mal einen schönen Boxkampf gegeneinander macht. Aber das ist dann auch wieder etwas gemein bei Mädchen gegen Knaben... Das Wort erhält noch die Vorsteherin Martina Blum.

Stadträtin M. Blum: In der Kommission war der Wunsch und es steht ja auch hier, man solle auf dem Konto Honorare die 200'000 Franken einsparen. Wir konnten aufzeigen, dass das eine Verschiebung ist vom Budget 2025 ins Budget 2026 für den Architekturwettbewerb Parzelle Schützenwiese, Teil Haupttribüne. Wir mussten das verschieben, weil wir das erste Teilprojekt priorisiert haben, mit der Projektierung der Stirntribünen und des Betriebs- und Gardebengebäudes. Deshalb hat es da eine Verschiebung gegeben.

Und dann war der Antrag, wir müssen 200'000 Franken kürzen. Jetzt verstehe ich aber, nicht bei der Schützenwiese. Und das macht mich wirklich ratlos, dieser Antrag. Es ging bei der Diskussion immer um die Honorare Dritter. Jetzt habe ich aber verstanden, es geht auch um andere Sachen. Man hat das Globalbudget, klar, wir können sagen, wo. Es sind aber auch da schon gewisse Sachen, die fix sind, die sind mit WoV-Indikatoren hinterlegt. Man hat zum Beispiel den Betrag für Sportförderung hochgesetzt, da kann man nicht sparen, das war uns auch wichtig, dass wir da mehr für den Jugendsport machen können. Wir haben die Diskussion mit den Badis, wo auch die SVP schon vorstellig wurde hier im Parlament; permanente Beschäftigung für alle Badis von den Betriebsleitenden. Wir haben seit mehreren Jahren einen Antrag der Quartierbädern um Erhöhung, weil sie steigende Kosten haben in den letzten zehn Jahren, ob wir da einen Beitrag leisten und das erhöhen können – was übrigens auch sehr gestützt wird von der Sport-Community hier im Parlament. Wir haben Breitensportangebote, wie wir gehört haben: Winti-SOLA, bei der wir alle dabei sind; wir haben Active City, wo übrigens überproportional viele Frauen dabei sind; wir haben Pumptracks für Schulen; wir haben Massnahmen für Inklusion vorgesehen. Ich bin wirklich ratlos.

Was wir auch noch haben, ist der schweizerische Schulsporttag. Das haben wir auch den Unterlagen beigelegt. Wir wurden angefragt als Winterthur, den schweizerischen Schulsporttag 2026 auszurichten.

Und wenn wir wirklich nochmals speziell auf das Konto Honorare schaut: Da haben wir Machbarkeitsstudien. Das haben wir gehört. Eben, Andreas' Eishalle, das bräuchte dann zuerst eine Machbarkeitsstudie vorher. Das ist jetzt nicht geplant für 2026, das kann ich schon mal vorwegnehmen. Da geht es um künftige Bauprojekte. Also wenn wir da nochmals schauen, wenn es nicht die Schützenwiese ist, was dann? Da haben wir Kunstrasenprojekte, da haben wir Bewegungspark für die Bevölkerung, da haben wir weitere Biketrails, von denen wir einen schönen haben eröffnen können. Das wäre dann das Konto Honorare, wo es natürlich immer vorher eine Machbarkeitsstudie braucht.

Und was ich auch sagen kann beim Sportamt: Alles im Budget kommt 1:1 der Bevölkerung und den Vereinen zugute. Wir werden weniger Dienstleistungen, weniger Unterstützung haben – und das ist ein schlechtes Signal, finde ich, weil in den Vereinen wahnsinnig viel Freiwilligenarbeit geleistet wird, auf die wir als Stadt angewiesen sind und wo wir als Stadtrat auch gerne unseren Beitrag leisten wollen. Wir tragen das nicht alleine, das tragen vor allem die Freiwilligen; aber wir hätten gerne auch unseren Beitrag geleistet in diesem Jahr.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Martina. Somit kommen wir nun noch zu den Abstimmungen über die zwei Anträge.

Zuerst kommt der Kommissionsantrag A39, das ist die Reduktion um 200'000 Franken.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A39 wird mit 33:23 bei 1 Enthaltung angenommen.

Abstimmung Antrag A40, das ist der Antrag der SP für Erhöhung um 50'000 Franken. Der Antrag unterliegt dem erhöhten Quorum.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A40 wird mit 34:23 Stimmen abgelehnt.

Somit ist die Produktgruppe 590 Sportamt und damit das ganze Departement Schule und Sport abgeschlossen.

Wir unterbrechen hier und treffen uns um 20 Uhr wieder für den Rest der Budgetsitzung. Ich wünsche allen «en Guete».

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich begrüsse Euch zur Abendsitzung.

Zuerst noch die Mitteilung für das Protokoll: Spontan abgemeldet für die Abendsitzung hat sich Alex Würzer (EVP).

Ich wurde von einigen Seiten gefragt, ob wir heute noch andere Traktanden als das Budget beraten. Ich kann hier drinnen nichts sagen, das liegt an Euch. Ich nehme mal an, wahrscheinlich eher nicht – das als Antwort pauschal an alle. Wir müssen sicher das Budget heute fertig machen – und dann möchten wir uns ja noch ein bisschen besser kennenlernen... Es sind noch drei Vorstösse im Umlauf, bei denen wir darum bitten, dass sie zeitnah herumgegeben werden.

Wir haben vor der Pause das DSS abgeschlossen und kommen nun zum Departement Soziales.

Departement Soziales

PG 611 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Parlamentspräsident Ph. Weber: Hier gibt es den Antrag A41 aus der SSK, Reduktion des Globalkredits um 24'472 Franken, ebenfalls wegen WinRP.

Möchte der zuständige Referent etwas dazu sagen? – Das ist nicht der Fall.

Auch der zuständige Stadtrat Nicolas Galladé wünscht das Wort nicht.

Somit kommen wir gleich zur Abstimmung über Antrag A41, Kürzung um 24'472 Franken wegen WinRP.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A41 wird mit 55:0 einstimmig angenommen.

Die Produktegruppe Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist damit abgeschlossen.

PG 621 Sozial- und Erwachsenenhilfe

B. Oeschger (SSK): In dieser Produktegruppe liegen zwei Kommissionsanträge vor und ich stelle Ihnen beide vor.

Mit Antrag A42 beantragt die SSK dem Parlament eine Reduktion vom Globalkredit in der Produktegruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe in der Höhe von 390'000 Franken. Konkret geht es dort um den beantragten Stellenaufbau von sechs Stellen in der Hauptabteilung Berufsbeistandschaft. Von diesen sechs beantragten Stellen sollen 1.8 Stellen das Fallwachstum ausgleichen und darüber hinaus soll mit 4.2 Stellen die Falllast gesenkt werden.

Der Kommissionsantrag sieht vor, dass auf diese 4.2 Stellen für die Falllastsenkung verzichtet wird. Der Stellenaufbau von 1.8 Stellen für den Ausgleich des Fallwachstums ist davon nicht betroffen und wird erfolgen. Es ist also so, dass man den Status quo behält, wie er sich auch in der parlamentarisch beantragten Zielvorgabe widerspiegelt.

Die Kommission begründet den Entscheid damit, dass durch den starken Ausbau der Berufsbeistandschaft in den vergangenen Jahren die Falllast bereits stark gesenkt wurde. Durch den Ausgleich des Fallwachstums bleibt also einfach der Status quo erhalten. Die KOKES-Richtlinie, mit welcher die Falllastsenkung begründet ist, hat nur einen empfehlenden Charakter. Sie skizziert eine Zielvorstellung, die im Zeitraum 2031-2036 erreicht werden soll. Ausserdem hat die Kommission erwogen, dass innerhalb von den nächsten vier Wochen die Antwort

zum Postulat betreffend der Förderung von privaten Mandatspersonen publiziert wird. Man möchte jetzt also zuerst die Postulatsantwort abwarten und sich mit der Postulatsantwort und der Gesamtstrategie auseinandersetzen. Diesen Antrag beantragt Ihnen die SSK mit 5:4 Stimmen.

Ich wechsele zum Antrag A43. Damit beantragt die SSK eine Kürzung des Globalkredits von 175'000 Franken. Der beantragte Stellenaufbau von 3.3 Stellen soll 1.5 Stellen weniger ausfallen. Auch durch diesen Antrag werden trotzdem noch immer 1.8 Stellen aufgebaut. Begründet wird der Antrag damit, dass aktuell keine rechtlich begründeter oder kein dringlicher Handlungszwang bestehe. Auch der Antrag A43 wird Ihnen von der SSK mit 5:4 Stimmen beliebt gemacht.

J. Praetorius (Grüne/AL): Ganz zu Beginn bin ich immerhin mal froh darüber, dass wir hier bei dieser Produktgruppe nicht mit einfachen, schwächlichen Globalkürzungen zu kämpfen haben, sondern dass die Antragsstellenden doch auch eine Begründung mitgebracht haben und zumindest sagen, wo sie kürzen wollen.

Dementsprechend zeige ich jetzt auf, weshalb die Fraktion Grüne/AL diese Punkte inhaltlich ablehnen kann.

Zum Kürzungsantrag bei den Berufsbeistandschaften: Wir reden hier nicht über eine abstrakte Produktgruppe, sondern über Menschen, bei denen die KESB einschreiten muss – ältere Personen, Menschen mit Abhängigkeiten oder psychischen Erkrankungen. Wenn wir hier kürzen, bedeutet das konkret, dass weniger Zeit für genau diese Menschen bleibt.

Die Stadt hat die Aufgabe, Gelder zu sichern, Ansprüche bei IV und Ergänzungsleistungen einzuholen und gegenüber der KESB sauber zu rapportieren. Wenn wir diese Stellen kürzen, steigen das Fehlerrisiko und die Gefahr von Versicherungsfällen. Das ist nicht nur fachlich verantwortungslos, das ist finanziell kurzsichtig.

Es wurde uns klar dargelegt: Winterthur liegt bei der Fallbelastung bereits über dem Durchschnitt. Die zusätzlichen Stellen sind kein Luxusprojekt, sondern einfach notwendig, damit wir überhaupt die heutige Falllast bewältigen können und uns langsam den Empfehlungen der KOKES-Fachkonferenz (ja, es sind Empfehlungen, aber trotzdem) annähern.

Wenn Ihr hier kürzt, liebe Sparallianz, dann entscheidet Ihr, dass Winterthur weniger Zeit pro Klient:innen haben wird als andere Gemeinden.

Die Aussage, die Falllast bleibe ja konstant gleich, suggeriert Sicherheit, wo keine ist. Die Falllast ist nämlich heute schon überdurchschnittlich und die Fälle werden komplexer. Eine Stadt, die in dieser Lage Bewerber:innen anzieht, sie ausbildet und dann bewusst überlastet, handelt nicht nachhaltig – weder fachlich noch finanziell.

Wer den Absenkpfad bei der Falllast stoppt, ändert vielleicht kurzfristig eine coole Budgetzahl, aber zementiert langfristig eine zu hohe Belastung pro Person – mit allen bekannten Folgen, die damit einhergehen: Fehler, Ausfälle, Fluktuation.

Wir wissen aus der Sozialhilfe: Eine Senkung der Falllast zahlt sich aus – fachlich und finanziell. Wer diese Logik bei den Berufsbeistandschaften ignoriert, riskiert höhere Fluktuation, mehr Ausfälle und am Ende halt teurere Nachtragskredite. So viel zum Sparen.

Eine Stadt, die ausgerechnet in so sensiblen Bereichen wie den sozialen Bereichen Leute verheizt, verliert Know-how, Kontinuität und Glaubwürdigkeit. Das ist keine Sparpolitik, meine Lieben, das ist Personalpolitik auf Kosten der Schwächsten – und am Ende auch auf Kosten unseres eignen Budgets.

Die 390'000 Franken wirken auf dem Papier ganz attraktiv. Sie sind im Gesamthaushalt der Stadt auch nicht ein riesiger Betrag – aber sie schlagen genau dort ein, wo wir es uns am wenigsten leisten können: Nämlich in der Fallführung von Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Wenn wir sparen wollen, sollten wir das dort tun, wo das strukturell Sinn ergibt und Spielräume bestehen – nicht in einem Bereich, wo wir schon heute eine überdurchschnittliche Belastung haben und diese besteht.

Wir von der Fraktion Grüne/AL sind klar gegen diese Kürzung. Ich bin eigentlich schon offen dafür, dass man genau hinschaut. Aber dann fragen wir doch lieber das Departement nach Beobachtungen der Fluktuation, ob es Fehler gibt, ob es Schadensfälle gibt; und das seriös über die Zeit steuern, nicht über solche willkürlichen Streichungen bei einzelnen Stellenprozenten.

Zum anderen Antrag bezüglich der Zusatzleistungen: Wir reden hier über eine Kürzung von 175'000 Franken, in der Praxis bedeutet das 1.5 Stellen. In einem Bereich, in dem heute schon festzuhalten ist, dass wir die bundesrechtlichen Fristen massiv einreissen.

Das Bundesamt für Sozialversicherungen verlangt nämlich, dass Neuanmeldungen innert 90 Tagen erledigt werden. Winterthur schafft das bei inzwischen 39 Prozent der Fälle nicht – Tendenz steigend. Und jetzt wollen wir da Personal wegnehmen? Das ist keine Haushaltsdisziplin, meine Lieben, das ist eine bewusste Erhöhung des Rechts- und Qualitätsrisikos.

Die Folgen sind konkret: Menschen, die auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind, warten länger auf Geld, rutschen im schlimmsten Fall auch in die Sozialhilfe – das wurde auch schon beobachtet. Gleichzeitig wächst das Risiko, dass der Kanton uns Mittel nicht zurückerstattet, weil wir einfach Abklärungen nicht sauber machen. Komplexe Prüfungen zu Vermögensverzicht, Schenkungen und ähnlichem sind aufwändig – das schützt aber am Ende auch die Steuerzahlenden in unserer Stadt und das Budget.

Wir werden vom kantonalen Sozialamt heute schon kritisch beurteilt. Genau in dieser Lage Stellen abzubauen und die Falllast hoch zu lassen, ist politisch schlicht verantwortungslos. Und dieses Wort gilt es zu unterstreichen.

Wer diesem Antrag zustimmt, entscheidet sich nicht für ein «ein bisschen langsames Tempo», sondern einfach für eineinhalb Stellen weniger in einem überlasteten Bereich – und das mit all den Risiken für Rechtskonformität, Qualität und Finanzen, die damit einhergehen. Bitte lehnen Sie diese beiden Kürzungen ab. Vielen Dank.

D. Rohner (EVP): Ja, diese Argumentation verstehe ich schon. Aber es ist nicht so, dass wir einfach bremsen. Wir sparen auch nicht ein. Wir verlangsamten, damit das Wachstum moderat und auch finanzierbar bleibt. Und vielleicht empfindet man es manchmal schon nicht als sehr sozial, wenn man kürzt – aber wenn man einfach immer mehr ausgibt, ist das vielleicht auf die Länge noch weniger sozial, weil man es irgendwann einfach nicht mehr finanzieren kann. Und dann kann da auch ein Eigengoal entstehen.

Was uns aber da wichtig ist, was da nicht inbegriffen ist, das sind die Ausgaben im Asylbereich. Denn dort sehen wir nach wie vor: Die Weltlage ist nicht stabil, leider nicht. Der Migrationsdruck wird nicht kleiner. Und ich glaube, dort müssen wir bereit sein, wenn diese Zahlen weiterhin steigen werden.

M. Sörgo (SP): Ich werde zum Antrag A42 sprechen, meine Kollegin Oli Staub dann zum Antrag A43.

Ich möchte mich insbesondere bei Julius für sein Votum bedanken. Ich glaube, inhaltlich können wir uns diesem sehr anschliessen. Trotzdem möchte ich noch ein paar Worte dazu sagen. Wir haben schon in der Eröffnungsdebatte ausgeführt, dass Kürzungen in der Sozial- und Erwachsenenhilfe aus unserer Sicht mehr als nur kurzfristig gedacht sind. Julius hat auch schon aufgezählt, weshalb es so sinnvoll ist, die Falllast zu reduzieren: Weil man dadurch nachhaltigere Begleitung (gerade in komplexen Fällen) anbieten kann, weil man Drittmittel generieren kann, weil auch die Menschen, die begleitet werden, mehr Stabilität und schneller wieder Stabilität erhalten. Das ist aus finanzieller Sicht, aber auch aus sozialer Sicht mehr als sinnvoll.

Und darüber, so war zumindest mein Gefühl in den letzten Jahren, waren wir uns in diesem Parlament auch mehrheitlich einig. Dass das jetzt plötzlich nicht mehr gelten soll, verstehe ich deshalb nicht. Und auch wenn etwas vielleicht einmal nicht gesetzlichen Charakter hat, so macht es doch Sinn, wenn man einem Fachgremium, das diese Empfehlungen fundiert ausgearbeitet hat, auch mal folgt.

Es kommt dazu, dass mit der Reduktion der Falllast auch die Arbeitgeberattraktivität steigt; gerade in einem Feld, das sehr komplex ist und wo es wichtig ist, dass man gute Fachleute anwerben und auch behalten kann. Und da möchte man eigentlich – oder möchte die Stadt eigentlich – eine zusätzliche geplante Leitungsstelle schaffen und damit gerade auch Berufseinsteiger:innen beim Einstieg in diese komplexe Arbeit besser und enger begleiten. Schwierigkeiten könnten so besser aufgefangen werden, frühzeitige Berufsausstiege könnten verhindert werden. Diese Chance vergeben wir uns heute, wenn wir dieser Kürzung zustimmen. Auch die Argumentation mit dem offenen PriMa-Postulat zieht aus unserer Sicht nicht. Selbst wenn die Stadt zum Schluss kommen würde, dass sie PriMa's z.B. mit einer Fachstelle mehr unterstützen will, so werden gerade die besonders komplexen Fälle und die Fälle, die besonders viel Aufwand ergeben, auch in Zukunft sicher nicht durch private Mandatsträger:innen begleitet werden. Die Begleitung dieser Personen würde weiterhin bei den Berufsbeistand:innen liegen, die auch das fachliche Know-how mitbringen. Die Entlastung dieser Fachleute würde sich also sicher nicht reduzieren, im Gegenteil.

Auch finde ich es schwierig, wenn wir jetzt immer auf die Antwort von hängigen Motionen oder Postulaten warten wollen, bevor wir irgendwo mehr Ressourcen sprechen. Das würde einfach dazu führen, dass der Budgetprozess noch komplexer werden würde und dringend benötigte Gelder nicht oder erst zu spät gesprochen werden.

Aus diesen Gründen bitten auch wir Sie, diese Kürzung abzulehnen, und hoffen, dass Sie sich dem anschliessen. Vielen Dank.

O. Staub (SP): Julius hat schon sehr gut ausgeführt, weshalb die Reduktion der Stellen in dieser Produktgruppe keinen Sinn macht, denn schon jetzt ist es so, dass gut ein Drittel der Fälle, also diese Leute, länger als drei Monate auf den Bescheid warten, ob sie ihre Ergänzungsleistungen erhalten – und wenn ja, wie viel.

Für jemanden, der finanziell schon am Limit ist, ist das eine unglaublich lange Zeit. Und die Chance steigt, dass diese Leute in die Sozialhilfe abrutschen. Und das kommt auch die öffentliche Hand teurer. Das ist menschlich hart und es macht finanziell nicht Sinn, aber ich möchte trotzdem noch probieren, einen anderen Aspekt aufzubringen, den vielleicht die bürgerliche Mehrheit hier ein bisschen besser versteht.

Und zwar gibt es noch einen anderen «Return on Investment» bei diesen Stellen, denn es ist nämlich eine wirksame Ausgabenkontrolle (ich freue mich jetzt schon auf das Mansplaining von Raphael Tobler zu diesem Wort). Es ist nämlich so: Diese Zusatzleistungen sind selbstredend ein grosser Ausgabenblock. Wenn die Mitarbeitenden diese Dossiers sorgfältiger prüfen können, dann können sie auch besser ungerechtfertigte Ansprüche herausfiltern. Und das schützt selbstredend unsere Steuergelder. Wer also bei diesen Stellen sparen will, der denkt auch betriebswirtschaftlich kurzfristig.

Deshalb wollen wir einerseits aus den menschlichen Gründen, aber auch aufgrund der finanziellen Gründe nicht, dass diese Stellen nicht aufgebaut werden, sondern stehen hinter dem vollständigen Aufbau der 3.3 Stellen und lehnen die beantragte Kürzung ab.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Natürlich würde auch ich gerne allen Ansprüchen des Stadtrats und der Verwaltung entsprechen. Und auch ich möchte das Beste für alle Menschen in unserer Stadt. Das gilt für die meisten Positionen und Departemente, und bei einigen sogar besonders stark. Allerdings kann man das eben auch nur mit vollem Portemonnaie machen.

Und das haben wir bekanntlich nicht in Winterthur.

In der SSK haben wir differenziert verschiedenste Budgetkürzungsmöglichkeiten im DSU und im DSO besprochen. Und wir haben uns mancherorts auch vom Stadtrat überzeugen lassen, dass es genau da oder dort gar nicht sinnvoll sei, etwas zu kürzen. Bei den beiden Anträge A42 und A43 war das aber nicht der Fall.

Da ist aus unserer Sicht vertretbar, dass aus Budgetgründen auf eine weitere Annäherung an die KOKES-Richtlinien beziehungsweise Falllastzahlen verzichtet werden kann. Es stimmt nicht, lieber Julius, liebe Maria, dass wir etwas abbauen bzw. kürzen wollen - wir erhöhen es

(wir haben es schon mehrmals gesagt und gehört) einfach nicht mehr, als bisher vorhanden ist. Der IST-Zustand wird nämlich, mit Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses, einfach erhalten. Es ist aber richtig, wie Maria gesagt hat, dass man auf den Ausbau einer weiteren Abteilung mit einer zusätzlichen Abteilungsleitung verzichten kann. Das wird, unserer Meinung nach, die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin aber nicht mindern. Benedikt Oeschger hat bereits begründet, warum eine Mehrheit der SSK die entsprechenden Anträge A42 und A43 unterstützt. Es gibt da gar nicht mehr hinzuzufügen. Die Mitte/EDU-Fraktion unterstützt die beiden Anträge.

B. Oeschger (GLP): Ich spreche jetzt noch für die Fraktion. Die Grünliberalen schliessen sich dem Kommissionsantrag an.

Ich habe einfach noch ein paar Präzisierungen und Entgegnungen. Zur hohen Falllast: Es ist so, dass die Hälfte aller Trägerschaften in der Schweiz eine höhere Falllast als 60 (also als die empfohlene Falllast) aufweisen. Basel war vor kurzem noch bei 100, wir sind bei 69. Bern ist jetzt noch bei fast 80. Ich glaube deshalb nicht, dass wir Personalpolitik auf Kosten der Schwächsten machen, wir setzen eigentlich nur das um, was der Stadtrat beantragt hat mit der parlamentarischen Zielvorgabe. Die parlamentarische Zielvorgabe ist nämlich absolut nicht sensitiv und hätte sich trotz dem Wachstum um die sechs beantragten Stellen nicht verändert.

Ich fahre weiter. Man sagte, wir würden bewusst Überlastungen in Kauf nehmen. Ich denke, das ist nicht so. Es ist einfach so, dass man den Status quo, wie er jetzt ist, erhält. Wenn es Überlastungen geben sollte, dass müssten wir das eigentlich jetzt schon haben und untersuchen. Aber das haben wir nicht. Und an dieser Stelle möchte ich mich auch beim Sozialdepartement, stellvertretend bei Nicolas Galladé, bedanken.

Die Lehren aus der Sozialhilfe wurden auch angesprochen, mit der BASS-Studie der Falllastsenkung. Mir ist das Prinzip ganz klar, wie das funktioniert, und das macht auch Sinn: Wenn man arbeitet, dann geht es bis zu einem Optimum, wo ein Mehreinsatz von Ressourcen gut ist. Und irgendwann kann man es nicht mehr so gut auseinanderhalten. Und so ist es auch bei dieser Studie, bei der Sozialhilfe steht, dass keine allgemein anerkannte Bewertungskriterien existieren, wie viele Fälle wirklich optimal sind. Das gibt es nicht bei der Sozialhilfe und das gibt es auch nicht bei den Berufsbeistandschaften. Man hat bei den Berufsbeistandschaften nämlich schon eine Falllastsenkung gemacht, wie man das auch bei der Sozialhilfe gemacht hat. Man ist jetzt bei 69, man war lange auch über 100. Bei der Sozialhilfe ist man jetzt bei 75 und vorher war man bei über 120. Also, eigentlich hat man diese Falllastsenkung zu einem gewissen Grad schon umgesetzt.

Es wurde dann noch angesprochen von Daniel Rohner, mit der Migration, wo die Zahlen steigen. Der Fachkräftemangel und die Berufseinsteigenden wurden noch angesprochen (ich glaube von Maria Sorgo). Dort gibt es ein Statement des schweizerischen Gemeindeverbands dazu, gerade auch bezogen auf den Fachkräftemangel bei den Berufsbeistandschaften und warum dieser Ausbau bei Gemeinden, die eine höhere Falllast haben als Winterthur, nicht voran geht. Und dort gab der schweizerische Gemeindeverband heraus, die Gemeinden müssten Prioritäten setzen, es gäbe im sozialen Bereich mit der Sozialhilfe oder der Integration von Personen aus dem Asylbereich weitere kommunale Aufgaben, welche ebenfalls finanziert werden müssen. Und da hat jetzt die Kommission eine Prioritätensetzung getroffen. Es wurde dann noch ins Feld geführt, mit mehr Ressourcen könne die Begleitung nachhaltiger ausgearbeitet werden und man hätte mehr Zeit und man könne dem Fachkräftemangel entgegen. Und da glaube ich, das wäre eine optimale PriMa-Idee. Aber das werden wir ja noch erfahren.

Bei den Grünliberalen kann ich noch sagen: Wir sind auch immer offen, unterjährig einen Nachtragkredit zu prüfen. Und damit schliesse ich mein Votum für die Fraktion. Vielen Dank.

Stadtrat N. Galladé: Die gestellten Kürzungsanträge – und es sind natürlich Kürzungsanträge gegenüber dem Stadtratsantrag, das ist die Referenz, einfach damit wir vom Gleichen

sprechen, nicht gegenüber dem Status quo - bieten die Gelegenheit, am konkreten Antrag gleich auf einige Voten einzugehen, die heute und auch letzte Woche gefallen sind und bei denen ich finde, das steht vielleicht ganz exemplarisch für gewisse Aussagen.

Ich fange beim Formalen an. Der Kommissionspräsident Julius Praetorius hat es schon erwähnt: Letzte Woche habe ich einigen Eintretensvoten entnommen, die (zumindest mir) leicht verzweifelt bis fast ein bisschen frustriert entgegengekommen sind, im Sinne davon, man könne ja gar keine Anträge stellen und wie man sie stelle, sei es falsch, entweder seien sie zu pauschal oder dann ginge es nicht.

Nicht, dass ich jetzt diese Anträge hier erfunden hätte, aber ich glaube, das sind jetzt ganz konkrete Anträge, bei denen man sagen kann: So kann man doch jetzt politisch darüber diskutieren. Das sind auch parlamentarische Kennzahlen, die irgendwie Ressourcen und eine vernünftige Steuerungsgrösse in einen Einklang und einen Bezug zueinander bringen und man auch miteinander über Sachen diskutieren kann, bei denen man über das Gleiche diskutiert, auch wenn man vielleicht zu einem anderen Schluss kommt. Ich musste fast eine Woche warten, bis wir alle vom Gleichen reden und nicht einfach im Stil von «Eigentlich haben wir das begründet, aber macht dann doch, was Ihr wollt». Ich finde es gut, wenn man miteinander auch gute Kennzahlen und Zielvorgaben ausarbeitet.

Das zeigt ja auf, dass wenn es eine Entwicklung gibt – und das Bevölkerungswachstum ist so etwas. Wir haben letztes Mal ganz wilde Zahlen gehört (ich schaue da zu Michael Gross) zu irgendwelchen Bevölkerungszahlenentwicklungen und Quotienten von 2006 und 2008 und wie viele Leute bei der Stadtverwaltung und wo auch immer gearbeitet haben - das kann man wirklich ein bisschen passgenauer machen. Und das zeigt eben genau auf: Referenzzahl bei einer Berufsbeistandschaft sind es eben die Menschen, welche Beistandschaft brauchen. Und dann kann man sagen, so und so viele Fälle pro 100%-Stelle (über diese Zahl kann man dann diskutieren), das ist dann der richtige Referenzrahmen. Wenn die Bevölkerung zunimmt und die Beistandschaften abnehmen, dann beantragen wir ja keine Ressourcen oder umgekehrt, sondern das muss irgendwo zueinander stehen.

Der andere Teil ist dann der qualitative Fall. Manchmal gibt es noch gesetzliche Anpassungen, z.B. bei den Zusatzleistungen ist das der Fall, wo man höhere Anforderungen hat bei der Prüfung, aber auch höhere Anforderungen im Fallabschluss. Und dann braucht das natürlich mehr Ressourcen, wenn man diese gesetzliche hoheitliche Aufgabe, die man hat, wieder mit der gleichen Sorgfalt ausführen möchte. Es kann natürlich auch sein, dass das Klientel schwieriger wird. Man hört das ständig und es gibt hin und wieder einen Vorstoss, in dem ich lese, bei dem es (richtigerweise) um psychische Gesundheit, um die Schwierigkeiten von Menschen, um multiple Problemstellungen, mit denen man im Gesundheits- und Sozialbereich immer wieder konfrontiert ist - und das spiegelt sich in der Falllast genau da ab. Wenn quasi das Klientel, der Einzelne und die Einzelne, durchschnittlich anspruchsvoller wird, dann hat das auch wieder einen Impact auf die Zeit, die man dafür aufwenden muss.

Und dann gibt es auch noch die Empfehlungen, hier sind es diejenigen der KOKES (Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz, Fachstelle Erwachsenen- und Kinderschutzbeistandschaften), und dadurch Anpassungen an die Empfehlungen.

Und da wären wir eigentlich schon beim Inhaltlichen. Was ich feststelle, das ist, dass bei beiden Produkten, über die wir sprechen, bei den Berufsbeistandschaften und auch bei den Zusatzleistungen Sozialversicherungen, diese Fälle steigen, das ist eine Realität. Und das ist wahrscheinlich auch ein Teil unseres Problems, das wir in Winterthur haben, um es in einem etwas grösseren Rahmen anzuschauen.

Was ich aber feststelle (und dafür möchte ich auch danken, das ist unbestritten), ist, dass das Fallwachstum ausgeglichen wird. Und das möchte ich da anerkennen. Es ist halt auch eine Tatsache: Demografisch und gesellschaftlich bedingt ist es so, dass hier in Winterthur - auch aufgrund unserer Bevölkerungszusammensetzung, unserer Geschichte und unserer Zentrumsfunktion – nicht nur diese Leute allgemein zunehmen, sondern bei uns in Winterthur nehmen sie überdurchschnittlich zu.

Und das ist vermutlich ein Grundproblem in unserer kantonalen Finanzierung, dass diese mengenmässig und auch qualitativ ungleich steigenden Lasten, bei denen wir jetzt exemplarisch bei zwei Produkten über ein paar Stellen verhandeln, nicht ausgeglichen werden bei uns im Kanton. Und ich glaube, das ist das Hauptgrundproblem. Beim Eintreten hat man das ein bisschen angetippt, aber ich glaube, unser Grundproblem als Stadt Winterthur ist eigentlich, um es einmal auf den Punkt zu bringen, dass wir Ausgaben haben (und dabei geht es um Menschen, Bildung, Pflegefinanzierung, Soziales), die bei uns überdurchschnittlich steigen (sie steigen auch in anderen Gemeinden, aber bei uns überdurchschnittlich) und diese nicht ausgeglichen werden. Und wenn man das nicht korrigiert – und das müssen wir miteinander auf kantonaler Ebene tatsächlich korrigieren –, dann ist eigentlich jede Kürzung einfach eine Kürzung, die man auf das nächste Jahr macht und auf das übernächste Jahr. Die steigenden Kosten machen so viel mehr aus als alles andere, das wir überhaupt steuern können. Ich glaube, wenn wir da nicht Einigkeit in der Analyse haben, dann werden wir auch in der nächsten und übernächsten und den nächsten fünf Budgetdebatten hier nicht weiterkommen. Und das ist dann letztlich auch wieder eine Folge von dem Ganzen: Deshalb haben wir das schmale Portemonnaie, das Kaspar Vogel erwähnt hat. Das hat aber nichts damit zu tun, dass unsere Leute in unserer Stadt eine unglaubliche Anspruchshaltung hätten oder dass wir als Stadtverwaltung irgendwie mit dem Geld anders umgehen würden als andere Verwaltungen. Ich glaube sogar, wir gehen mit dem Geld eher noch knapper um als andere vergleichbare Verwaltungen. Und das führt dann am Schluss des Tages dazu – und das kann man nicht schönreden –, dass die Personen, die es nötig haben, netto weniger Stunden Betreuung haben.

Sie müssen das erklären. Und das kann man so bringen und sagen: Uns ist die finanzpolitische Ausgangslage wichtiger, als das jemand in Winterthur im Vergleich zu einer Referenzgemeinde im Kanton Zürich (das ist in einem föderalen System wohl der bessere Referenzrahmen) eine gleich gute Betreuung hat. In einer Mehrzahl der Gemeinden erhalten Menschen eine intensivere Betreuung; Menschen, die suchtkrank sind, die Beistandschaften brauchen, junge Menschen mit psychischen Schwierigkeiten, ältere Leute, unsere ältere Generation, bei der vielleicht Demenz und andere Themen zunehmen, die da Unterstützung brauchen. Das, das müssen wir sagen, das können wir in Winterthur nicht im gleichen Ausmass so gewährleisten wie in anderen Orten. Dann kann man diesen Streichungsantrag so natürlich unterstützen, wie das die Mehrheit macht. Aber ich glaube, man muss dann auch dazu stehen.

Aber das Kernthema, dass wir nicht so viel Geld haben, um gleich viele Mittel zu sprechen wie eine andere Gemeinde im Kanton, ist, dass wir als Stadt Winterthur überdurchschnittlich von den demografisch steigenden Ausgaben betroffen sind – und dass diese im Kanton Zürich wahrscheinlich schweizweit mit am schlechtesten bis gar nicht ausgeglichen werden. Und wenn wir uns dieser Analyse nicht stellen und uns miteinander dafür einsetzen, ist die Budgetdebatte eigentlich immer etwas Schönes – aber wir werden einfach immer weniger Mittel haben, weil wir nicht an der Ursache ansetzen. Und das ist die Verteilung dieser Soziallasten im Kanton.

Es ist absehbar, wie das Stimmverhalten herauskommen wird. Aber ich glaube, es war wichtiger, das im grösseren Kontext anzuschauen. Das Thema, bei dem wir jetzt über die paar Stellen diskutieren, ist eigentlich stellvertretend für die Ausgaben in diesen einschlägigen Bereichen, die wir als Gemeinde leider einfach nicht beeinflussen können. Besten Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Nicolas. Wir kommen somit zu den Abstimmungen über diese beiden Anträge.

Zuerst der Antrag A42, das ist die Kürzung von 390'000 Franken.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 33:23 Stimmen wurde die Kürzung A42 angenommen.

Abstimmung Antrag A43, das ist die Kürzung um 175'000 Franken.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Auch diese Kürzung A43 wurde mit 33:23 Stimmen angenommen.
Somit ist die Produktegruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe abgeschlossen.

PG 622 Individuelle Unterstützung: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 623 Prävention und Suchthilfe: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 624 Arbeitsintegration: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 638 Spitex: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 640 Alterszentren

Parlamentspräsident Ph. Weber: Da gibt es wieder den Antrag A44 bezüglich WinRP, das ist die Kürzung um 66'000 Franken.

Wünscht da jemand das Wort dazu? Das ist nicht der Fall. Auch Nicolas Galladé möchte nichts dazu sagen.

Damit können wir direkt darüber abstimmen. Wer der Kürzung über 66'000 Franken zustimmt, drückt A. Wer ablehnt, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A44 wurde mit 56:0 Stimmen einstimmig angenommen.
Somit ist die Produktegruppe Alterszentren angenommen.

PG 651 Beiträge an Organisationen: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.
Das Departement Soziales ist somit als Ganzes fertig.

Departement Technische Betriebe

PG 710 Stadtwerk Winterthur

Parlamentspräsident Ph. Weber: Da gibt es einen Antrag A45 aus der SBK zum Bewilligungsorgan. Möchte jemand diesen Antrag begründen? Zumindest formal stellen müsste man ihn eigentlich. Ausser, Ihr vertraut mir, dass ich das einfach mache. – Das scheint der Fall zu sein.

Wünscht Stefan Fritschi das Wort dazu? – Auch nicht.

Dann können wir abstimmen über den Antrag A45. Es geht um den Spitzenlastheizkessel, dass dort das Bewilligungsorgan von § auf # angepasst wird.

Wer dem zustimmt, drückt A. Wer das ablehnt, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag A45 wird mit 56:0 einstimmig angenommen.
Somit ist die Produktegruppe Stadtwerk Winterthur abgeschlossen.

PG 712 Öffentliche Beleuchtung: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 731 Stadtbus Winterthur: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 732 FinöV Stadt: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.

PG 770 Stadtgrün Winterthur: Keine Anträge, die Produktegruppe ist so angenommen.
Das Departement Technische Betriebe ist somit als Ganzes abgeschlossen.

Behörden und Stadtkanzlei

PG 805 Stadtparlament

Ch. Hartmann (AK): Das Stadtparlament wird die wirkungsorientierte Verwaltungsführung überarbeiten, dazu sind die Arbeiten im Gange. Und weil dieses Projekt zum Zeitpunkt der Budgeterstellung noch nicht bekannt war, will man die entsprechenden Kosten jetzt noch budgetieren. Das führt zum Erhöhungsantrag A46 der AK um 50'000 Franken.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich danke Dir, Christian. Wie es aussieht, gibt es dazu keinen Diskussionsbedarf, es hat sich niemand gemeldet. Möchte Michael Künzle etwas zu diesem Antrag sagen? – Auch nicht.

Somit kommen wir zur Abstimmung über die Erhöhung des Globalkredits um 50'000 Franken. Was mit den 50'000 Franken gemacht wird, bestimmt dann das Departement.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 55:0 wurde der Antrag A46 einstimmig angenommen.

Die Produktgruppe Stadtparlament ist somit abgeschlossen.

PG 815 Finanzkontrolle: Keine Anträge, die Produktgruppe ist so angenommen.

PG 825 Ombudsstelle

R. Keller (AK): Die Zahl der Fälle, welche an die Ombudsstelle gelangen, stieg in den letzten fünf Jahren kontinuierlich. Gegenüber 2020 sind es 25% mehr Fälle. Und Fälle bedeutet nicht, dass jemand anruft und kurz eine Antwort bekommt, sondern Fälle heisst, es sind Problemstellungen, welche längere Abklärungen brauchen. Und diese Fälle, das sagt die Ombudsfrau der Stadt Winterthur, sind in den letzten vier Jahren sehr viel komplexer geworden. Und auf dieser Basis oder mit dieser Begründung wird ein Stellenausbau von 20 Stellenprozenten beantragt. Geplant ist, dass eine zusätzliche Person angestellt wird mit diesem Pensum von 20%, sozusagen in einem Nebenpensum. Diese Person müsste eine Juristin oder ein Jurist sein, also nicht jemand, der Büroarbeiten macht, sondern jemand, der sich auskennt mit juristischen Problemstellungen oder auch anderen Dingen, die an die Ombudsstelle kommen. Sie würde aber nicht unsere zweite Ombudsfrau oder unser Ombudsmann werden, sondern sie würde einfach einzelne Anfragen oder einzelne Fälle übernehmen. Der Mehrwert dieser Lösung wäre, dass es bei sehr komplexen Fällen die Möglichkeit gäbe, dass die Ombudsfrau und die Fachperson, die da angestellt werden würde, in Austausch gehen könnten und vielleicht auch gemeinsam überlegen könnten, was schlaue Lösungen sind.

Die Aufsichtskommission beantragt mit A47 die Streichung dieser Stellenaufstockung aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Winterthur.

R. Keller (SP): Wie Ihr ahnt, sagt die Fraktion der SP, dass wir gegen diese Streichung sind. Es ist ziemlich simpel: Eine professionelle Bearbeitung von mehr Fällen braucht einfach mehr Ressourcen. Und werden diese Ressourcen nicht aufgestockt, können halt in einzelnen Fällen diese Fälle gar nicht bearbeitet werden oder nur verzögert. Und gerade wenn es um juristische Dinge, um rechtliche Belange geht, ist das etwas Kritisches, wenn man diese nicht schnell bearbeiten kann.

Stimmt das Parlament deshalb dieser Reduktion zu, stimmt es auch den Auswirkungen, die ich gerade erwähnt habe, zu.

F. Kramer-Schwob (EVP): Ich habe zuerst gedacht, ich sage nichts, aber dieser Antrag wurde nicht ganz so neutral vorgestellt, wie ich mir das vorgestellt hätte. Deshalb sage ich trotzdem kurz etwas.

Es stimmt, dass die Fälle der Ombudsfrau ansteigen in den letzten fünf Jahren. Sie sind jetzt wieder auf dem Niveau von 2016, weil sie nämlich während der Pandemie sehr zurückgingen. Die Ombudsfrau hat ca. 205 Fälle pro Jahr, die sie bearbeitet, das ist so. Sie macht eine wahnsinnig gute Arbeit, eine sehr wichtige Arbeit, und die Klientinnen und Klienten werden sicher anspruchsvoller. Und trotzdem glauben wir, dass es im Moment noch machbar ist mit dem Pensum, das sie hat. Und aus Kostengründen unterstützen wir deshalb den AK-Antrag.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Franziska. Somit habe ich keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Antrag. Wünscht vom Stadtrat jemand das Wort? – Ebenfalls nicht. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag A47, Kürzung von 45'000 Franken bei der Ombudsstelle.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Ihr habt mit 33:23 Stimmen dem Antrag A47 zugestimmt.

Somit ist die Produktgruppe Ombudsstelle abgenommen.

PG 835 Datenschutzstelle: Keine Anträge, die Produktgruppe ist so angenommen.

PG 845 Stadtrat: Keine Anträge, die Produktgruppe ist so angenommen.

PG 855 Schulpflege: Keine Anträge, die Produktgruppe ist so angenommen.

PG 865 Stadtkanzlei

F. Kramer-Schwob (AK): Es sind zwei Anträge im Total von 300'000 Franken.

Der Antrag A48 geht um 100'000 Franken Reduktion des Globalkredits mit der Begründung, dass man darauf verzichten könne, einen Prozessmanager aufzubauen. Eine Mehrheit der AK ging davon aus, dass das in der Linienverantwortung ist.

Der zweite Antrag A49 geht um die Digitalisierungshalbmillion, die seit ein paar Jahren im Budget ist. Dort sagte eine Mehrheit der AK, dass man diese Digitalisierungshalbmillion um 200'000 Franken auf 300'000 Franken kürzen möchte aus Kostengründen.

A. Büeler (Grüne/AL): Die Begründungen, weshalb wir die beiden Anträge ablehnen, sind sehr ähnlich wie bei der IDW (Antrag A11). Der Nachholbedarf bezüglich Digitalisierung ist unumstritten und deshalb wollen wir auf diese Stelle nicht verzichten. Für uns ist es eigentlich irrelevant, ob diese Stelle zentral oder in der Linienverantwortung ist – die Arbeit muss gemacht werden. Und der Spielraum, wo genau, ist im Ermessensspielraum der Stadt. Uns scheint es eigentlich noch einleuchtend, dass das zentral koordiniert wird.

Bei A49 bleibt wiederum unklar, auf welche Leistung man mit der beantragten Kürzung bereit ist zu verzichten. Digitalisierung ist nicht gratis zu haben.

Deshalb lehnen wir die beiden Anträge ab.

M. Gnesa (SP): Die Kürzungen beim Prozessmanager für Beratung bei Analysen zur Optimierung und in der Digitalisierung sind mehr als widersprüchlich.

Wir hören immer wieder, dass die Digitalisierung rasch vorangetrieben werden soll. Gleichzeitig stellt die mitte-rechte Ratsseite den Antrag auf Kürzung der dazu nötigen Mittel. Darin liegt ein grosser Widerspruch. Man kann nicht eine rasche Digitalisierung verlangen und gleichzeitig die notwendigen Ressourcen streichen oder kürzen, welche diese ermöglichen sollen. Digitalisierung kostet. Will man sie vorantreiben, kostet dies Geld und es ist nicht nachvollziehbar, gerade solche Leistungen streichen zu wollen, welche eben die Digitalisierung und viele andere Tools vorantreiben sollen. Das kann nur dazu führen, dass die Digitalisierung sehr langsam vorwärts macht, wenn überhaupt, und am Schluss teurer zu stehen kommt.

Die Komplexität nimmt zu - durch Digitalisierung, aber auch etwa durch neue Tools. Weniger Prozessmanagement bei steigender Komplexität führt zu ineffizienten Strukturen. Ein Prozessmanager erkennt Fehlerquellen früh. Strategische Entscheide, wie die Digitalisierung oder eine Reorganisation, brauchen verlässliche Analysen. Ohne Analysedaten steigt das Risiko für Fehlentscheide.

Die Prozessoptimierung ist die Voraussetzung für Digitalisierung. Eine moderne Verwaltung führt die Digitalisierung nur erfolgreich durch, wenn die bisher bestehenden Prozesse verstanden, standardisiert und optimiert sind. Ohne Prozessmanager entstehen technische Lösungen, die nicht funktionieren, mit teuren Nachbesserungen. Eine fehlende Prozessoptimierung führt somit langfristig zu höheren Kosten. Beim Prozessmanager zu sparen, bringt nicht effektive Ersparnisse. Ohne fundierte Analysen bleiben ineffiziente Prozesse bestehen. Jede nicht optimierte Prozessschwachstelle verursacht wiederkehrende Kosten.

Ein Prozessmanager ermöglicht ferner einen messbaren Effizienzgewinn; die Optimierung bringt konkrete Einsparungen bzw. eine Leistungssteigerung (z.B. weniger Doppelspurigkeiten). Ein Prozessmanager ist eine Entlastung der Fachbereiche: Die Fachabteilungen haben weder die Zeit noch das Know-how für professionelle Prozessanalysen, die Optimierung bleibt somit auf der Strecke.

Der Grund für diese Kürzungsanträge ist schlicht nicht erkennbar und ohne Blick auf die konkreten und längerfristigen Folgen einer solchen Kürzung auf viele Projekte und Angebote der Stadt. Die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie wäre von diesen Kürzungen betroffen, also wesentliche Digitalisierungsvorhaben wie die Optimierung von städtischen E-Services. Auch diese Kürzungsanträge gehen an der Realität vorbei, sind nicht nachhaltig und verunmöglichen die Erbringung durch die Verwaltung von wichtigen Leistungen für eine hohe Lebensqualität in unserer Stadt.

Wir lehnen die Anträge ab.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich muss aufgrund von A48 und A49 drei Fragen stellen: Wollt Ihr Digitalisierung? Wollt Ihr eine moderne Stadtverwaltung? Wollt Ihr – im Vergleich zu anderen Städten – vorne mitmischen?

Der Stadtrat hat 2023 eine Digitalisierungsstrategie für die Stadt Winterthur beschlossen. Im Rahmen dieser Strategie gab es verschiedene Handlungsfelder und Massnahmen. Eines dieser Handlungsfelder sind «effiziente Prozesse». Und dabei geht es darum, dass Verwaltungskernprozesse verbessert werden, um sie zu digitalisieren. Mit dem Aufbau einer zentralen Stelle Prozessmanager:in soll die wichtige Prozessdigitalisierung vorangetrieben werden. Das braucht Unterstützung der Departemente bei der Digitalisierung von Prozessen, das braucht die Einführung eines einheitlichen Standards für Prozessmodellierung, es braucht Identifikation der Prozesse mit den grösstmöglichen positiven Effekten und es braucht Beratung, Projektleitende und Arbeitsgruppen.

Der Verzicht auf die Schaffung dieser Stelle würde einen zentralen Baustein aus der Digitalisierungsstrategie herausbrechen und läuft dem Anliegen der Verwaltungsmodernisierung diametral entgegen. Der Antrag ist kontraproduktiv, die Linienverantwortlichen müssen in der Aufgabe der Prozessdigitalisierung mit zentralem Know-how unterstützt werden. Und das würde diese Stelle bewirken.

Zu A49, zur Finanzierung eines Teils der Massnahmen aus der Digitalisierungsstrategie sind im Budget und im Finanzplan der Stadtkanzlei Mittel unter der Bezeichnung «Digitalisierungsmillion» eingestellt worden. Diese Mittel sind für folgende Zwecke vorgesehen: Beratungsleistungen im Zusammenhang mit organisatorischen Änderungen, Changemanagement (ausgelöst durch die Digitalisierungsmassnahmen) und allgemeine Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Digitalisierungsvorhaben. Wir selbst, die Exekutive, haben bereits auf der Grundlage der finanzpolitisch motivierten Priorisierung aus dieser ursprünglichen Digitalisierungsmillion eine Digitalisierungshalbmillion gemacht. Und eine weitere Reduktion jetzt um 200'000 Franken auf 300'000 Franken hinunter (gemäss Kürzungsantrag) würde diese Digita-

lisierungsbemühungen der Stadt Winterthur und die Umsetzung dieser Digitalisierungsstrategie stark ausbremsen, was – und dieser Meinung sind wir – ganz und gar nicht den Erwartungen der Bevölkerung entspricht.

Ich bitte Sie, auf diese Reduktionen zu verzichten.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Mike. Somit kommen wir jetzt zu den letzten zwei Abstimmungen zu den Produktgruppen.

Zuerst der Antrag A48, das ist die Kürzung um 100'000 Franken.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 33:23 Stimmen wurde der Antrag A48 angenommen.

Abstimmung Antrag A49, das ist der Antrag auf Reduktion um 200'000 Franken.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Mit 33:23 Stimmen wurde auch der Antrag A49 angenommen.

Somit ist die Produktgruppe Stadtkanzlei und damit alle Produktgruppen von allen Departementen abgenommen und Teil B ist somit erledigt.

Möchte jemand das Wort zum Teil A? Das ist Punkt 3 auf dieser Liste. Falls gewünscht, kann man dazu noch etwas sagen – oder für immer schweigen. Kaspar Bopp, auch kein Interesse? – Nein.

Wir kommen zu Teil 4, das sind die Schlussabstimmungen. Hier möchten wir beliebt machen, dass man jetzt die Schlussdiskussion macht über alle fünf Ziffern, über die wir nachher abstimmen. Ich gehe davon aus, das ist für alle in Ordnung.

Es dürfen jetzt also alle nochmals erzählen, was sie auf dem Herzen haben. Nachher stimmen wir dann noch über die fünf Anträge ab.

Zuerst gemeldet hat sich Franziska Kramer-Schwob (EVP).

F. Kramer-Schwob (EVP): Es ist ja immer eine Erleichterung, wenn wir dann ein Budget haben. Und bei dieser Budgetdebatte jetzt habe ich mich ab und zu gefragt, wenn die Aussage gefallen ist, alle anderen Städte hätten in diesem und diesem Bereich viel mehr Budget, ob wir es vielleicht einmal zusammenzählen müssten, auf wie viele Milliarden wir bei all den anderen Schweizer Städten insgesamt kommen, wenn diese ja überall mehr Budget haben. Letzten Freitag hatten wir gerade ein sehr schönes Beispiel, was eigentlich mit unseren Globalkrediten gemeint ist. Das Finanzamt hat nämlich die Neuausstattung der Sitzungszimmer amtlich publiziert, einen Kredit von einer guten Million, ein Verpflichtungskredit, hat es für gebunden erklärt. Und wir haben letzte Woche zu dieser Neuausstattung eigentlich eine Kürzung beschlossen. Rechtlich ist das korrekt: Wir haben den Budgetkredit gekürzt, das Finanzamt hat entschieden, sie hätten trotzdem noch genügend Geld im Budget, und hat den Verpflichtungskredit deshalb vollumfänglich so beschlossen, weil sie das irgendwie so schaukeln können.

Und dieses Beispiel zeigt einfach, dass es schon richtig ist, wie wir das gemacht haben; aber dass es anscheinend ja Luft hat in diesen Budgets, wenn man den Verpflichtungskredit noch in der geplanten Höhe von einer Million beschliessen kann. Kaspar zuckt jetzt mit den Schultern, aber er hat ja nicht gekürzt bei diesem Verpflichtungskredit – und dieser AK-Antrag war ja schon bekannt, bevor das dann entschieden wurde im Stadtrat. Und das finde ich ein bisschen schwierig. Das kann man rechtlich alles so machen, aber genau das macht den Budgetprozess so schwierig: Dass man einander irgendwie nicht ernst nimmt und nicht versteht.

Dann wurde der Jugendpreis verliehen und man konnte nachher in den Medien lesen, dass ein Stadtrat sagte, das sei bereits das zweite Gratis-Theater diese Woche nach der Budgetdebatte im Parlament. Zuerst musste ich lachen, als ich das las. Aber im Nachhinein finde ich

es eigentlich doch gar nicht mehr so lustig, weil es ja doch unsere demokratischen Institutionen sind, welche die Budgetdebatte auch so vorsieht. Und wenn man es so ein bisschen ins Lächerliche zieht, dann weiss ich nicht so genau was machen.

Es zeigt ein bisschen etwas von der Spannung oder von der Zusammenarbeit, die ich mir eigentlich besser wünschen würde, bei der ich mir auch mehr ernst genommen werden voneinander wünschen würde.

Und die Deutschen sagen ja, dass in der Schweiz der Apéro das ist, was nachher wieder die Politik kittet. Dass man sich zwar hart angehen kann in einer Debatte, nachher nimmt man Apéro und kann wieder anstossen und begegnet sich von Mensch zu Mensch. Und das wünsche ich mir jetzt einfach, dass wir das nachher beim Apéro wieder kitten können, aufeinander zugehen und da vielleicht auch neue Schritte in der Zusammenarbeit gehen können.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Franziska. Wir haben gerade ein Live-Update erhalten aus der Ecke dort hinten, von der Person vom Finanzamt. Ich sage kurz, über was wir nachher konkret abstimmen.

Bei der Erfolgsrechnung steuerfinanziert hat das Parlament bisher Kürzungen von 5.592 Millionen beschlossen. Bei der Erfolgsrechnung Eigenwirtschaftsbetriebe sind es minus 266'000 Franken. Bei der Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen sind es minus 1.253 Millionen und Investitionsrechnung Finanzvermögen plus 500'000 Franken.

Das sind diese Zahlen.

Das Wort hat nun Andreas Büeler (Grüne/AL).

A. Büeler (Grüne/AL): Ich habe mir letzte Woche ernsthaft überlegt, mich mit Fieber in die erste Hälfte der Budgetsitzung zu schleppen, weil wir ja leider keine Stellvertreterregelungen haben. Wie befürchtet hätte es aber keinen Unterschied gemacht, weil die Mehrheiten praktisch durchgehend vorher schon zementiert waren. Dank der schnellen Protokollierung von Andrea habe ich die Voten aber nachlesen können und kann jetzt doch noch meinen Senf dazu geben.

Wie erwartet, hat der Aufwandüberschuss von 26.5 Millionen aus betrieblicher Tätigkeit viel zu diskutieren gegeben. Die eigentlich durchwegs erfreuliche Geschichte von der früher als erwarteten Rückerstattung von 30 Millionen Franken Versorgertaxen bildet jetzt eines der Hauptargumente, um dem Stadtrat schlechte Budgetierung vorzuwerfen. Gemäss Kaspar Bopp sind es mittlerweile sogar fast 40 Millionen Franken, was noch erfreulicher ist.

Danke auch dem Landboten, der sich in seinem Artikel zum ersten Teil der Budgetdebatte von dem engen Blick auf ein einziges Jahr löst: In seiner Grafik zeigte er nochmals klar auf, dass die Stadt Winterthur in den letzten Jahren meistens im Plus war. Total resultierte von 2020 bis und mit 2024 so ein Gewinn von 157 Millionen Franken.

Auch da war der FAP jeweils besorgniserregend. Man könnte also auch schlussfolgern, dass der Stadtrat trotz schwieriger Ausgangslage finanzpolitisch gar nicht so einen schlechten Job macht.

Gefreut hat mich, dass die Eigenwirtschaftsbetriebe endlich etwas mehr auf den Radar zu geraten scheinen: Investitionen in die Betriebe sind in der Summe mehr als das, was der Steuerhaushalt investiert. Und darum ist auch ein relevanter Teil der Schulden wegen der Werke. Und ja, die Gebühren dafür zahlen wir alle - unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gleich viel. Sie treffen deshalb Haushalte mit tiefem bis mittlerem Einkommen überproportional stark. Trotzdem sind bei den Werken keine Globalkürzungen beantragt worden. Den Willen zum Sparen kann ich ja nachvollziehen. Aber was ich gerade deshalb überhaupt nicht nachvollziehen kann, ist, dass sogar dort gekürzt wird, wo die kostendämpfende Wirkung einer Investition direkt oder unmittelbar belegt ist. Oder wo angestrebte Effizienzgewinne abgewürgt werden.

Wir von der Fraktion Grüne/AL stimmen trotz den Verschlimmbesserungen dem Budget 2026 zu, auch wenn wir uns die Kürzungen eigentlich nicht leisten können, weil sie uns entweder

mittel- bis langfristig teurer zu stehen kommen oder weil bestellte Leistungen nicht wie bestellt erbracht werden können.

Dank dem Antrag A46, den wir auch angenommen haben, zur wirkungsorientierten Verwaltungsführung, hoffe ich, dass ist das letzte Mal, wo wir Kürzungen ohne Bezug auf die Wirkung beschliessen. Besten Dank.

B. Helbling-Wehrli (SP): Ich sage es jetzt halt trotzdem nochmals, auch wenn ich es letzte Woche schon einmal gesagt habe. Winterthur steht finanziell stabil da. Das zeigt dieses Budget und das zeigen die Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre. Wir haben einen Ertragsüberschuss von über 113 Millionen Franken, einen Selbstfinanzierungsgrad von über 100% und selbst der Nettoverschuldungsquotient bewegt sich in die richtige Richtung. Wir stärken also die Substanz, statt sie abzubauen.

Und trotzdem wird auch dieses Jahr, wie jedes Jahr vorher, versucht, die Lage schlechter darzustellen, als sie ist. Doch eine Stadt kann nicht innovativ sein, wenn sie permanent schlechtgeredet wird. Und eine Budgetberatung nützt wenig, wenn die eigentlichen Absprachen nicht in den Kommissionen stattfinden, sondern schon vorgängig zwischen einzelnen Fraktionen. So wird die Budgetdebatte intransparent, die Entscheide des Parlaments für die Bevölkerung undurchsichtig.

Der Stadtrat hat ein nachvollziehbares, verantwortungsvolles Budget vorgelegt. Winterthur wächst, erneuert sich und steht vor neuen gesetzlichen Herausforderungen – und dafür braucht es Investitionen, Personal und eine stabile Infrastruktur. Genau das sehen wir in diesem Budget.

Eine Stadt wächst nicht linear mit der Bevölkerung. Sie wächst mit der Komplexität, mit der Anzahl der möglichen Interaktionen. Mehr Menschen heisst mehr Infrastruktur, mehr Schule, mehr Pflege, mehr Betreuung, mehr Sicherheit, mehr soziale Verantwortung, mehr Schnittstellen. Die Aufgaben steigen also überproportional. Trotzdem ist die Verwaltung nicht explodiert – jetzt komme ich doch noch mit einigen Zahlen -, von rund 28 auf etwa 33 Stellen pro 1'000 Einwohner:innen in 20 Jahren – bei massiv höherer Komplexität, neuen gesetzlichen Pflichten und wachsender Stadt. Dieses moderate Wachstum spricht für Effizienz und nicht dagegen.

Wir bedauern die beschlossenen Kürzungen, weil sie an vielen Orten Bereiche treffen, die Winterthur stärker machen würden: Eine digitale, effiziente Verwaltung, eine aktive Stadtentwicklung, verlässliche soziale Dienste und eine lebendige Kulturszene. Besonders schmerzhaft ist, dass gerade die kleinen kulturellen Institutionen und Zukunftsthemen wie Digitalisierung und soziale Unterstützung geschwächt werden. Und mit dem gestrichenen Sommertheater-Ausbau wurde eine einmalige Chance vergeben, mitten im laufenden Umbau des Stadtparks eine sichtbare Verbesserung für die ganze Bevölkerung zu realisieren. Zum Sport sage ich lieber nichts, sonst muss ich noch Cheerleading machen.

Trotz unnötiger Kürzungen bleibt der Kern: Dieses Budget ist solide und hält Winterthur handlungsfähig. Es ermöglicht Entwicklung statt Stillstand und setzt auf Zukunft statt Angst. Wir stehen dazu – für ein mutiges, soziales Winterthur, das sich nicht kleiner machen lässt, als es ist.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir von der Mitte/EDU-Fraktion stimmen dem Budget mit den angenommenen Anträgen und Änderungen zu.

Die Diskussionen hier im Parlament waren leider wiederum aus meiner Sicht nicht immer sehr konstruktiv. Von Links kommt einfach immer bei jedem Antrag, der ein kleineres Wachstum der Globalbudget vorsieht, ein Gejammer und der Vorwurf, was man alles nicht wolle oder was man verhindere. Und dann wird die ganze Diskussion auf Social Media weitergeführt.

Ich kann das Beispiel der Kultur hier stellvertretend erwähnen: Wir von der Mitte/EDU wollen eine bezahlbare Kultur. Das heisst aber auch, die unterstützten Kulturbetriebe oder auch Quartiervereine sollen nicht mit unnötiger, starker Bürokratie gepiesackt werden. Das Geld

soll an vorderster Front direkt der Bevölkerung zugutekommen. Und aus unserer Sicht braucht es für die Entwicklung eines Kulturleitbildes keine exorbitant teure externe Begleitung – wir haben doch wirklich genügend qualifizierte und gute Leute im Kulturdepartement, die das auch können und die den Betrieb sogar von Grund auf kennen. Das Geld dafür soll lieber mit einem konkreten Nutzen, z.B. für den Kunstankauf, ausgegeben werden.

Ich möchte aber auch das Beispiel der IDW hier nennen, Franziska hat das schon erwähnt. Das ist nicht sehr aufbauend und war auf den ersten Blick nicht erfreulich. Auf den zweiten Blick dann die harte und wichtige Erkenntnis: In den Globalbudgets hat es anscheinend so viel Luft, dass unsere Anträge locker weggesteckt werden - oder zumindest im IDW-Bereich. Eine Erfahrung, die wir nicht vergessen werden.

Schade, hat die linke Ratsseite (und zum Teil leider auch die Medien) die mehrfachen Hinweise von Raphael Tobler vom letzten Montag, wir würden nicht sparen, sondern nur weniger mehr ausgegeben als im Budget beantragt worden ist, konstant ignoriert. Und, Katharina, es geht nicht, wie von Dir vermutet, um das Sparen um des Sparens willen. Hast Du Dir den FAP angeschaut und das negative betriebliche Resultat angeschaut? Wir werden also de facto weiterhin auf Kosten unserer Kinder leben. Denn auch nach unseren Anträgen haben wir, wenn ich jetzt da richtig gerechnet habe und dank Deinen Hinweisen, noch ein Defizit von über 20 Millionen aus betrieblicher Tätigkeit. Und die Aufwertung von 140 Millionen wegen der unbebauten Grundstücke, von denen wir immer noch nicht wissen, wo diese sind, das hat keinen Einfluss auf den Cashflow.

Ich habe es gesagt, wir leben auf Kosten der Kinder. Und die werden sagen: Typisch Boomer. Also, liebe Boomer im Rat, nehmt dies mit auf den Weg und merkt es Euch für das nächste Budget. Wir von der Mitte/EDU setzen uns für einen nachhaltigen Umgang mit allen Ressourcen, auch unseren finanziellen Mitteln, ein.

Deshalb werden wir den FAP, der tiefrot ist und nicht viel Gutes hoffen lässt, negativ zur Kenntnis nehmen. Und wir wiederholen uns, wenn wir zum x-ten Mal an den Stadtrat appellieren, endlich eine Task Force zu bilden, wie wir die grossen Ausgabeposten Bildung und Soziales endlich besser in den Griff bekommen. Im Bereich Schulhausbauten steckt grosses Potenzial, wenn wir endlich mit der Mär aufhören, wir müssen so viel Geld ausgeben, weil dies der Kanton vorschreibe. Die Mitte/EDU-Fraktion will in die Bildung unserer Kinder investieren, aber nicht in teure Schulhausbauten. Danke.

R. Tobler (FDP): Liebe Bevölkerung von Winterthur, ja, Sie müssen ein bisschen beunruhigt sein, denn man hat da ja schon gehört, was alles Schlimmes passiert. Vor allem Thomi Gschwind, der hat ja Weltuntergangsstimmungen prognostiziert. Ich musste fast weinen als Fussball- und Sportfan.

Ja, die Bevölkerung von Winterthur muss aber nicht deswegen beunruhigt sein (darauf komme ich nachher noch), sondern die Bevölkerung von Winterthur muss in erster Linie beunruhigt sein, wenn ich diese Zahlen anschau. Und ich möchte das einfach nochmals verdeutlichen, auch an die Medien, damit es dann sicher richtig steht. Wir haben ein Budget von 1.7 Milliarden, das haben wir ja teilweise schon gehört, da machen ja 50'000 Franken gar nichts aus etc. Das ist auch sehr absurd. Wir haben ein Wachstum gegenüber dem Vorjahr von 80 Millionen Franken, auch das muss man sich einmal vorstellen, was 80 Millionen Franken sind. Das ist eine wahnsinnige Zahl. Wir schaffen 75 neue Stellen (oder so ist es budgetiert) und wir haben im letzten Jahr auch schon 128 Stellen geschaffen. Und man plant mit einem Betriebsergebnis von über 26 Millionen Franken Verlust.

Und der Ausblick, das ist auch besonders besorgniserregend, insbesondere für alle Menschen, die Steuern zahlen hier in Winterthur: Wir haben geplant einen Verlust von 150 Millionen Franken über die nächsten drei Jahre. Und das kann man nicht oft genug sagen und es freut mich, dass andere das auch ab und zu wiederholen.

Ja, und dann, liebe Bevölkerung von Winterthur, da müssen Sie auch beunruhigt sein: Denn da gibt es Leute, die da von «nachhaltigem Budget», von «ausgeglichenem Budget» spre-

chen oder sagen «Winterthur steht stabil da». Und allen diesen Personen würde ich empfehlen, mal das Gespräch mit Olivia zu suchen – sie hat sich schon erfolgreich weitergebildet im «Return on Investment» und wird Euch dort vermutlich auch bei anderen Sachen ein entsprechendes Feedback geben können.

Vielleicht auch noch ein kleiner Hinweis, wir haben das gehört: Wir haben ja die Anschuldigung bekommen, dass gewisse Fraktionen sich schon im Voraus absprechen. Da kann ich natürlich sagen, dass das Humbug ist - zumindest in der Fraktion, in der ich bin. Und ich kann Euch schon auch sagen: Die FDP wird man dann in den Budgetdiskussionen ja hoffentlich nicht auslassen, weil wir uns selbst ja doch eine hohe Finanzkompetenz zurechnen würden. Es ist natürlich nicht so, dass wir im Sommer schon zusammensitzen und uns überlegen, wo wir sparen können.

Mich freut es aber auch sehr, dass Julius zum Beispiel sagte, dass man Prioritäten setzen müsste und dort sparen, wo es strukturell sinnvoll ist. Und da würde ich mich also sehr gerne im Vorfeld der nächsten Budgetdiskussion mit Dir austauschen, mal zusammensitzen und überlegen, ob wirklich das Problem erkannt ist und ob man da zusammensitzen will und sagen, wo gibt es ein Problem, das strukturell ist. Ich bin da offen für alle Inputs.

Aber ich kann die Bevölkerung von Winterthur eben doch auch ein bisschen beruhigen: So schlimm, wie es teilweise gerade tönte, ist es dann tatsächlich nicht. Und ich würde sogar die unglaublich steile These wagen, dass die Stadt Winterthur weiterhin eine sehr lebenswerte Stadt bleibt, dass wir weiterhin eine gute Kulturstadt bleiben, dass wir vielen tollen Sport haben - hoffentlich auch weiterhin Fussball in der obersten Liga nächstes Jahr - etc. Also ich gehe davon aus, dass das alles sehr gut funktionieren wird.

Denn wenn man sich nochmals diese Zahlen vor Augen führt: Wir wachsen jetzt nicht um 80 Millionen, sondern wir wachsen einfach noch um 74 Millionen. Also auch das noch eine «hervorragende» Zahl, wenn man das von der linken Seite sehen will. Es ist also immer noch ein massives Wachstum: Nicht mehr 4.8%, aber immer noch 4.4%. Und deshalb gehe ich davon aus, dass das alles reibungslos funktionieren wird und der Stadtrat keine Bänkli etc. streichen muss.

Und zum Abschluss kann ich das sagen, was auch Franziska gesagt hat: Ich freue mich zuerst auf den Boxkampf von Philippe Weber, aber nachher selbstverständlich auf den Apéro. In dem Sinne vielen Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich danke Dir. Mal schauen, ob Du Dich nachher auch noch freust - Du bist involviert.

Es hat sich noch gemeldet Julius Praetorius (Grüne/AL).

J. Praetorius (Grüne/AL): Ich möchte jetzt auch noch kurz etwas sagen. Natürlich freue ich mich nachher trotzdem auf schöne Gespräche mit Euch, weil ich Euch alle persönlich sehr schätze.

Ich möchte doch noch kurz die Fetzen fliegen lassen, einfach weil das ja theatralisch in einen solchen Raum gehören darf. Und ich möchte gleich am Anfang erwähnen, dass ich es ziemlich amüsant gefunden habe, das mitanzuschauen. Vor allem, wenn Mike Künzle und andere Stadträte Antwort gaben, dass viele von Ihnen so verlegen weggeschaut haben. Das war noch ziemlich lustig.

Ich wende mich jetzt direkt an die selbsternannten «Wirtschaftsparteien» oder die «Apostel der nachhaltigen Finanzen». Ich muss schon feststellen, dass ich ja auch aus den Wirtschaftswissenschaften komme. Ich habe in diesem Bereich studiert, wie wahrscheinlich viele von Ihnen. Sie erinnern sich vielleicht noch an den Begriff «Antizyklische Fiskalpolitik». Das ist etwas, was auf Staatsebene und Bundesebene ganz sicher angewendet werden kann, was aber auf städtischer Ebene genauso ist. In guten Zeiten kann man meinetwegen sparen, aber in schlechten Zeiten (und auf diese gehen wir längerfristig zu) muss man einen Investitionsstau vermeiden. Das ist eine ziemliche Pointe, denn das zeigt, dass wir diese Prinzipien oder gar diese Pflicht auf städtischer Ebene anwenden müssen.

Und was auch als Pointe hervorgestochen ist: Wenn Sie wirklich meinen, mit diesen strukturellen Problemen nicht vorwärtskommen zu können, dann müssen wir da auf höhere Ebenen. Wir müssen unsere Kantonsratsgspänli mal patriotisch für Winterthur animieren, sich auch für unsere Interessen einzusetzen.

Was ich jetzt da beobachte, ist halt wirklich doch – Kathrin hat es vorher auch schon gesagt – Sparen um des Sparens willen. Und ich finde, ein solches Dezimieren von stark benötigten Investitionen mit (ich sage es jetzt mal so) mit Eurem masochistischen Damokles-Schwert wird uns teuer zu stehen kommen.

Gerade in diesen Zeiten, wie wir sie halt haben - und sie sind wahrscheinlich gerade erst am beginnen und sie werden unserer Gesellschaft wohl noch viel abverlangen -, haben wir einfach die Pflicht als schutztragende und vorausschauende Gewählte dieser Stadt, dem gerecht zu werden. Mit notgeilen Paradigmen wie den Euren, die ideologisch verblendet das Machbare übergehen, trägt Ihr massgeblich und nachhaltig dazu bei, dass Winterthur in diesem Vakuum der Zeit zerbricht.

Es wäre noch cool, über den Winter und gerade auch in der Weihnachtszeit ein bisschen Revue passieren zu lassen, was geschehen ist. Und ein bisschen Mut zu fassen, um uns im Verlauf von kantonsrätlichen Behandlungen, die ja zugunsten unserer Stadt geführt werden könnten, für unsere Stadt stark zu machen.

Natürlich geht es am Ende immer um das Geld, wie auch hier in der Budgetdebatte. Aber leider sind, ohne auf die Fachwelt zu hören, unsere politischen Bestrebungen entweder Bauchgefühl, Interessenbindungen oder menschliches Versagen.

Natürlich ist das alles etwas übertrieben und satirisch dargestellt, das gehört natürlich in einen solchen Diskussionsrahmen. Da aber diese Rede doch eher nach Halloween als nach Weihnachten aussieht, möchte ich mich doch noch mit ein paar wohlmeinenden Worten – und die sind ehrlich gemeint – äussern: Ich fand es sehr schön, es ist doch schon eine Weile her, als die Überweisungsdebatte stattfand zu meinem Postulat zur Begründung von Verwaltungsliegenschaften, dass die Mitte mitgemacht hat und ich unterstützende Kräfte in dieser Partei gewinnen konnte. Ich finde, solche Partnerschaften müssen sich nicht komisch anfühlen – es ist eigentlich schön, sich auch auf seine Schnittmengen fokussieren zu können.

Und mit all den Chancen, die eine wachsende Stadt wie Winterthur mit sich bringt, finde ich einfach, wir können uns das leisten: Wir können den Mut zeigen, das Richtige zu machen und das Richtige zu investieren. Wenn wir am Schluss davon profitieren, sollte es uns das doch wert sein. Besten Dank.

Ch. Hartmann (SVP): Jetzt muss ich ganz ehrlich sagen, aufgrund des letzten Votums: Das Niveau geht schon ziemlich hinab.

Wir sind der Meinung, wir diskutieren ein ernsthaftes Thema. Man kann sich natürlich auch mit Blödeln retten, das ginge noch. Beleidigungen finde ich aber dann doch ganz grundsätzlich unangemessen.

Aber das ist nicht etwas, das einzigartig ist. Ich habe bei der Eintretensdebatte gesagt, dass man über Jahre Widerstände hatte in der Kommission, dass man sagte, muss in die Details, wenn man es nicht ist, man darf nicht in die Details, wenn es umgekehrt ist etc. – Ihr erinnert Euch. Ich habe von einer Amtsleiterin/einem Amtsleiter gesprochen, die/der auch die Contenance verloren hat. Und jetzt muss ich Euch ganz ehrlich sagen (und es fällt mir ein bisschen schwer, das zu sagen), aber der absolute Tiefpunkt in dieser Debatte war das Votum von Nicolas Galladé. Das ging in die Richtung von psychischem Druck: Wenn man nicht so stimmt, wie das gewünscht ist, dann ist man am Leid von Leuten persönlich schuldig, dann ist man irgendwie der letzte Mensch, der hier drinnen noch etwas entscheidet. Ich finde das ganz untragbar.

Es kann gut sein, dass man irgendwo anders den Anstieg der Kosten hätte bremsen können. Es kann gut sein, dass das andere besser hätten können. Ich zitiere mich selbst: «Der Stadtrat hätte das vielleicht besser können - aber er will ja nicht.»

Die SVP wird dem Budget auf der Basis der erzielten Verbesserungen zustimmen.

Alles gut also? Nein. Unserer Ansicht nach ist die schwierige Finanzlage nicht einmal das grösste Problem, das wir haben.

Kaspar Bopp hat bei der Eintrittsdebatte erklärt, er spüre eine hohe Unzufriedenheit des Parlaments. Das können wir bestätigen. Die Gründe, die er angeführt hat, sind zutreffend; aber es sind nur Gründe, die einseitig Faktoren betreffen, die der Stadtrat nicht beeinflussen kann. Es gibt noch ein paar andere Punkte, ich beschränke mich auf drei Bereiche:

Der Stadtrat argumentiert vermehrt juristisch statt politisch, ganz nach dem Motto: Es ist uns egal, was Ihr meint, nach Gesetz dürfen wir das, also machen wir das. Eine Diskussion wird damit (Franziska hat es angetönt) überflüssig - das Parlament allerdings auch. Wir haben schon diskutiert bei uns, ob das Stadtparlament einen eigenen Rechtsdienst aufbauen muss, um gegen die Rechtsdienste (Achtung: Mehrzahl!) des Stadtrats bestehen zu können. Die Hoffnung ist noch da, dass es ohne geht, aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Das Zweite ist die Nötigung des Parlaments durch knappe Behandlungsfristen. Seien es Schulhäuser, eine Verordnung zur Behördenentschädigung, die Leistungsvereinbarung mit «House of Winterthur»: Zeitkritische Vorlagen kommen häufig so ins Parlament, dass man sie eigentlich nur noch durchwinken kann. Und das, nachdem sich der Stadtrat zeitweise jahrelang mit dem Thema befasst hat. Einfach im Parlament muss es dann husch-husch durch. Und wenn sich dann das Parlament oder eine Kommission dagegen sträubt, ja, dann wird der Schlagabtausch hart – und untersteht dem Kommissionsgeheimnis.

Und der 3. Punkt sind die zahlreichen Einzelfälle. Ich beschränke mich auf die Themen seit letzter Woche. Wir haben heute Mittag von den nicht eingehaltenen Zusagen bei der Pensionskasse gehört über Jahre; wir hoffen, dass der Stadtrat jetzt wenigstens dem einstimmigen Beschluss des Parlaments heute Abend Rechnung trägt. Wir haben auch über die Art und Weise schon gehört heute, wie der Stadtrat die Modernisierung der Sitzungszimmer durch die Finanzprozesse manövriert hat: Im Budget waren 450'000 Franken erwähnt, die Kommission hat diskutiert und wollte ca. 100'000 Franken herausnehmen. Okay, daran muss man keine Freude haben. Aber in dieser Sitzung, als wir das diskutierten, verlor der Stadtrat kein Wort darüber, dass er nur zwei Tage später eine Vergabe beschliessen wird von einer Million über fünf Jahre. Das kann unmöglich sein, dass man das nicht wusste am Montag vor dem Mittwoch. Rechtlich ist das wohl korrekt – ernst genommen fühlt man sich dabei nicht.

Das sind selbstverständlich Einzelfälle. Aber es sind zu viele Einzelfälle in zu kurzer Zeit. Und es gäbe noch zahlreiche Einzelfälle mehr.

Was ist denn jetzt das noch grössere Problem als die Finanzlage? Das Vertrauen in den Stadtrat ist ziemlich angeschlagen. Und wie wir da wieder hinauskommen wollen – und wir müssen miteinander hinauskommen -, das weiss ich, ehrlich gesagt, nicht.

R. Tobler (FDP): Ich halte es ganz kurz, aber ich muss mich nach dem Votum von Julius noch ganz schnell korrigieren: Ich möchte mich im Rahmen des Budgets 2027 dann doch lieber nicht mit den Grünen und mit Julius austauschen. Wie ich es schon vermutet habe: Es ist mir dann doch zu viel Halloween und zu viel Satire in dieser Partei. Vielen Dank.

Stadtrat K. Bopp: Ich möchte mich schon vorausseilend quasi bedanken für das Budget, das Sie jetzt dann bald verabschieden. Sie werden jetzt dann gleich 49 Globalbudgets mit den entsprechenden Leistungszielen beschliessen. Sie werden Ausgaben und Einnahmen der Investitionsrechnung beschliessen. Das gibt uns den wichtigen Rahmen, mit dem wir uns – zusammen mit unseren Mitarbeitenden – auch im nächsten Jahr mit vollem Einsatz für die Bevölkerung von Winterthur engagieren können. Und wir freuen uns darauf.

Jetzt möchte ich aber doch noch ein paar inhaltliche Sachen aufgreifen aus diesem Budget und vor allem auch noch aus diesen Schlussvoten.

Ich fange gleich mit den Sitzungszimmern an. Wie Sie sicher wissen, haben wir die doppelte Ausgabenfreigabe, d.h. wir brauchen für alle einen Budgetkredit und einen Verpflichtungskredit. Und das, was wir beschlossen haben mit dieser Million, diese Gebundenheitserklärung,

entspricht eigentlich der Verpflichtung. Wir haben zudem ein geordnetes Submissionsverfahren, d.h. wenn wir eine Subvention machen, den Zuschlag machen in diesem Verfahren, dann müssen wir natürlich auch den entsprechenden Kredit beschliessen. Diese Million ist über fünf Jahre und das sagt natürlich nichts darüber aus, wie viel davon wir im Budget 2026 effektiv ausgeben werden. Ich verstehe es, dass diese Million irritiert, ich habe deshalb auch entsprechende Fragen, die letzte Woche eingingen dazu, beantwortet. Aber das hat nichts damit zu tun, ob wir dieses Budget einhalten oder nicht, sondern das ist die Verpflichtung dazu, das ist die Gebundenheitserklärung der Ausschreibung, die wir dazu gemacht haben. Was mir inhaltlich jetzt auch sonst noch aufgefallen ist in dieser Budgetdebatte: An vielen Orten wird von uns jetzt mehr Papier gefordert. Es sollen zuerst Strategien, Konzepte oder Pläne erarbeitet werden. Wir sind auch der Meinung, dass wir ein gewisses Mass an Strategien brauchen. Aber gleichzeitig heisst das natürlich, dass wir unsere sehr knappen Ressourcen für zusätzliche Strategien aufwenden müssen, anstatt in der Sache einen Schritt weiterzukommen. Das gilt es also immer ein bisschen mit Augenmass zu machen. Trotzdem denke ich, dass wir mit dem Budget, das Ihr jetzt dann hoffentlich gleich beschliessen werdet, arbeiten können. Aber in einigen Entwicklungsthemen, die wir als wichtig erachten, werden wir auch ausgebremst werden. Ich erwarte, wenn ich das so sagen darf, dass Sie das auch ausserhalb der Budgetdebatte entsprechend mittragen werden. Sie haben sich in diesem Jahr zu einzelnen Produktgruppen Anträge überlegt und konnten dadurch auch jeweils in Erfahrung bringen, was aller Voraussicht nach die Auswirkungen davon sind. Das haben wir jetzt gerade mitbekommen. Das ist manchmal sehr unangenehm, diese Auswirkungen mitzubekommen. Aus meiner Sicht waren Sie auch teilweise – aber das ist jetzt meine persönliche Sicht – ein bisschen sehr unbeeindruckt von den Auswirkungen, die wir aufgezeigt haben. Aber dass der Stadtrat am Ende der Budgetdebatte ein bisschen unzufrieden ist, gehört wohl auch ein bisschen dazu. Wichtig ist aber, dass wir damit Transparenz geschaffen haben. Die Bevölkerung soll wissen, wer dafür gesorgt hat, dass das Budget am Schluss finanziell verbessert wurde. Das steht Euch zu. Sie soll aber natürlich auch wissen, das soll ebenso transparent sein für die Bevölkerung, wer welche Auswirkungen dafür in Kauf genommen hat. Dank dieser Einzelanträge in den Produktgruppen ist das jetzt möglich und das ist gut so. Ich gehe davon aus, die Bevölkerung dankt Euch das. Ich wünsche mir in Zukunft auch – und ich sage bewusst «auch», denn es gibt sehr viele Beispiele, wo das sehr gut funktioniert hat - eine konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Parlament; eine Zusammenarbeit, die auch, und das ist auch wichtig, unseren unterschiedlichen Rollen, die wir innehaben, Rechnung trägt. Und das bedingt selbstverständlich auch – und ich betone «auch» -, dass der Stadtrat seinen Beitrag dazu leistet. Das braucht immer zwei Seiten. Ich bin überzeugt, auch im neuen Stadtrat werden Sie vom Parlament einen Partner finden, mit dem man an diesen Themen arbeiten kann. Ich glaube, es ist wichtig, dass das auch in der nächsten Legislatur intensiv gemacht wird. Nochmals, ich danke für die (ich nenne es mal so) «Zusammenarbeit mit Potenzial» und für dieses Budget. Ich wünsche jetzt gute Schlussentscheide für die Schlussabstimmung. Und freue mich darauf, ganz in dem Sinne, wie es auch Franziska gesagt hat, jetzt dann gleich mit Euch auf die Festtagspause anzustossen. Besten Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kaspar. Somit kommen wir zur Schlussabstimmung. Wir stimmen über jeden dieser fünf Punkte, wie angekündigt, einzeln ab.

Abstimmung Antrag 1:

1. Das Budget der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2026 wird genehmigt.

Es ist nach wie vor ohne die Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich, diese wird ja beim Steuerfuss quasi abgeschlossen.

Wer dem Budget jetzt insgesamt zustimmen möchte, drückt A. Wer das Budget jetzt als Gesamtes ablehnt, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Mit 54:2 Stimmen habt Ihr die Ziffer 1 angenommen.

Abstimmung Antrag 2:

2. Das Budget der Stadt Winterthur über die Ausgaben und Einnahmen in der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens für das Jahr 2026 wird genehmigt.

Wer das genehmigen möchte, drückt A. Wer das nicht möchte, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Mit 56:0 Stimmen wurde die Ziffer 2 einstimmig angenommen.

Abstimmung Antrag 3:

3. Der Steuerfuss der ordentlichen Gemeindesteuern wird auf 125 Prozent (2025: 125 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.

Wer dem und somit auch der Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich zustimmen möchte, drückt A. Wer das ablehnt, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Ziffer 3 wurde mit 56:0 ebenfalls einstimmig angenommen.

Abstimmung Antrag 4:

4. Der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) der Stadt Winterthur für die Jahre 2026 bis 2029 wird zur Kenntnis genommen.

Es ist hier im Prinzip positive oder negative Kenntnisnahme. A = Zustimmende Kenntnisnahme des FAP, B = Ablehnende Kenntnisnahme des FAP.

Abstimmungsergebnis: 40 Stimmen sind für zustimmende Kenntnisnahme und 16 Stimmen sind für ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmung Antrag 5:

5. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschal in der Produktgruppe «Städtische Allgemenkosten/Erlöse» eingestellte Position für den Teuerungsausgleich auf den städtischen Löhnen im definitiven Budget den Produktgruppen zu belasten.

Wer den Stadtrat dazu ermächtigen möchte, drückt A. Wer das nicht möchte, drückt B.

Abstimmungsergebnis: Wir können das Jahr in sinnlicher Einigkeit abschliessen, mit 56:0 Stimmen.

Ich möchte an dieser Stelle Euch allen danken für diese Budgetdebatte. Ich finde es ein bisschen schade, war Marc Wäckerlin nicht dabei, sonst wären wir vielleicht noch ein bisschen besser gelaunt. Das ist wirklich schade.

Herzlichen Dank nochmals an das Finanzamt, an die Mitarbeitenden, die jetzt zwei Mal hier dabei waren und uns auf dem Laufenden gehalten haben.

Wie schon angekündigt, gibt es jetzt im Festsaal noch einen Apéro. Es sind auch gerne die Gäste und die Medienschaffenden eingeladen, wenn sie Lust haben. Ihr habt mir gerade 50'000 Franken gesprochen, die hauen wir jetzt auf den Putz.

Ich wünsche Euch schöne Weihnachten, ich wünsche Euch einen guten Rutsch ins neue Jahr, falls man sich nicht mehr sieht.

Und im Januar treffen wir uns wieder und dann sind wir alle ein bisschen entspannter.

Einen schönen Abend miteinander und bis dann.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

Ph. Weber (SP)

S. Kocher (GLP)

Ph. Angele (SVP)

Beilagen:

- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungstitel**6. Dringliche Motion Auftrag zur Totalrevision der Pensionskassenverordnung (2025.126)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 16:27:15
Abstimmungsfrage Dringlicherklärung

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	57
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**6. Dringliche Motion Auftrag zur Totalrevision der Pensionskassenverordnung (2025.126)**

Abstimmungsmodus

Offen

Abstimmungsdatum

08.Dezember.2025 16:34:52

Abstimmungsfrage

Erheblicherklärung (Frist: Ende Aug. 2026)

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	57
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 16:38:22
Abstimmungsfrage A18 (AK) Städt. Allgemeynkosten: - Fr. 300'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	2
Enthaltung	1
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Enthaltung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 16:39:08
Abstimmungsfrage A19 (AK) Städt. Allgemeynkosten: - Fr. 1'400'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	57
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 17:15:42
Abstimmungsfrage A20 (SBK) Tiefbau: - Fr. 22'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	56
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	2

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht abgestimmt
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 17:16:24
Abstimmungsfrage A21 (SBK) Tiefbau: - Fr. 550'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	34
B: Ablehnung	23
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 17:17:14
Abstimmungsfrage Sammelabstimmung A22 bis A26 und A28 (SBK) Tiefbau: Änd. Bewilligungsorgan

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	57
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 17:18:00
Abstimmungsfrage A27 (Grüne/AL) Tiefbau: Verpfl.kredite Nr. 5007560: - Fr. 50'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	43
B: Ablehnung	14
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 17:27:20
Abstimmungsfrage A29 (SBK) Entsorgung: - Fr. 200'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	34
B: Ablehnung	23
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 17:39:23
Abstimmungsfrage A30 (SBK) Städtebau: - Fr. 300'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	50
B: Ablehnung	7
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 17:40:03
Abstimmungsfrage A31 (SBK) Städtebau: - Fr. 200'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	34
B: Ablehnung	23
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 17:41:44
Abstimmungsfrage A32 (SSK) Stadtrichteramt: - Fr. 26'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	57
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 18:10:27
Abstimmungsfrage A33 (BSKK) Volksschule: + Fr. 190'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	56
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Ausstand
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 18:11:17
Abstimmungsfrage A34 (BSKK) Volksschule: - Fr. 167'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	57
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 18:12:01
Abstimmungsfrage A35 (BSKK) Volksschule: - Fr. 40'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	34
B: Ablehnung	23
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 18:12:43
Abstimmungsfrage A36 (BSKK) Volksschule: - Fr. 155'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	57
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 18:13:26
Abstimmungsfrage A37 (SP) Volksschule: + Fr. 120'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	23
B: Ablehnung	34
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	B: Ablehnung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Rupper Lukas	B: Ablehnung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 18:14:10
Abstimmungsfrage A38 (SBK) Volksschule Änd. Bewilligungsorgan

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	57
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 18:41:05
Abstimmungsfrage A39 (BSKK) Sportamt: - Fr. 200'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	23
Enthaltung	1
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	Enthaltung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 18:41:46
Abstimmungsfrage A40 (SP) Sportamt: + Fr. 50'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	58
A: Zustimmung	23
B: Ablehnung	34
Enthaltung	0
Abgestimmt	57
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	B: Ablehnung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Rupper Lukas	B: Ablehnung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 20:02:28
Abstimmungsfrage A41 (SSK) KESB: - Fr. 24'472

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	55
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	Nicht anwesend
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 20:32:34
Abstimmungsfrage A42 (SSK) Sozial-/Erwachsenenilfe: - Fr. 390'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	23
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 20:33:09
Abstimmungsfrage A43 (SSK) Sozial-/Erwachsenenilfe: - Fr. 175'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	23
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 20:34:47
Abstimmungsfrage A44 (SSK) Alterszentren: - Fr. 66'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	56
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 20:36:31
Abstimmungsfrage A45 (SBK) Stadtwerk: Änd. Bewilligungsorgan

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	56
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 20:38:58
Abstimmungsfrage A46 (AK) Stadtparlament: + Fr. 50'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	55
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 20:43:43
Abstimmungsfrage A47 (AK) Ombudsstelle: - Fr. 35'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	23
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 20:54:23
Abstimmungsfrage A48 (AK) Stadtkanzlei: - Fr. 100'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	23
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 20:55:01
Abstimmungsfrage A49 (AK) Stadtkanzlei: - Fr. 200'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	23
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	B: Ablehnung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	B: Ablehnung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 21:30:29
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung Ziff.1

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	2
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 21:31:08
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung Ziff. 2

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	56
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 21:31:47
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung Ziff. 3

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	56
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 21:32:30
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung Ziff. 4

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmende Kenntnisnahme	40
B: Ablehnende Kenntnisnahme	16
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Della Segar Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Diener Reto	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gfeller Selim	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Graf Marco	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Guddal Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Heuberger Romana	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Kocher Samuel	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Kuster Iris	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Perroulaz Raphael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Praetorius Julius	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Romay Dani	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Rupper Lukas	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Staub Olivia	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Vogel Kaspar	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmungende Kenntnisnahme
Zuraikat André	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Zwahlen Daniel	B: Ablehnende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel**5. Budget 2026 und Festsetzung Steuerfuss**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 08.Dezember.2025 21:33:20
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung Ziff.5

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	56
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	Nicht anwesend
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung